

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 11 November 2011 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Eiskalt und aggressiv

In dieser Ausgabe:

Großeinsätze:
Der Papst war da

Kleingruppengewalt:
Die Suche nach Männlichkeit am
Rande des Nahverkehrs

Organisierte Kriminalität:
Den Nachstellungen der Polizei mit
Geld und Macht entkommen

Migration:
Deutschland braucht keine
Migrationspolizei für Migranten

Polizeitage 2011:
Klare Grenzen zwischen privater und
öffentlicher Sicherheit ziehen

JUNGE GRUPPE (GdP)

Sicherheit beim Einkauf.

Zehntausende Menschen kommen täglich in unsere bundesweit gelegenen Shopping-Center, um dort einzukaufen. Sie sollen ihren Aufenthalt genießen und sich wohl und sicher fühlen.

Da ist es beruhigend zu wissen, dass in jeder Stadt auf hilfsbereite Polizistinnen und Polizisten Verlass ist, die uns im Falle eines Falles mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Kaiser Passage
Worms



Schloss Arkaden
Heidenheim



Klosterhof
Heilbronn



City-Rondell
Schwenningen



Shopping Arkaden
Bocholt



Shopping Plaza
Garbsen

Für ihre Unterstützung danken wir der Polizei

Die Suche nach Männlichkeit am Rande des Nahverkehrs



Die Fälle, bei denen Jugendlichen auf Bahnhöfen brutal zusammengeschlagen werden, häufen sich. Welche Faktoren fördern diese Gewalt bzw. welche schützen vor ihr?

S. 16 Foto: dpa

Den Nachstellungen der Polizei mit Geld und Macht entkommen



Oliver Bendixen hat auf dem Fachsymposium „Organisierte Kriminalität“ des BKA seine journalistische Sicht dargelegt und damit vielen anwesenden Kriminalisten aus dem Herzen gesprochen.

S. 22 Foto: dpa

Deutschland braucht keine Migrationspolizei für Migranten



Die Polizeiarbeit in Deutschland erfährt durch strukturelle Veränderungen der Gesellschaft eine zunehmende Veränderung ihres Aufgabenspektrums. Die Ursachen sind vielfältig. Die Erhöhung des Migrantenanteils in der Bevölkerung spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle.

S.32 Foto: dpa

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR Herumdoktern war gestern	4
FORUM	4/5
TITEL/GEWALT GEGEN POLIZISTEN Eiskalt und aggressiv Was lässt sich der Staat gefallen?	6
GROSSEINSÄTZE Der Papst war da	14
KLEINGRUPPENGEWALT Die Suche nach Männlichkeit am Rande des Nahverkehrs	16
POLIZEITAGE 2011 Klare Grenzen zwischen privater und öffentlicher Sicherheit ziehen	20
DGB-EXPERTENWORKSHOP „Streikrecht für Beamte?“	21
ORGANISIERTE KRIMINALITÄT Den Nachstellungen der Polizei mit Geld und Macht entkommen	22
MIGRATION Deutschland braucht keine Migrationspolizei für Migranten	32
BUNDESLAGEBILD MENSCHENHANDEL Opferaussagen bleiben größte Herausforderung	36
JUNGE GRUPPE (GdP)	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40

GDP-SPITZENVERTRETER UND DR. HANS-PETER FRIEDRICH IM GESPRÄCH:

Intensiver Gedankenaustausch mit Bundesinnenminister

Zu einem intensiven Gedankenaustausch trafen am 18.10.2011 der Bundesminister des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich, und GdP-Spitzenvertreter in Berlin zusammen. Die GdP-Delegation thematisierte vor dem Hintergrund der Brand-Anschläge auf das Berliner Schienennetz der Deutschen Bahn die besorgniserregende Entwicklung links-extremistischer Gewalttaten. Weiterhin erörtert wurde die rasant zunehmende Cyber-Kriminalität.

Einen wesentlichen Anteil des Gesprächs nahm auch die Problematik polizeilicher Auslandseinsätze ein. Die GdP-Vertreter bekräftigten gegenüber dem Bundesinnenminister dabei die Forderung nach einem Nationalen Einsatz- und Führungszentrum für polizeiliche Auslandseinsätze.

GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Der Bundesinnenminister zeigte sich den GdP-Positionen gegenüber sehr aufgeschlossen. Das Gespräch verlief in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre.“ Man wolle, so sicherten sich beide Parteien zu, den Gesprächsfaden nicht reißen lassen. *red.*



(v.l.) Jörg Radek, Frank Richter (beide stellv. GdP-Bundesvorsitzende), GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut und Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich.

Foto: BMI/Hans-Joachim M. Rickel

EINIGUNG BEI SICHERUNGSVERWAHRUNG:

Belastungsrisiko für Justiz und Polizei

Die von den Justizministern des Bundes und der Länder offenbar einmütig getragene Reform der Sicherungsverwahrung findet die Zustimmung der GdP. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Das von Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger vorgelegte Eckpunktepapier hat die vom Bundesverfassungsgericht bemängelten Punkte an der bestehenden Sicherungsverwahrung in Gänze aufgenommen und in ein aus Sicht der GdP verfassungskonformes Korsett geschnürt. Damit berücksichtigt die Ministerin auch die Forderung von Bürgerinnen und Bürgern nach Schutz vor gefährlichen Straftätern. Das neue Konzept birgt aber ein großes Risiko. Der stark therapeutische Ansatz und der künftige Rechtsanspruch auf Vollzugslockerung

schon während der regulären Haftzeit wird mit großer Wahrscheinlichkeit eine massive Belastung zunächst der Justiz und im Weiteren der Polizei provozieren.“ Das Konzept der Justizministerin sehe zudem vor, dass auch gefährliche Täter begleiteteten und unbegleiteten Ausgang haben müssten. Es liege, so Witthaut, auf der Hand, dass Justizbedienstete und wohl auch Polizisten gefährliche Täter beim begleiteten Ausgang bewachen würden. Darauf seien weder Justizvollzug, noch Polizei ausreichend vorbereitet.

Insbesondere die gesetzliche Vorgabe, dem Gefangenen unverzüglich therapeutische Maßnahmen anbieten zu müssen, setzte, so befürchtet Witthaut, den Justizvollzug unter hohen Druck. Könne der Gefangene nachweisen, dass ihm während

der Haftzeit keine angemessenen Therapien und Vollzugslockerungen angeboten und ermöglicht wurden, müssten selbst hochgefährliche Täter entlassen werden. Der GdP-Vorsitzende: „Versagt der Vollzug und ist deshalb der Gefangene zu entlassen, müssen zahlreiche Polizeibeamte für die Rund-um-die-Uhr-Bewachung der Entlassenen abgestellt werden.“

Tatsächlich, so mahnt Witthaut, stehe die gesamte Struktur des Justizvollzuges in Frage: „Das neue Gesetz darf nicht dazu führen, dass es Gefangene erster und zweiter Klasse gibt. Es wird nicht lange dauern, bis der erste zu einer einfachen Haftstrafe Verurteilte nachfragen wird, warum er denn keinen Anspruch auf eine Therapie und Vollzugslockerungen habe.“ *red.*



ORGANISIERTE KRIMINALITÄT:**Stellenwert der Bekämpfung erhöhen**

Defizite in der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität kritisierte GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut am Rande des Fachsymposiums „Organisierte Kriminalität – Phänomen- und Rechtsentwicklung“ des Bundeskriminalamtes am 28.9.2011 in Wiesbaden: „Es wird immer deutlicher spürbar, dass die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität nicht mehr

den Stellenwert besitzt, den sie zum Schutze unserer Gesellschaft haben müsste.“

Die angespannte Personalsituation bei den Polizeien von Bund und Ländern, die sehr hohen rechtlichen Hürden in Deutschland, die strategisch gegen die Polizei und Justiz ausgerichteten Verhandlungs- und Prozessstrategien der Rechtsanwälte mit ihren Verzögerungstaktiken, liefern einer

adäquaten Bekämpfung der Organisierten Kriminalität entgegen.

„Die Gegenseite verfügt über personelle und finanzielle Mittel, von denen die Strafverfolgungsbehörden in Deutschland nur träumen können. Gegenüber dieser kriminellen Macht droht der Rechtsstaat in die Knie zu gehen.“ Witthaut forderte, das Institut der Vermögensabschöpfung noch intensiver anzuwenden und Rechtsgrundlagen aus dem Steuerrecht besser zu nutzen. Deutlich werde auch, dass die immer noch nicht geregelte Vorratsdatenspeicherung eine Lücke im Sicherheitsbereich darstellt (s. auch ab S. 22). *red.*

BDBOS-PRÄSIDENT BEI GDP:**Funkunterbrechung zu lang**

Am 10.10.2011 besuchten der Präsident der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS), Rolf Krost und seiner Referentin Andrea Nolten die Bundesgeschäftsstelle der GdP in Berlin. Empfangen wurde der Besuch vom GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut und dessen Stellvertreter Jörg Radek, der



Kurzfristiger Besuch bei der GdP: Rolf Krost, Präsident der BDBOS (Mitte), GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut (l.) und dessen Stellvertreter Jörg Radek.
Foto: Tetzner

die Einführung des Digitalfunks bei der Bundespolizei auf der Personalratsebene begleitet.

Anlass der Visite war die GdP-Intervention sowohl bei der BDBOS als auch bei der IMK, nachdem im Münchener Bereich eine unakzeptable lange Funkunterbrechung beim Wechsel einer so genannten Funkzelle aufgefallen ist.

Nach umfangreicher Erklärung der Ursache des Problems und der Erörterung unterschiedlicher Verfahren zur Bereinigung der Situation, erklärte der Präsident, er sei zuversichtlich, das Problem alsbald in den Griff zu bekommen.

Hans-Jürgen Marker, zuständiger Gewerkschaftssekretär für Arbeitsschutzfragen und Teilnehmer der Gesprächsrunde, thematisierte darüber hinaus das eher zögerliche Informationsverhalten der gesamten „offiziellen Seite“ des Bundes und der Länder in Sachen Gefährdungsdiskussion beim Digitalfunk. *HJM*

BAHN-ANSCHLÄGE IN BERLIN-BRANDENBURG:**Sicherheitskonzept gegen Linksextremismus gefordert**

Die anhaltende Debatte über den mutmaßlichen Beginn eines neuen Linksterrorismus müsse schnell beendet werden, mahnt GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut. „Statt eines Wortgefechts im politischen Elfenbeinturm benötigen wir ein neues und wirksames Sicherheitskonzept.

Die Frage, ob nach den Brand-Anschlägen auf Bahn-Anlagen in Berlin-Brandenburg eine neue RAF heranwächst oder nicht, ist eine Zeit vergeudende, überflüssige Geschichtsstunde. Angesichts der Bedrohungslage ist es jetzt unerlässlich, die Polizei

und den Verfassungsschutz im Kampf gegen den Linksextremismus zu stärken“.

Die GdP fordert in diesem Zusammenhang alle politischen Verantwortungsträger auf, ihre Worte sorgsam zu wählen. „Wenn eine Innenpolitikerin der Linkspartei auf Bundesebene, die in dem Bekennerschriften zu den Brandanschlägen genannten Ziele für legitim hält, wird der Extremismus erst hoffähig gemacht. Solche unterstützenden Aussagen sind schon fast als Mittäterschaft zu bewerten“, betonte Witthaut. *red.*

GLEICHSTELLUNG:**„Polizei sucht Frau in Führung“**

Unter diesem Motto trafen sich über 60 GdP-Gleichstellungsbeauftragte aus den Landespolizeien, um Hemmnisse und Erfolgsmodelle zu identifizieren, wie die Anzahl der Frauen in polizeilichen Führungsfunktionen erhöht werden kann. Die Thematik wurde mit Hilfe von zwei Impulsreferaten zu „Rollenstereotype im öffentlichen Dienst“ durch Prof. Dr. Birgit Meyer, Hochschule Esslingen sowie dem Referat „Polizei sucht Frau in Führungsfunktion“ von Dr. Herman Blom, Fachhochschule Stenden Hageschool (NL) näher beleuchtet. Weiteres in DP 12/11. *red.*



Herumdoktern war gestern

Freitag bis Sonntag ist es am schlimmsten. Nicht nur bei Demonstrationen oder Veranstaltungen, auch bei Familienstreitigkeiten, Verkehrs- oder Personenkontrollen werden am häufigsten Polizisten angegriffen. So steht es im 3. Teil der Studie „Gewalt gegen Polizisten“, die das Kriminologische Institut Niedersachsen fertig gestellt hat. Aber auch an den übrigen Wochentagen sind unsere Kolleginnen und Kollegen der

Gewalt ausgesetzt – sie werden beleidigt, bespuckt, getreten, geschlagen, mit Waffen bedroht ... Wie jüngst in Oberhausen. Dort wurden zwei Beamte durch Messerstiche verletzt, eine Beamtin leicht, ein Beamter schwer, als sie einen 30-Jährigen im Rotlichtviertel festnehmen

wollten, der mit einer Schusswaffe und einem Messer gesehen worden war und schon mehrere Schüsse abgegeben hatte.

Die Beispiele mehren sich. Die Gewalt wird brutaler. Immer öfter wird sogar der Tod einer Polizistin oder eines Polizisten in Kauf genommen.

Doch auch wenn die körperlichen Verletzungen glücklicherweise nur gering sind oder es „nur“ Beschimpfungen und Beleidigungen hagelt – das geht an der Psyche auf Dauer nicht spurlos vorüber. Als Folge weist die Studie beispielsweise Schwierigkeiten im Umgang mit anderen Menschen aus. Schlafprobleme kommen dazu, Partnerschaftsprobleme, Probleme mit Zigaretten-, Medikamenten- und Alkoholkonsum treten auf. Posttraumatische Belastungsstörungen sind nicht mehr selten.

Die Studie insgesamt gibt wertvolle Hinweise auf einen verbesserten Schutz von Polizeibeamtinnen und -beamten im Einzel- und Streifendienst, bei Demonstrations- und Fußballereinsätzen sowie Großlagen. Bis November wird das

Kriminologische Institut Niedersachsen alle drei Studien zusammengefasst den Innenministerien der beteiligten Länder zuleiten.

Es gibt aber noch einen qualitativen Teil der Studie, den wir als GdP finanziell nicht unerheblich unterstützen. Darin werden Interviews mit von Gewalt betroffenen Polizeibeamten und -beamtinnen geführt – ein Teil mit hoher Emotionalität. Aus diesem Studienteil, der jedoch noch nicht beendet ist, werden wesentliche Aussagen erwartet, die Schlussfolgerungen sowohl für die Prävention als auch für die Nachbereitung der Gewalt-Erlebnisse zulassen. Wir werden aus all diesen Ergebnissen und abzuleitenden Erkenntnissen Handlungsempfehlungen formulieren und schnellstens an die Politik herantragen. Wir wollen auch dafür sorgen, dass die Studien-Ergebnisse breit gestreut, umfänglich diskutiert und beachtet werden. Und wir werden uns dafür stark machen, dass sich die Politik in diesem Fall nicht aus der Verantwortung stellen kann. Es geht längst nicht mehr darum, nur ein bisschen an der Thematik herumzudoktern. Die herrschende Gewalt gegen die Polizei gehört gestoppt. Unsere Kolleginnen und Kollegen verdienen den optimalen Schutz und die beste Fürsorge seitens ihres jeweiligen Dienstherrn.

Denn es geht schlicht und einfach darum, wie unsere Polizei künftig aufgestellt und respektiert ist – sprich: wie der Staat respektiert wird.

Polizistinnen und Polizisten, die täglich den Schutz der demokratischen Grundordnung gewährleisten, quasi dafür ihren Kopf hinhalten, dürfen einfach nicht Angriffsziel von frustrierten, aggressiven, oft alkoholisierten Tätern werden.

Dass es in der Welt – historisch betrachtet – tendenziell weniger Gewalt gibt, wie ich jüngst im Spiegel las, ist erfreulich, aber noch haben wir hier in unserem Land, faktisch vor unserer Haustür, leider noch genug damit zu tun.


Bernhard Witthaut
GdP-Bundesvorsitzender

Zu: Vorstellung und Realität – der Beruf des Polizisten, DP 10/11

Als Streifendienstbeamter, der seit nun bald 30 Jahren bei der Polizei im durchgehenden Wach- und Wechseldienst „beschäftigt“ ist, möchte ich zunächst einmal lobend anerkennen, dass man sich des Problems der Unterschiede zwischen Vorstellung und Realität des Polizeiberufes zumindest langsam bewusst wird. Für mich und die meisten älteren Kollegen, die noch jeden Tag soweit es geht auf der Straße ihren Kopf hinhalten, wird dies freilich nichts mehr ändern.

Zwischen meiner damaligen Vorstellung und der heutigen Realität des Berufes liegen Welten und ich kann schon vorab sagen, dass ich diesen als junger Mensch „in der heutigen Zeit“ niemals wieder wählen würde.

Ich habe all die Jahre miterlebt, wie sich das Berufsbild und der Stellenwert der Streifenbeamten, für die ich hier sprechen möchte, immer mehr zum Negativen verändert hat. Der durchgehende, familienunfreundliche Schichtdienst, der Stress auf der Straße, die permanente Nichtanerkennung der Leistung der Kollegen durch die oberen Führungsschichten und immer mehr nach unten verschobene Aufgaben setzt den Kollegen immer mehr zu.

Viele Ehen sind zerbrochen und wertvolle Sozialkontakte gingen verloren. Wer will sich auch schon dem Lebensrhythmus eines Streifenpolizisten anpassen? Einige, die ich kannte, haben sich umgebracht, einige suchten Trost im Alkohol, andere sind ganz einfach und still frühzeitig verstorben (der letzte im Alter von 48 Jahren). Irgendwann ist man ausgebrannt und selbst jüngere Kollegen haben bereits nach 5-10 Jahren das erste Burn-out.

Auch ich frage mich mittlerweile jeden Tag, warum ich mir das noch immer antue. Für viele der älteren Kollegen gibt es keinerlei Perspektiven mehr, durch einen Wechsel in den Innendienst diese „Tretmühle“ zu verlassen. Stattdessen werden jetzt Forderungen laut, unter 30-jährige Kollegen so schnell wie möglich von der Straße zu holen, damit sie den Ermittlungsdienst „verjüngen“. Spätestens da verliert auch der letzte aufrechte „alte Schutzmann“ den Glauben an seinen Arbeitgeber, der nach all den Jahren die bisher geleistete Arbeit und die damit verbundenen „Entbehrungen“ in keinsten Weise würdigt und sie am langen Arm „verhungern“ lässt.

Ich kann diesen Beruf heute nieman-



dem mehr empfehlen, ohne ihm zuvor die gravierenden Probleme, die damit verbunden sind zu erläutern. Zudem bin ich froh, dass meine mittlerweile erwachsenen Kinder diesen Beruf, dessen Belastungen sie all die Jahre direkt oder indirekt mitbekommen haben nicht gewählt haben.

Name der Redaktion bekannt

Zu: Unruhe um neue Dienstpistolen, DP 10/11

Faustfeuerwaffen sind unabdingbare Werkzeuge die absolut zuverlässig und vertraut sein müssen. Im Notfall muss daher das Erfassen so sicher sein wie der Griff zum Taschentuch. Da die Waffe oft als letzte Einsatzmittel ist, muss der Bedienstete absolutes Vertrauen und den sicheren Umgang mit dem Gerät haben. Störungen an der Waffe wie Patronenzuführung etc. Probleme mit dem Griffstück oder wenn über einen Damenabzug nachgedacht wird fühle ich mich in die fünfte Jahreszeit (Fasnacht versetzt).

Wenn die Notwendigkeit einer Waffe gegeben ist, muss der Benutzer sicher sein, das optimale Gerät zur Verfügung zu haben und die Gegenseite muss wissen, das tut richtig weh. Bundesweit und somit einheitlich ist ein 4 Zoll Revolver im Kaliber 357 zu empfehlen, wobei dem Träger gestattet werden soll, wie und wo die Waffe getragen wird.

Erfahrung: seit 32 Jahren im Prüfungsausschuss, Sachgebiet: Waffen und Munition, zuvor 16 Jahre Ausbilder.

Hanskarl Fröder, Flörsheim



Mit Interesse habe ich ihren Artikel zu den Problemen mit der neuen Dienstpistole Walther P 99 Q des Landes Schleswig-Holstein gelesen.

In Rheinland-Pfalz wird seit geraumer Zeit ebenfalls auf die P 99 Q umgestellt und auch dort kommt es in Einzelfällen zu den im Artikel genannten Waffenstörungen.

Zu 98 % werden diese Störungen allerdings nicht durch die Waffe sondern den Anwender verursacht. Viele Kolleginnen und Kollegen haben einfach ein Problem damit, sich auf eine neue Waffe einzustellen. Bei anderen liegt es einfach an der falschen Waffenhaltung, die sich im Laufe der Zeit eingeschlichen hat.

Meiner Ansicht nach ist es von größter Bedeutung, auf jede Kollegin und Kollegen beim Schießtraining individuell einzugehen um somit Fehler aufzudecken und zu beheben.

Allerdings ist meines Erachtens auch jede Anwenderin und jeder Anwender dazu verpflichtet sich durch intensives Trockentraining an die neue Dienstwaffe und das neue Holster zu gewöhnen, um dadurch neue Bewegungsabläufe zu automatisieren.

Ralf Riefenrath, per E-Mail

Nach der kontroversen Diskussion um die neue Dienstpistole Walther P 99 Q im August hat sich die Unruhe bei der schleswig-holsteinischen Landespolizei (s. DP 10/11) inzwischen gelegt. So hat auch das Landespolizeiamt nach der öffentlichen Debatte reagiert. „Bei einer erneuten Rücksprache sowohl mit der Herstellerfirma als auch mit dem Beschussamt, der Zertifizierungsstelle für die Pistole, wurde uns bestätigt, dass die Waffe fehlerfrei ist“, so Horst Schuknecht, zuständiger Leiter des Fachdezernates im Landespolizeiamt Kiel. Da aus diesem Grunde derzeit ein technischer Mangel auszuschließen sei, werde davon ausgegangen, dass Fehler in der Handhabung ursächlich für die gemeldeten Probleme gewesen sein dürften. Deshalb sei über die Einsatztrainer der Landespolizei auch noch einmal eingehend auf die Bedeutung der Handhabung mit der neuen Pistole hingewiesen worden, erklärte Schuknecht der DP auf Nachfrage. Und auch Innenminister Klaus Schlie hat sich persönlich der Sache angenommen, musste wegen der Pistolen-Problematik sogar vor dem Innen- und Rechtsausschuss des schleswig-holsteinischen Landtages Rede und Antwort stehen. Dabei machte er deutlich, dass er die Einwände und Mängelbeschreibungen der Polizistinnen und Polizisten ernst nehme und alle Fachabteilungen einschließlich des Herstellers sich permanent in einer umfassenden Analyse der vorgetragenen Mängel befinden. Sofern Verbesserungsbedarfe jeglicher Art erkannt würden, würden diese unverzüglich in den Technikabteilungen oder den Einsatztrainingszentren umgesetzt, so der Innenminister gegenüber DP-Landesredakteur Thomas Gründemann. Letztlich unterstrich der Minister die Aussagen der polizeilichen Fachleute, dass der Pistolenwechsel jeder einzelnen Beamtin und jedes einzelnen Beamten erst stattfindet, wenn die neue Dienstpistole – auch unter Einsatzbedingungen – beherrscht werde.

Thomas Gründemann

In eigener Sache

GdP-Länder-Homepages in neuem Gewand

Attraktiv, nutzerfreundlich und Bildschirm füllend präsentieren sich die neu gestalteten Homepages der GdP-Landesbezirke nunmehr auf der Höhe der Internet-Zeit. Neben einem deutlich gesteigerten Wiedererkennungswert der GdP-Homepage-Familie durch einen mit jeweiligem Wappen und der Kontur des Landes vereinheitlichten Seitenkopf hat sich vor allem die Übersichtlichkeit der einzelnen Startseiten stark verbessert.

Eifrige Besucher der GdP-Länderauftritte haben es schon bemerkt: Aktuelle Nachrichten werden nun nicht mehr untereinander, sondern nebeneinander angezeigt. Das oft lästige Hinauf- und Herabscrollen auf dem Bildschirm wird dadurch spürbar gemindert.

Nachdem die GdP-Landesbezirke Nordrhein-Westfalen im April 2010 und Hamburg im Februar 2011 die Vorreiterrolle für die Layout-Umstellung eingenommen hatten, vollzogen in den Monaten September und Oktober die verbliebenen Web-Redaktionen der Landesbezirke in Zusammenarbeit mit dem langjährigen GdP-Internetdienstleister TIMETOACT GROUP und der GdP-Bundespressestelle den technischen Kraftakt. Bei Erscheinen dieser DP-Ausgabe befinden sich die Seiten der GdP-Bayern und der GdP-Baden-Württemberg noch mitten in der Umstellung. Aber spätestens ab der zweiten November-Woche komplettieren diese beiden Homepages den Länder-Reigen. **MiZi**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**



Eiskalt und aggressiv

Was lässt sich der Staat gefallen?

Der 3. Teil des Forschungsberichts des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen ist fertig. Über die beiden ersten Teile berichtete DP. Alle drei Teile werden zurzeit in einem Abschlussbericht zusammengefügt und der IMK im November vorgelegt. Die hatte 2009 dem Vorschlag zugestimmt, bundesweit eine solche Studie zu initiieren. Teilgenommen haben letztlich 10 Länder.

Im vorliegenden dritten Teil der Studie geht es insbesondere um Befunde zu Einsatzbeamten, Situationsmerkmalen und Folgen von Gewaltübergriffen. DP gibt daraus die wichtigsten Befunde wieder (Ellrich et al., 2011).

gilt, dass eine Frau im Einsatzteam das Übergriffsrisiko reduziert. Für Einsätze bei häuslicher Gewalt werden in jenen Fällen, in denen Zweier-Teams mit mindestens einer Frau vor Ort waren, insgesamt fast ein Fünftel weniger Beamte verletzt als in Fällen von rein männlichen Zweier-Teams. Dabei werden weibliche und männliche Beamte nahezu gleich häufig Opfer gewalttätiger Übergriffe. Weibliche Beamte haben zudem signifikant seltener mit einer



Brennende Barrikaden in der Nacht zu 1. Mai 2010 im Schanzenviertel in Hamburg – Polizisten wurden mit Flaschen und Steinen angegriffen.

Foto: dpa/Jonas Meier

Zum Inhalt dieses dritten Forschungsberichts gehören die Zusammensetzung des Einsatzteams und andere beamtenbezogene Informationen, Merkmale der Situation sowie die Folgen, die die Gewaltübergriffe für die Beamtinnen und Beamten hatten. Die Auswertungen beziehen sich vorwiegend auf Beamte, die im Zeitraum 2005 bis 2009 Opfer eines Gewaltübergriffs geworden sind, der zu einer Dienstunfähigkeit von mindestens einem Tag geführt hat. Dies trifft auf 2.603 Beamte zu. Mit den Daten

ist es zwar nicht möglich, allgemeine Risikoabschätzungen vorzunehmen, aber es lassen sich Trends festhalten und Folgerungen ableiten

Wesentliche Aspekte

1. Weibliche Beamte stellen mittlerweile einen nicht geringen Anteil aller Polizeibeamten. Es gibt keine Hinweise darauf, dass sich dies problematisch auf die Arbeit der Polizei auswirkt – im Gegenteil: Für die Situation der häuslichen Gewalt

Strafanzeige (6,9 zu 11,9 %) oder einem Ermittlungsverfahren (5,6 zu 10,3 %) zu rechnen. Von psychischen Beschwerden nach einem erfolgten Übergriff berichten sie hingegen nicht signifikant häufiger als männliche Beamte.

2. Bei Einsätzen wegen Familienstreitigkeiten bzw. häuslicher Gewalt handelt es sich um einen besonders schwierigen Einsatztypus.

Zumindest in ländlichen Regionen bilden Zweier-Teams noch die reguläre



Einsatzstärke bei diesem Einsatztyp ab. In Großstädten werden hingegen bereits bei fast drei Viertel aller Fälle mehr als zwei Beamte zu solchen Einsätzen geschickt. Zu einer Eskalation (beide Beamten verletzt) kommt es im Rahmen dieser Einsätze, trotzdem sich die Beamtinnen und Beamten, die einen Übergriff mit nachfolgender Dienstunfähigkeit erlebt haben, laut eigener Aussage mental häufiger als bei anderen Einsätzen auf das Geschehen vorbereitet und besonders häufig mit dem späteren Täter kommuniziert haben. Auch waren sie häufiger darauf gefasst, dass es am Einsatzort gefährlich werden könnte. All das konnte aber letztlich nicht verhindern, dass es zum Übergriff kam. Möglicherweise ist dies u.a. darauf zurückzuführen, dass die Täter oft unter Alkoholeinfluss stehen. Alkoholisierte Personen erhöhen das Risiko eines Übergriffs.

Über die Hälfte der Übergriffe fand während eines Schlichtungsversuchs statt. Die Beamten werden also während der Deeskalationsbemühungen vom Angriff überrascht.

Übergriffe, die sich im Rahmen von Familienstreitigkeiten zugetragen haben, werden am seltensten nachbereitet. Es gibt insofern wenige Gelegenheiten, die Besonderheiten der Einsätze zu diskutieren und für zukünftige Einsätze Lehren aus dem Erlebten zu ziehen.

3. Gewaltübergriffe haben zwar nur selten sehr schwere Konsequenzen, sind aber für die Betroffenen sehr belastend.

Von allen angegriffenen Beamtinnen und Beamten mussten 9,9 % stationär behandelt werden; 3,2 % sind dauerhaft außerdienstunfähig geworden, bei 4,4 % kam es aufgrund des Übergriffs zu einer anderen Verwendung. Befragte mit mehr als zweimonatiger Dienstunfähigkeit hatten länger als vier Wochen nach dem Übergriff noch zu 39,5 % Probleme mit dem Schlafen bzw. zu 26,0 % Schwierigkeiten mit sozialen Kontakten. Bei 18,4 % gibt es zudem im Zeitraum von vier Wochen nach dem Gewaltangriff einen Verdacht auf das Vorliegen einer Posttraumatischen Belastungsstörung.

4. Gewaltübergriffe beeinflussen auch die Wahrnehmungen und Einstellungen von Beamtinnen und Beamten.

Beamtinnen und Beamte, die einen Übergriff mit nachfolgender Dienstunfähigkeit erlebt haben, weisen eine höhere Furcht vor einer zukünftigen Viktimisierung auf als Beamtinnen und Beamte ohne Gewalterfahrungen. Nichtopfer erachten es zu 4,1 % als eher oder sehr wahrscheinlich, in den nächsten zwölf Monaten einen

Im Rahmen des Projekts „Gewalt gegen Polizeibeamte“ wurden im Februar und März 2010 insgesamt 20.938 Polizeibeamte online zu ihren Gewaltopfererfahrungen befragt, wobei ein Schwerpunkt auf die Untersuchung solcher Übergriffe gelegt wurde, die zu mindestens eintägiger Dienstunfähigkeit geführt haben. Nachdem im ersten Forschungsbericht die Häufigkeit des Erlebens der verschiedenen Opfererfahrungen im Vordergrund stand sowie die Veränderungen, die sich seit 2000 bzw. 2005 ereignet haben (vgl. Ellrich et al., 2010), widmete sich der zweite Forschungsbericht den Tätern der Gewalt (Ellrich et al., 2010a). Merkmale der Täter wie Geschlecht, Alter, ethnische Herkunft und deren Tatmotive aus Sicht der Beamten waren dabei ebenso Teil der Analyse wie die Folgen, die der Übergriff für die Täter hatte (z.B. Strafverfahren).

Übergriff mit nachfolgender Dienstunfähigkeit zu erleben, Beamte, die mindestens einen Gewaltübergriff erlebt haben, der zu mindestens siebentägiger Dienstunfähigkeit führte, zu 30,7 %. Daneben sind die Gewaltopfer strafhärter eingestellt, was möglicherweise zur Folge hat, dass sie in direkten Interaktionen mit Ruhestörern, Straftäter usw. rigider auftreten und damit auch zur Eskalation einer Situation beitragen können. Nicht zu vernachlässigen ist, dass das professionelle Selbstbild der Beamten leidet: Gewaltopfer stimmen deutlich häufiger der Aussage zu, dass Polizisten Prügelknaben einer verfehlten Politik (73,3 zu 89,5 %) und Müllmänner einer kranken Gesellschaft (57,1 zu 78,3 %) seien. Eine Distanzierung vom Arbeitsalltag, an dessen Ende berufsbezogene Burn-out-Erscheinungen stehen, könnte eine mögliche Folge sein.

5. Sowohl für das Mitführen verschiedener Führungs- und Einsatzmittel als auch für die Ausstattung mit verschiedener Schutzkleidung ergeben sich ansteigende Entwicklungstrends.

Fast alle Beamtinnen und Beamte, die Opfer von Gewaltübergriffen geworden sind, trugen zum Zeitpunkt des Übergriffs ihre Dienstwaffe (95,5 %) oder ein Reizstoffsprüherät (90,2 %) bei sich. Über einen Schlagstock verfügten 62,4 %. Der Einsatz all dieser Mittel erfolgt aber selten: Nur wenig mehr als ein Viertel der Beamten setzten das Reizstoffsprüherät oder den Schlagstock ein, 1,5 % die Dienstwaffe.

Der Anteil an Beamten, die Reizstoffsprüheräte und Schlagstöcke mitführen, ist über die Jahre hinweg angestiegen, was einerseits für eine bessere Ausstattung spricht. Andererseits könnte es auch ein Indiz dafür sein, dass sich die Beamten in wachsendem Maße der Gefahr eines Übergriffs bewusst sind. Über die Hälfte der Beamten haben Schutzwesten getragen (53,5 %), etwas weniger Beamte trugen Handschuhe (47,5 %).

Eine Körperschutzausstattung oder Teile davon wurden fast ausschließlich im Rahmen von geschlossenen Einsätzen wie Demonstrationen getragen (11,9 %).

Befragte, die Schutzausstattungen getragen haben, sind häufiger der Ansicht, dass dadurch schwerere Verletzungen verhindert worden sind als Befragte, die keine Schutzausstattungen getragen haben. Ein in besonderem Maße schützender Effekt wird dabei der Körperschutzausstattung zugeschrieben.

6. Der Alkoholkonsum spielt eine entscheidende Rolle für Angriffe auf Polizeibeamte.

Es kann belegt werden, dass Alkoholkonsum eine das Risiko eines Übergriffs erhöhende Wirkung hat: So kommt es bei alkoholisierten Tätern häufiger dazu, dass neben dem befragten Beamten auch noch mindestens ein weiterer Kollege verletzt wurde. Und für Einsätze bei häuslicher Gewalt gilt, dass alkoholisierte Täter mit einer deutlich höheren Verletzungsquote der Beamten einhergehen als nicht-alkoholisierte Täter: Während in Einsätzen ohne alkoholisierten Täter in 2,4 % der Fälle mindestens ein Beamter verletzt wurde, steigt der Anteil bei Einsätzen mit alkoholisierten Tätern auf 9,8 % an.

Problematisch ist außerdem, dass sich Übergriffe auf Polizeibeamte aktuell häufiger als noch vor fünf Jahren in Kneipenvierteln zutragen. Zwar trifft dies nur auf einen kleinen Teil der Übergriffe zu, dieser hat sich aber seit 2005 verdoppelt (von 3,2



GEWALT GEGEN POLIZISTEN

auf 6,4 %). Bei solchen Angriffen sind 91,2 % der Täter alkoholisiert.

7. Die Dienstunfähigkeitsdauer wird nur durch wenige beamten- bzw. situationsbezogene Faktoren beeinflusst.

Nur 3,0 % aller Übergriffe werden mit Autos, Motorrädern usw. verübt, führen aber zu längerer Dienstunfähigkeit. Dem-

satzort (Alkoholisierung, kriminelle Vorgeschichte usw.) gehen seltener mit einer längeren Dienstunfähigkeitsdauer einher. Bislang ist die Verfügbarkeit solcher Informationen aber noch die Ausnahme: Nur in 12,4 % der Einsätze standen den Beamten einige bzw. umfassende personenbezogene Informationen zur Verfügung.

Die Liste an Faktoren, die nicht mit der

nicht. Zugleich ergeben die Auswertungen zu diesen Faktoren z.T. wichtige Befunde: So stuften die Beamten, die Opfer eines Übergriffs geworden sind, nur zu 39,8 % die Situation vorher als gefährlich ein. Für die Mehrheit der Beamten erfolgt der Übergriff damit überraschend.

In vier von fünf Fällen galt der Einsatzort zudem nicht als gefährlich für die Polizei; auch dies unterstreicht, dass die Beamten überrascht wurden, da nicht bekannt war, dass sich im Einsatzgebiet Übergriffe auf Beamte ereignen können. Nur in der Hälfte der Fälle lagen vor dem polizeilichen Eingreifen einige bzw. umfassende Informationen zur Situation vor. Die Beamten konnten sich damit häufig nicht auf die Anzahl an Beteiligten, die Art des Vorfalls oder die örtlichen Gegebenheiten einstellen.

8. Polizeibeamte, die ihrer Arbeit in Großstädten ab 500.000 Einwohnern nachgehen, berichten von einem schwierigeren Arbeitsalltag.

Wenn Polizeibeamte in Großstädten Opfer von Gewaltübergriffen mit Dienstunfähigkeit geworden sind, dann betrug der Anteil an mindestens siebentägig dienstunfähigen Beamten 47,5 %; bei Beamten aus ländlichen Gebieten liegt dieser Anteil bei 36,0 %. Anhand der Einsätze bei häuslicher Gewalt konnte gezeigt werden, dass es in Großstädten bei entsprechenden Einsätzen in 11,0 % der Fälle zu Gewaltübergriffen kommt, in ländlichen Gebieten in 7,6 % der Fälle. Aufgrund dieser höheren Gefährdung werden in Großstädten deutlich häufiger größere Einsatzteams (über zwei Beamte) zu solchen Einsätzen geschickt bzw. es kommt dann häufiger zur Anforderung von Verstärkung (es wurden drei Großstädte in die Befragung einbezogen: Berlin, Hannover und Bremen). Die Beamten aus Großstädten äußern auch häufiger Kritik an der Ausstattung und Fortbildung, beklagen häufiger das Fehlen von Schutzausstattung und Bekleidung, stufen den Leitfaden zur Eigensicherung als weniger praxistauglich ein und fühlten sich hinsichtlich verschiedener Aspekte auf den Übergriff schlechter vorbereitet.

9. Bislang ist die Nachbereitung eines Einsatzes, der zur Verletzung eines Beamten mit nachfolgender Dienstunfähigkeit geführt hat, nicht die Regel.

Zudem wenden sich die Betroffenen nur in Ausnahmefällen an Kriseninterventionsdienste oder Therapeuten. 55,6 % der Beamten, die einen Übergriff mit Dienstunfähigkeit erlebt haben, bejahten, dass es eine Einsatznachbereitung gegeben hat, 44,4 % verneinten dies. Wenn es zu einer Ein-

Dauer der Dienstunfähigkeit insgesamt sowie nach Situationen des Übergriffs (in %)

	Dauer der Dienstunfähigkeit		
	1-2 Tage	3-6 Tage	mind. 7 Tage
gesamt	38,2	22,5	39,3
Festnahme/Überprüfung Verdächtiger	40,2	21,6	38,2
davon: Eskalation bei Festnahme durch Verwandte etc.	41,6	25,8	32,6
Streit/Schlägerei (nicht Familie)	41,6	19,6	38,7
Familienstreitigkeit	42,0	23,7	34,3
Störung öffentlicher Ordnung	40,5	20,1	39,5
Verkehrskontrolle, -unfall, -delikt	32,3	23,4	44,3
(versuchte) Straftat	31,6	25,9	42,5
Veranstaltung	43,3	22,2	34,5
Demonstration	37,4	20,5	42,1
Personenkontrolle	38,6	23,8	37,6
Sonstiges	29,4	27,2	43,4

fett: höchster Wert, unterstrichen: niedrigster Wert

gegenüber stellen Angriffe durch körperliche Gewalt die Regel dar (84,0 %).

Wenn es vor dem Übergriff zu einer Kommunikation mit dem Täter gekommen ist, dann resultiert aus dem Übergriff

Dauer der Dienstunfähigkeit in Zusammenhang stehen, ist deutlich länger. Eine mentale Vorbereitung auf den Einsatz, die Einstufung des kommenden Einsatzes als gefährlich, die Lichtverhältnisse am

Übergriffsart nach Situation des Übergriffs (in %)

	körperliche Gewalt	Waffen/ Gegenstände	Veihikel	Sonstiges
gesamt	84,0	19,3	3,0	4,4
Festnahme/ Überprüfung Verdächtiger	89,2	15,1	2,1	2,1
davon: Eskalation durch Verwandte etc.	88,8	23,6	1,1	3,4
Streit/ Schlägerei (nicht Familie)	92,9	10,9	0,0	3,5
Familienstreitigkeit	92,5	13,7	0,0	3,6
Störung öffentlicher Ordnung	90,7	15,1	0,0	4,1
Verkehrsunfall, -kontrolle, -delikt	75,3	9,4	18,7	5,5
(versuchte) Straftat	77,5	21,6	5,7	6,2
Veranstaltung	81,3	29,6	1,5	3,4
Demonstration	54,6	61,3	0,0	4,6
Personenkontrolle	84,8	18,2	3,0	3,0
Sonstiges	82,5	16,7	2,2	9,6

fett: höchster Wert, unterstrichen: niedrigster Wert

seltener eine längere Dienstunfähigkeit. In drei Viertel aller Fälle (75,4 %) erfolgte vorher eine Kommunikation mit dem Täter; nur bei Demonstrationen ist dies eher die Ausnahme (28,0 %).

Informationen zu den Personen am Ein-

Einsatzort, die Einschubarkeit des Einsatzortes, die Vorkenntnisse zum Einsatzort, die Verfügbarkeit weiterer situativer Informationen bzw. von Informationen zum Konfliktpotenzial vor Ort senken oder erhöhen die Dauer der Dienstunfähigkeit



GEWALT GEGEN POLIZISTEN

satznachbereitung kommt, dann häufiger informell im Dienst als informell außerhalb des Dienstes. Dass Vorgesetzte eine solche Nachbereitung einleiten, kommt in jedem dritten Fall, in dem es eine Einsatznachbereitung gab, vor. Als besonders hilfreich werden die Nachbereitungen mit Kollegen außerhalb des Dienstes wahrgenommen, die ebenfalls nur in einem Drittel der Fälle stattgefunden haben. Die Hilfe des Kriseninterventionsdienstes nehmen nur 5,3 % der Beamten mit Übergriffserfahrungen in Anspruch; nur 3,9 % suchen einen Therapeuten oder Seelsorger auf. Die Wahrscheinlichkeit, sich an eine entsprechende Stelle zu wenden, steigt dabei mit höherer Dienstunfähigkeitsdauer an. Danach gefragt, warum diese Stellen nicht in Anspruch genommen werden, berichtet die große Mehrheit der Befragten, dass es ihrer Ansicht nach keinen Bedarf gegeben hätte. Dass diese Stellen nicht bekannt sind oder das es im Kollegenkreis unerwünscht ist, sich an sie zu wenden, gab nur ein kleiner Teil der Beamten an.

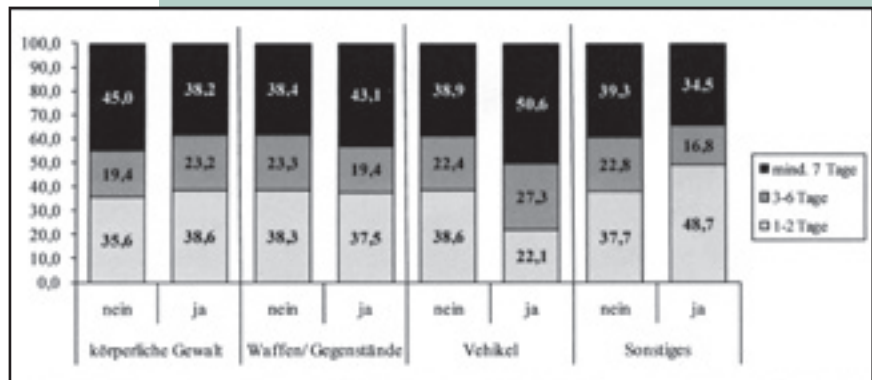
Ein Ereignis, dass die Häufigkeit der Beratung durch den Kriseninterventionsdienst bzw. durch Therapeuten erhöht, ist der Schusswaffengebrauch.

10. Beamte, die Opfer von Gewaltübergriffen geworden sind, müssen nicht selten damit rechnen, dass ihnen mit dem Vorwurf eigenen Fehlverhaltens rechtliche Sanktionen angedroht werden – heute häufiger als früher.

Durch diese Konsequenzen entstehen weitere psychische Belastungen. Mit zunehmender Intensität der rechtlichen Konsequenz steigt der Anteil an Beamten, die einen Verdacht auf eine Posttraumatische Belastungsstörung aufweisen. Solch ein Verdacht ergibt sich zu 4,1 % bei Beamten ohne rechtliche Konsequenzen. Bei Beamten gegen die ein Ermittlungsverfahren geführt oder sogar Anklage erhoben wird, liegt dieser Anteil bereits bei 11,2 %. Wenn dann zusätzlich noch ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird, steigt er auf 19,6 %. Hierfür können verschiedene Erklärungen angeführt werden: Möglicherweise muss der Beamte tatsächlich begangene Verhaltensfehler verarbeiten, möglicherweise handelt es sich aber auch um falsche Anschuldigungen, mit denen der Beamte konfrontiert wird und die ihn belasten. In jedem Fall bedürfen die Beamten, die ein Disziplinarverfahren erleben, einer besonderen Unterstützung.

11. Beamte kritisieren z.T. deutlich den Ausbildungsstand und den Dienstherrn, aber kaum eigenes Verhalten bzw. das Verhalten der Kollegen.

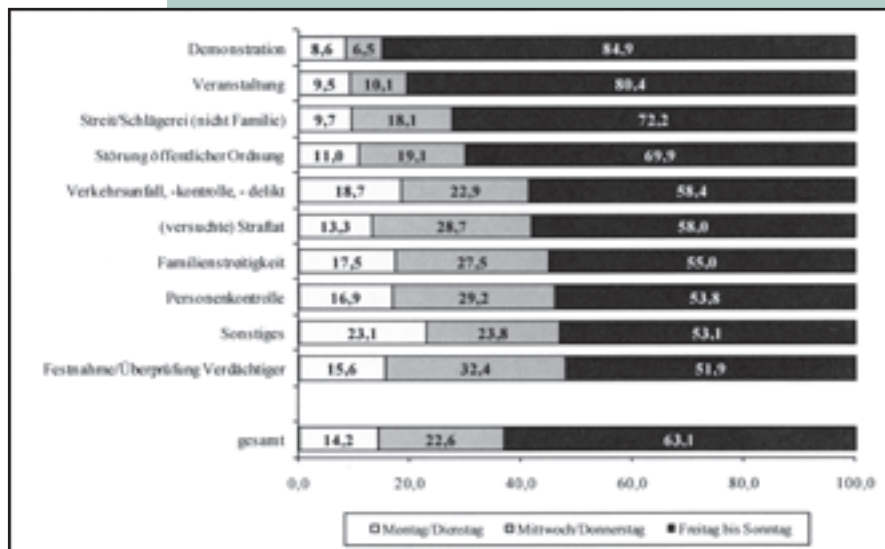
Dauer der Dienstunfähigkeit nach Übergriffsart (in%)



Mehr als die Hälfte der Beamten bemängelten, dass in der konkreten Situation des Übergriffs die Richtlinien zur Eigensicherung nicht einzuhalten waren. Zugleich attestieren mindestens 38,9 % der Beamten dem Leitfaden generell eine eher schlechte Praxistauglichkeit. Mindestens ein Viertel

Die Kritik am Ausbildungsstand und am Dienstherrn ist im Zeitverlauf allerdings rückläufig, d.h. die Beamten der Befragung des Jahres 2000 äußerten sich meist kritischer als die Beamten des Jahres 2010. Die Vorbereitung auf Übergriffe im Dienst hat sich demnach sukzessive

Wochentag des Übergriffs nach Situation (in %)



der Beamten sahen sich schlecht auf den Übergriff hinsichtlich der psychologischen Beurteilung, der körperlichen Abwehr und der Konflikthandhabung vorbereitet. Eine fehlende Schutzausstattung bemängelten nur 14,6 %. Auffällig ist zudem, dass über die Hälfte der Beamten dem Dienstherrn eine schlechte Fürsorge bei der Bewältigung der Gewalttat und der Vorbereitung auf zukünftige Gewalttaten attestiert.

verbessert. Nur der Anteil an Beamten steigt, die sich in der konkreten Situation nicht an die Richtlinien zur Eigensicherung halten konnten. Die Beamten sind also häufiger Situationen ausgesetzt, die durch die Richtlinien anscheinend nicht abgedeckt werden.

Auf eigene Verhaltensfehler wies in etwa jeder siebente Befragte hin (15,1 %). Der wesentliche Kritikpunkt hier war, dass



GEWALT GEGEN POLIZISTEN

man selbst die Situation nicht als gefährlich genug eingeschätzt hat. Eine schlechte körperliche oder psychische Verfassung oder ein konfliktförderndes Verhalten schreiben sich nur sehr wenige Beamte zu.

12. Zumindest an Schießtrainings und Trainings zum Thema Eigensicherung hat im Zeitraum 2005 bis 2009 die Mehrheit der Beamten teilgenommen.

Gleichwohl existiert sowohl in Bezug auf diese Trainings als auch in Bezug auf zahlreiche andere Trainings ein starker Wunsch nach Fortbildungen. Von allen Befragten gaben 94,6 % an, dass sie seit 2005 mindestens einmal an Schießtrainings teilgenommen haben, die große Mehrheit davon mindestens fünf Mal. An Trainings zur Eigensicherung haben 72,7 % der

nommen haben. Daneben berichten auch weibliche Beamte seltener von Teilnahmen an Fortbildungsveranstaltungen.

Folgerungen für die Prävention

Die Befunde aller drei Forschungsberichte erlauben es, allgemeine Folgerungen für die Prävention abzuleiten, die die Diskussion um die Prävention innerhalb und außerhalb der Polizei anstoßen können. Im Rahmen dieser Diskussion müssten dann konkretere Präventionsvorschläge erarbeitet werden. Hierfür wäre es empfehlenswert, wenn sich innerhalb der Polizei ein länderübergreifendes Gremium konstituiert das sich mit der Vorbeugung von Gewalt gegen Polizeibeamte beschäftigt und entsprechende

Folgerungen soll zusätzlich zwischen Folgerungen unterschieden werden, die sich auf die einzelnen Beamten beziehen und Folgerungen, die sich auf die Ebene des Dienstherrn bzw. Vorgesetzten beziehen.

Folgerungen für die einzelnen Polizeibeamten: Das Risiko eines Gewaltübergriffs steht mit personenbezogenen Eigenschaften in Zusammenhang. Dieses Risiko sollte sich im Rahmen der Aus- und Fortbildung bewusst gemacht werden.

Männliche Polizeibeamte erleben häufiger Gewaltübergriffe als weibliche Beamte, jüngere Beamte häufiger als ältere Beamte, größere und schwerere Beamte häufiger als kleinere und leichtere Beamte. Zudem werden Beamte in Großstädten deutlich häufiger Opfer von Übergriffen; gleiches gilt für Beamte im Einsatz- und Streifendienst.

Bei den opferbezogenen Faktoren könnte es sich um bestimmte Kompetenzen handeln, die bei Beamten unterschiedlich stark ausgeprägt sein können – um Persönlichkeitseigenschaften (wie ein aufbrausendes Temperament oder ein ausgleichendes Wesen) oder um Erfahrungen und Wissensbestände. Ziel der Aus- und Fortbildung sollte es sein, für die unterschiedlichen Opferrisiken bestimmter Gruppen von Polizeibeamten zu sensibilisieren.

Gefahren gehen auch von scheinbar ungefährlichen Situationen aus. So sind die alltäglichen Aktivitäten wie Festnahmen, Einsätze bei Streitigkeiten oder bei Störungen der öffentlichen Ordnung, bei denen die meisten Beamten derart verletzt werden, dass sie dienstunfähig werden. Zudem belegen die Auswertungen, dass der Angriff für viele Beamte überraschend kam. Es gilt deshalb, auch in jenen Situationen und Momenten achtsam zu sein, die auf den ersten Blick keine Gefährdung erkennen lassen. Dies bedeutet u.a., dass Einsätze in bürgerlichen Wohngebieten ebenso riskant sein können wie Einsätze in eher problematischen Stadtteilen, Verkehrskontrollen können gefährlicher sein als Einsätze im Rotlichtmilieu; weibliche Täter können ebenso zuschlagen wie männliche Täter; in der eigenen Dienststelle ist mit Übergriffen genauso zu rechnen wie an anderen Orten, auch wenn der Konflikt zu diesem Zeitpunkt schon längst beendet scheint.

Weibliche Polizeibeamte wirken sich in spezifischen Situationen deeskalierend aus. Jedenfalls für Einsätze bei häuslicher Gewalt zeigt sich, dass ein weiblicher Beamter das Risiko eines Zweier-Teams, verletzt zu werden, reduziert. Dies bedeutet nicht, dass Frauen im Einsatzteam ein

Häufigkeit von Verletzungen verschiedener Körperpartien nach Übergriffssituationen (in %; in Klammern: Anzahl Fälle)

	Hände/ Arme	Gesicht/ Kopf	Nacken/Hals/ Schulter/Rücken	Kniebereich	Beine/Füße	Brust/Bauch/ Unterleib	sonstiges	Mindestens 2 Verletzungen
Festnahme/Überprüfung Verdächtiger (379)	48,5	28,5	24,5	19,0	15,3	15,8	2,4	40,0
Streit/Schlägerei (nicht Familie; 285)	49,5	35,4	21,1	18,9	15,8	10,9	2,8	41,1
Familienstreitigkeit (292)	50,7	28,8	21,6	15,1	14,7	13,0	4,5	36,0
Störung öffentliche Ordnung (262)	43,1	30,9	19,8	19,8	16,8	11,8	1,5	30,9
Verkehrskontrolle, -unfall, -delikt (212)	47,2	31,6	28,3	24,5	22,6	15,6	4,2	47,6
(versuchte) Straftat (201)	42,8	25,4	23,9	24,4	17,9	12,4	8,5	39,8
Veranstaltung (177)	37,3	32,8	27,1	16,9	23,2	11,9	1,1	36,7
Demonstration (152)	38,8	23,0	22,4	13,8	30,9	11,8	2,6	29,6
Personenkontrolle (89)	55,1	30,3	13,5	20,2	19,1	12,4	5,6	46,1
Sonstiges (192)	51,6	27,1	19,3	13,5	16,1	12,0	7,8	30,7

fett: höherer Wert, unterstrichen: niedriger Wert

Beamten teilgenommen. Die Anteile an allen anderen Maßnahmen (u.a. Selbstverteidigung, Deeskalation) liegen z.T. deutlich niedriger. Von einer Teilnahme an Kommunikationstrainings mit spezifischen Personen (z.B. alkoholisierte Personen, psychisch auffällige Personen) berichten nur 9,6 % der Befragten.

Es zeigt sich zudem, dass Beamte des Einsatz- und Streifendienstes seltener an verschiedenen Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen, d.h. jene Beamtengruppe, die am häufigsten der Gewalt im Dienst ausgesetzt ist. Recht deutliche Unterschiede ergeben sich u.a. bei den Selbstverteidigungstrainings, an denen 55,2 % der Streifenbeamten, aber 80,2 % der Beamten aus besonderen Einsatzeinheiten teilge-

Vorschläge entwickelt. Diese könnten dann anhand einiger Modellregionen auf ihre Wirkung hin geprüft werden. In einer späteren Phase wäre zu überlegen, welche polizeiexternen Akteure Teil des Gremiums werden, um so auch die allgemein gesellschaftlichen Probleme, die sich in der Gewalt gegen Polizeibeamte niederschlagen, in den Fokus der Arbeit zu rücken. Dieses zweigeteilte Vorgehen erscheint deshalb sinnvoll, weil es die Polizei zum Teil selbst in der Hand hat, Gewaltübergriffen vorzubeugen; zum anderen Teil werden zu Lasten der Polizeibeamten allgemein gesellschaftliche Konflikte und Probleme ausgetragen, die von der Polizei selbst nicht gelöst werden können. Bezüglich der polizeibezogenen



GEWALT GEGEN POLIZISTEN

Garant für einen Nicht-Angriff wären; andere Merkmale der Situation (z.B. alkoholisierte Täter) sind für einen Übergriff relevanter. Zudem ist bislang nicht bekannt, wie weibliche Beamte in anderen Einsatzsituationen wirken. **Vor dem Einsatz sollte versucht werden, alle verfügbaren Informationen zu den beteiligten Personen, wegen denen ein Einsatz erfolgt, einzuholen.** Hierzu gehört, ob die Personen eine kriminelle Vorgeschichte haben, ob sie alkohol- oder drogenabhängig sind, ob psychische Störungen vorliegen, Bewaffnung zu erwarten ist usw.

Verbale Kommunikation ist eine wichtige Strategie, die hilft, die Folgen eines Übergriffs abzumildern. Beamte, die im Vorfeld mit dem Täter kommuniziert haben, berichten seltener davon, sieben Tage und länger dienstunfähig gewesen zu sein als Beamte, die dies nicht taten. Durch das Sprechen scheint eine Beziehung zwischen den Beteiligten etabliert zu werden, die möglicherweise Hemmungen entstehen lässt, den Beamten schwer zu verletzen. Zudem können die Beamten durch eine vorherige Kommunikation einen Eindruck von dem aktuellen Zustand des Bürgers erhalten, wodurch sie die Situation besser einschätzen können. Denkbar ist, dass Kommunikation auch in jenen Einsätzen noch stärker eingesetzt wird, in denen dies bislang noch eher selten geschieht, bspw. bei Demonstrationen. Im Einklang damit steht auch der Einsatz sog. Anti-Konflikt-Teams bei Großveranstaltungen, die das Gespräch mit den Bürgern suchen, um Konflikte vorzubeugen. Zugleich dürfte Kommunikation auch an ihre Grenzen stoßen, wenn das Gegenüber hierzu nicht bereit oder fähig ist (z. B. Alkoholisierung). Auf solche Einsätze könnten verstärkt durchgeführte Kommunikationstrainings, die sich auf spezifische Personengruppen richten, vorbereiten.

Schutzausstattungen und Führungs- und Einsatzmittel können Verletzungen reduzieren, weshalb das Tragen und Mitführen in jedem Fall anzuraten ist. Dienstwaffe und Reizstoffsprüherät haben fast alle Beamten, die während eines Einsatzes verletzt worden sind, dabei. Dass die Dienstwaffe nur in Ausnahmefällen eingesetzt wird, ist nachvollziehbar. Dass aber auch das Reizstoffsprüherät nur selten benutzt wird, ist vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Einsatz nur sehr selten zu längerfristig nachteiligen Folgen führt, etwas überraschend.

Prävention geschieht auch auf dem Weg der guten Nachsorge. Wenn Beamte Gewaltübergriffe erlebt haben, sollten sie

daher darum bemüht sein, sich Hilfe bei der Bewältigung zu suchen. Es ist leicht, zu bemängeln, dass Dienstherr und Vorgesetzte wenig tun, um den Beamten bei der Bewältigung der Übergriffserfahrung zu unterstützen. Jeder Beamte ist auch selbst dafür verantwortlich, sich für diese Aufgabe Unterstützung zu suchen. Die Polizei macht hierfür verschiedene Angebote, die derzeit noch sehr selten wahrgenommen werden. Zudem haben es die Kollegen selbst in der Hand, Einsätze und Übergriffe informell nachzubereiten. Wichtiger scheint, dass Beamte, die Übergriffe erlebt haben, darauf achten, ob sich dadurch Weltbilder und Selbstbilder verändern. Der Polizeialltag wird umso schwieriger zu meistern, je stärker sie der Ansicht sind, dass mit Straftätern unzureichend hart umgegangen wird oder dass die Polizei immer nur den Kopf für Fehler der Politik hinhalten muss. Es gilt, nach solch einschneidenden Erlebnissen verstärkt auf jene Momente im Polizeidienst zu achten, in denen positive Erfahrungen gemacht werden und insofern Selbstwirksamkeit erfahren werden kann.

Kollegen stellen wichtige soziale Ressourcen bei der Bewältigung von Opfererfahrungen dar. Informelle Nachbereitungen außerhalb des Dienstes mit Kollegen werden nach Angaben der Beamten am hilfreichsten erlebt. Zugleich ist aber auch ein Rückgang dieser Form der Nachbereitung festzustellen. Mögliche Gründe dafür könnten mangelnde Sozialräume sein, in denen sich die Beamten nach Schichtende noch einmal zusammensetzen. Aber auch die Auflösung fester Strukturen durch bspw. bedarfsorientierte Schichtpläne erschwert die Bildung sozialer Beziehungen untereinander. Solche sozialen Netzwerke dienen aber als wichtige Ressource: Je besser die Kollegen sich untereinander kennen, desto geringer ist die Hemmschwelle, eigene Probleme z. B. infolge eines Einsatzes anzusprechen. Verändert sich ein Beamter aufgrund belastender Erlebnisse, so kann dies von nahestehenden Kollegen erkannt und entsprechend frühzeitig reagiert werden. Anzuraten wäre es, durch gemeinsame Aktivitäten (z.B. Sport) kollegiale Beziehungen zu fördern. Die Initiative kann dabei von jedem einzelnen Beamten ergriffen werden, wobei der Dienstherr/Vorgesetzte idealerweise solche Bemühungen unterstützen sollte. Dies kann schon die Bereitstellung von entsprechenden Räumlichkeiten sein.

Folgerungen für den Dienstherrn bzw. Vorgesetzten: Für die Einsätze im Rahmen von Demonstrationen wie im

COP®
COP® Specials November / Dezember 2011 *Gültig vom 20.10. - 31.12.11
NEU! Seit 30.06.2011 COP® Partner in Westenhellenweg 122, Tel. 0231-162357 **DORTMUND**
 Zertifiziert als Berufsschuh gem. EN347/02

1 Einsatzstiefel
Adidas® GSG9.2
 Art.-Nr. 85807295-Größe UK
 Farbe: schwarz
 Größen: (EU 36 - 50)
 UK 3,5 - 14
 Der Schaft besteht aus Leder, Meshmaterial und Membran: Das CLIMAPROOF-Material mit Membran ist wasserresistent und gleichzeitig atmungsaktiv. Vollnarbiges, hydrophobiertes Rindsleder sorgt für Wasserresistenz bei höchstem Komfort.

Aktionspreis!
€ 139,90
 statt 164,99*

Größe UK	3,5	4	4,5	5	5,5	6	6,5	7	7,5	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	12,5	13	13,5	14
Größe EU	36	36,5	37,5	38	38,5	39,5	40	40,5	41,5	42	42,5	43	44	44,5	45,5	46	46,5	47,5	48	48,5	49,5	50

2 Luminox US Navy SEAL 3051.80
 Art.-Nr.: LU-305180
 Getragen von den Eliteeinheiten der Navy SEALs. Offizielle Qualifikation für den Gebrauch der US Navy und US Army (MIL Spec W-4637 4F). Polycarbonatgehäuse, karbonverstärkt mit einem Durchmesser von 44 mm und Kronenschutz. Wasserfest bis 20 bar/atm. / 200 Meter / 660 feet. Kratzfestes/ verstärktes Mineralglas. Schweizer Quarzwerk mit Datumsfunktion auf 3-Uhr Position.

Aktionspreis!
€ 209,90
 statt 249,99*

3 Einsatzhandschuh
COP® CR214
 Art.-Nr. 320214-Größe
 Farbe: schwarz
 Größen: XS - XXL
 Handinnenseite aus weichem Ziegenleder. Schnitzzuttfutter aus Kevlar® an Handinnenseite.

Aktionspreis!
€ 29,90
 statt 39,99*

Abriebfestigkeit: Kategorie 2
 Schnittfestigkeit: Kategorie 2
 Weiterreißfestigkeit: Kategorie 3
 Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

4 Polizeiausstattungstasche COP® 903/904
 Art.-Nr.: 903 BAG-2
 Außenmaße: 56 x 24 x 32 cm
 Farbe: schwarz; Material: 600D Polyester
 Innen wasserabweisend beschichtet.

5 COP® 903 POLIZEI
 Art.-Nr. 903 BAG-2P
 Tasche COP®903 inkl.
 Aufschrift „POLIZEI“

Aktionspreis!
€ 49,90
 statt 69,99*

Lieferung ohne Deko

6 COP® 904
 Art.-Nr. 904 BAG-2
 Ausführung wie COP® 903, nur etwas kleiner. Außenmaße: Aufschrift „POLIZEI“

Aktionspreis!
€ 45,90
 statt 64,99*

8 Taschenlampe COP® 8503NS LED Stroboskop
 Art.-Nr.: 18503NS
 Leistung: 180 Lumen
 Leuchtdauer: 30 Stunden
 Leuchtwerte: 100 m;
 3 Mikro-Batterien (AAA) enthalten!

Aktionspreis!
€ 29,90
 statt 59,99*

Mit Stroboskop- + Dimmerfunktion
Auslaufmodell!
 Solange Vorrat reicht!

9 Einsatzstiefel S&W® 8995 GTX HI
 Art.-Nr. 828995-Größe EU
 Farbe: schwarz; Größen: EU 36 - 48
 keine halben Größen
 Obermaterial: Leder/ Nylon Kombination mit GORE-TEX® Membrane
 Stiefel mit athletischer Passform und geringem Gewicht.

Aktionspreis!
€ 109,90
 statt 149,99*

Damen	Größe US	6	7	8	9	9,5			
	Größe EU	36	37	38	39	40			
Herren	Größe US	8	9	10	11	11,5	12	13	14
	Größe EU	41	42	43	44	45	46	47	48

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

* Angebots / Aktionspreis gültig vom 20. Oktober bis 31. Dezember 2011. * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. * kann nur von Behörden / Einrichtungen / Personen mit entsprechender Legitimierung erworben werden.

GEWALT GEGEN POLIZISTEN

Rahmen von häuslicher Gewalt haben sich verschiedene Besonderheiten ergeben. Eine verbesserte Vor-, z. T. auch Nachbereitung dieser Einsätze scheint daher geboten.

Bei Demonstrationen begegnet den Polizeibeamten heute häufiger als früher ein

veränderten Umständen in Teilen nicht mehr zeitgemäß sein könnte – am häufigsten bei Demonstrationen. Möglicherweise wäre es sinnvoll, den Leitfaden mit Beamten, die Opfer von Gewalt geworden sind sowie mit Ausbildern zu diskutieren

diesem bei Bedarf Unterstützung anzubieten. Dies könnte zu einer höheren Akzeptanz der Hilfsangebote führen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass genügend Kapazitäten vorhanden sind, um dem Beamten auch unmittelbar Hilfe zukommen lassen zu können.

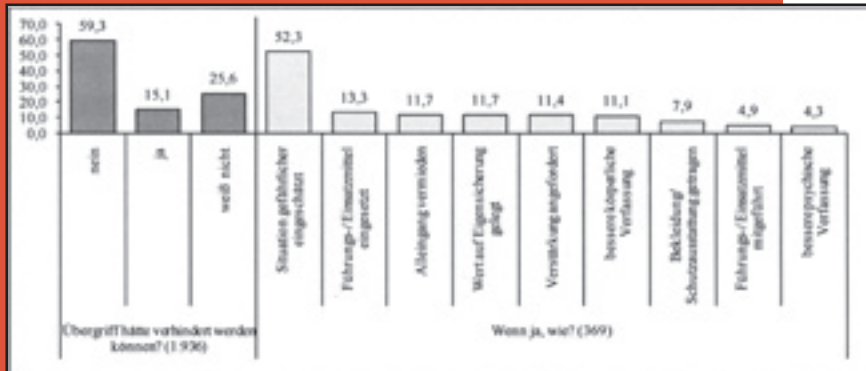
In den Dienststellen sollte es in verstärktem Maße Möglichkeiten des offenen Ansprechens von Verhaltensfehlern geben, der eigenen Fehler ebenso wie der Fehler von Kollegen und Vorgesetzten.

Der Wunsch der Beamten nach Fortbildung sollte respektiert werden. Vor allem Einsatz- und Streifendienstbeamten sowie jüngeren Beamten sollten entsprechende Möglichkeiten geboten werden. Zwei Punkte sind mit Blick auf die Fortbildungen zusätzlich wichtig: Erstens erscheint es notwendig, neue, auf bestimmte Tätergruppen und Einsatzsituationen fokussierte Fortbildungen zu entwickeln. Zweitens ist es notwendig, die Fortbildungen und Trainings zu evaluieren. Die Analysen zeigen, dass Deeskalationstrainings und auch andere Maßnahmen nicht mit einem verringerten Opferrisiko einhergehen. Dies könnte, neben anderen Erklärungen, auch an den Inhalten dieser Trainings liegen.

Von allen befragten Polizeibeamten hat etwa jeder achte innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren mindestens einen Gewaltübergriff mit Dienstunfähigkeit erlebt; d.h. jeder Beamte, der etwa vierzig Jahre im Dienst ist, wird im Durchschnitt mindestens einmal Opfer eines solchen Übergriffs. Weniger schwere Gewalterfahrungen finden sogar wiederholt im Dienstleben statt. **Viktimisierung ist somit ein Thema, das (fast) jeden Polizeibeamten betrifft.** Deshalb sollten verstärkt zu diesem Bereich Fortbildungen stattfinden. Insbesondere Beamte, die bereits länger im Dienst sind, könnten hiervon profitieren. Ziel könnte es sein, neben der Vermittlung von allgemeinen Risikofaktoren, die die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs erhöhen, mögliche Folgen einer Gewalterfahrung sowie geeignete Bewältigungsstrategien anzusprechen.

Allgemein gesellschaftliche Folgen: Das Bild der Polizeibeamten sollte durch geeignete Maßnahmen in der Öffentlichkeit, insbesondere aber in verschiedenen Migrantengruppen, verbessert werden. Täter aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie Täter aus islamisch geprägten Ländern stellen die Mehrzahl der Täter mit Migrationshintergrund. Dies ist z.T. darauf zurückzuführen, dass Polizisten in diesen Kulturkreisen ein geringes Ansehen haben, weil sie z. T. kor-

Verhaltensfehler, die den Übergriff hätten verhindern können (in %)



hohes Gewaltpotenzial – die Täter gehen mit Waffen vor, handeln aus einem Motiv der Feindschaft gegenüber Polizei und Staat heraus, handeln häufiger in Tötungsabsicht und locken die Beamten häufiger in Hinterhalte. Hieraus resultieren besondere psychische Belastungen für die Beamten.

Bei Familienstreitigkeiten wiederum sind die Beamten mit einer besonderen, emotional sehr aufgeladenen Atmosphäre konfrontiert, so dass nicht überrascht, dass es hier am häufigsten zu Auseinandersetzungen kommt, bei denen mehrere Beamte verletzt werden. Die Strategie des Kommunizierens mit dem Täter wird hier zwar häufig praktiziert, führt aber anscheinend nicht zum gewünschten Ergebnis. Zugleich werden die Einsätze bei familiären Streitigkeiten bislang noch am seltensten nachbereitet. All diese Befunde signalisieren, dass ein Bedarf besteht, diese Einsatzsituationen noch stärker in den Aus- und Fortbildungen zu behandeln.

Der Leitfaden zur Eigensicherung sollte auf seine Praxistauglichkeit unter veränderten Umständen (u. a. Täterverhalten) geprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden. Es stimmt nachdenklich, wenn über ein Drittel bis die Hälfte der Beamten, die Opfer eines Gewaltübergriffs mit nachfolgender Dienstunfähigkeit geworden sind, dem Leitfaden eine (eher) schlechte Praxistauglichkeit attestieren bzw. wenn mehr als die Hälfte dieser Beamten der Ansicht ist, dass sie sich in der konkreten Situation des Übergriffs nicht an diesen halten konnten. Dieser Anteil ist seit 2000 zudem deutlich angestiegen. Die Befunde weisen darauf hin, dass der Leitfaden unter

und eventuelle Schwachstellen offen zu legen.

Verletzungen im Nacken-, Hals-, Schulter- und Rückenbereich sind besonders folgenreich. Sie führen recht häufig zu längeren Dienstunfähigkeitsdauern sowie zu psychischen Beschwerden. Vorhandene Schutzausstattungen helfen nur bedingt, diese Bereiche zu schützen, bzw. sind für alltägliche Einsätze eher ungeeignet. Wünschenswert wäre die Entwicklung einer Schutzausstattung, die Hals, Schultern und Rücken sichert, ohne dabei die Bewegungen allzu sehr einzuschränken.

Die Nachbereitung von Gewaltübergriffen sollte stärker als bisher durch den Dienstherrn bzw. Vorgesetzten gefördert werden. Nur in etwas über der Hälfte dieser Fälle hat eine Nachbereitung unter Beteiligung des angegriffenen Beamten stattgefunden. D.h. nur bei etwa jedem zweiten Übergriff wird über eventuelle Einsatz- und Verhaltensfehler diskutiert und daraus für zukünftige Einsätze gelernt. Wenn dies geschieht, dann auch am seltensten auf Initiative des Vorgesetzten hin. Besondere Unterstützung benötigen insbesondere jene Beamten, die im Nachgang des Übergriffs auch noch mit rechtlichen Konsequenzen konfrontiert sind. Die zusätzliche Belastung, die hierdurch entsteht, dürfte vielfach noch nicht bekannt sein.

Die Inanspruchnahme eines Kriseninterventionsdienstes oder einer Therapie könnte durch eine Initiative dieser Institutionen verbessert werden. Möglicherweise wäre es sinnvoll, wenn solche Institutionen nach Kenntnis eines Übergriffs auf den betroffenen Beamten zugehen würden, um



rupt oder gewalttätig sind. Polizeibeamte in Deutschland weichen von diesem Bild deutlich ab. Dies gilt es, den Migranten zu vermitteln. Durch verschiedene Maßnahmen sollte aber auch unter Kindern und Jugendlichen ein positiveres Polizeibild etabliert werden. Die Polizei kann hierzu selbst einen Beitrag leisten, so u. a. dadurch, dass mehr Polizeibeamte mit Migrationshintergrund eingestellt werden oder dass Polizeibeamte engen Kontakt zu Grund- und weiterführenden Schulen halten. Andere Maßnahmen wie Broschüren, Informationstage, direkten Bürgerkontakt usw. dürften hierfür ebenfalls einen Beitrag leisten. Zusätzlich sollten zentrale, relevante gesellschaftliche Akteure der Polizei ihr Vertrauen aussprechen. **Ein Vertrauensbeweis von Seiten der Politik bzw. der Gerichte wäre, dass die Täter von Gewalt gegen Polizeibeamte mindestens genau so bestraft werden wie andere Gewalttäter.** Zwar wird bislang gegen neun von zehn Tätern ein Strafverfahren geführt. In jedem dritten Fall werden diese Verfahren aber eingestellt, d.h. eine Bestrafung des Täters bleibt aus. Dies ist für die Beamten fast nie nachvollziehbar; der Großteil der Opfer bewertet diesen Schritt als falsch. Im Prozess der Strafverfolgung müssen Polizeibeamte genauso ihr Recht erhalten wie andere Gewaltopfer; d.h. einem Beamten darf vor Gericht kein Nachteil daraus entstehen, dass er Polizeibeamter ist und Gewalt quasi zu seinem Berufsalltag gehört. Darüber hinaus spricht viel dafür, dass Personen, die Polizeibeamte angreifen, im Prinzip härter zu bestrafen sind als

andere Gewalttäter, weil sie Menschen angreifen, die qua ihres staatlichen Auftrages dazu verpflichtet sind, in Notlagen einzugreifen und anderen Menschen zu helfen. Helfer anzugreifen begründet aber eine besondere Schwere der Tat.

Die Prävention von Alkoholkonsum ist noch weiter zu intensivieren. Die Gewalt begünstigende Wirkung des Alkoholkonsums ist unbestritten. In der Prävention von Alkoholkonsum werden Aufklärungskampagnen genauso eingesetzt wie Verkaufsverbote oder Preiserhöhungen. Für Jugendliche sind einige dieser Präventionsstrategien wirksam. Ein Problem ist, dass bei der Gewalt gegen Polizeibeamte auch häufig Heranwachsende oder Erwachsene als Täter in Erscheinung treten. Diese Konsumentengruppen mit Präventionsmaßnahmen zu erreichen, sollte ein Ziel zukünftiger Arbeit in diesem Bereich sein. Ein effektiver Weg wäre dabei ein weitestgehendes Werbeverbot für alkoholische Getränke.

Gesellschaftliche Polarisierungstendenzen als mögliche Ursache für die Zunahmen von Gewalt gegen Polizeibeamte

Bei Betrachtung der Entwicklung der Gewaltkriminalität im Allgemeinen, also nicht bezogen auf Polizeibeamte, so ist seit 2007 eine Abnahme in der Polizeilichen Kriminalstatistik festzustellen; im Dunkelfeld sind bereits früher Rückgänge

zu verzeichnen. Gesamtgesellschaftlich ist also nicht generell von einer zunehmenden Gewaltbereitschaft auszugehen. Die Vermutung liegt nahe, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen für den Anstieg der Gewalt gegen Beamte verantwortlich sind. Diese Gruppen sind möglicherweise ein Ergebnis zunehmender Polarisierungstendenzen in der Gesellschaft. Polarisierung bedeutet, dass sich die Bevölkerung einer Gesellschaft in sich gegenüber stehende Gruppen teilt, i.d.R. entlang der Dimension des Einkommens bzw. des Vermögens. Es bilden sich einkommensarme Milieus, die sich von den die bundesdeutsche Gesellschaft konstituierenden Normen und Werten entfremden. In diesen Milieus ist der Gewalteinsatz eine Strategie, um sich Anerkennung zu verschaffen. Der Einsatz von Gewalt gegen Polizeibeamte wird in diesen Milieus vielfach als legitimes Verhalten betrachtet. Zum Teil werden Konflikte mit den Beamten aktiv gesucht. Diese Polarisierungstendenzen sind nicht nur mit Blick auf Einkommen und Vermögen zu beobachten, sondern auch mit Blick auf politische Einstellungen (Links-Rechts) oder mit Blick auf Einheimische und Migranten. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, solchen Polarisierungstendenzen entgegen zu treten. Die Polizei allein kann dieses Problem nicht lösen.

3. Forschungsbericht, redaktionell gekürzt

Die ungekürzte Version des 3. Forschungsberichtes ist in der elektronischen Ausgabe der DP unter www.gdp.de/Deutsche_Polizei hinterlegt.

Anzeige

Für jeden Wunsch der passende Kredit.

Nur für Sie: die Plus-Kredite der Allgemeinen Beamten Kasse.

Die Allgemeine Beamten Kasse Kreditbank AG ist seit über 30 Jahren der kompetente und zuverlässige Partner, wenn es um Kredite, Immobilienfinanzierungen und Geldanlagen geht.

Wir betreuen über 100.000 Privatkunden aus dem öffentlichen Dienst.

Erstklassige Konditionen, eine hohe Beratungsqualität und eine schnelle Kreditentscheidung sind für uns selbstverständlich.

Unsere Plus- und Sonderkredite bieten für jeden Anlass die passende Lösung.

Rufen Sie uns an oder besuchen Sie uns im Internet!

Unsere Kredite auf einen Blick:

- **FlexoPlus Kredit** für langfristigen Spielraum
- **DispoPlus Kredit** hilft Zinsen sparen
- **AbrufPlus Kredit** für spontane Wünsche und unerwartete Ausgaben bis zum 10-fachen des monatlichen Haushaltseinkommens
- **AutoPlus Kredit** für PKW, Motorräder, Boote und Wohnmobile
- **RenoPlus Kredit** zum Renovieren und Modernisieren
- **SicherheitenPlus Kredit** zum Beleihen von Anlagen und Versicherungen
- **UrlaubPlus Kredit** für Nah- und Fernreisen

Kredit Hotline: (030) 2 85 35-200
Kredit online: www.abkbank.de

 **Allgemeine Beamten Kasse**
BANK FÜR ALLE IM ÖFFENTLICHEN DIENST



Der Papst war da

Rund 16.000 Polizistinnen und Polizisten haben für einen reibungslosen Besuch des Papstes in Deutschland gesorgt und dazu beigetragen, dass der dreitägige Aufenthalt des Oberhauptes der katholischen Kirche für seine Anhänger in Deutschland zu einem unvergesslichen und freudigen Erlebnis wurde. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Das war eine großartige Leistung aller Kolleginnen und Kollegen. In Berlin, Erfurt und Freiburg haben sich die Einsatzkräfte erfolgreich bemüht, die Belastungen für die Bevölkerung durch die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen so gering wie möglich zu halten. Das ist ihnen mit einer transparenten und aufwendigen Informationsarbeit gelungen, zu der auch tausende Gespräche mit Anwohnern der gesicherten Fahrtstrecken des Papstes gehörten.“

Dieser Papst-Einsatz, so Witthaut, habe dennoch zu außerordentlichen Mehrbelastungen geführt, da Großeinsätze dieser Art für Polizeibeamtinnen und -beamte aus nahezu allen Bundesländern und der Bundespolizei spürbar zunehmen. Witthaut kritisierte, dass die Länder nach wie vor unterschiedliche Regelungen zum Beispiel bei der Anerkennung der Dienstzeiten für Beamtinnen und Beamte praktizieren.

Berlin

Bis zu 6.500 Polizisten, darunter Unterstützungskräfte aus neun Bundesländern und der Bundespolizei, waren in Berlin eingesetzt, als der Staatsgast am Donnerstagvormittag, dem 22. September 2011, gegen 10.15 Uhr auf dem Flughafen Tegel landete.

Bei Demonstrationen gegen den Papstbesuch musste die Polizei einschreiten. Nach

Beendigung des Aufzuges „Christopher Street Day e.V.“ griff eine Gruppe von ca. 200 Personen, die der linken Szene zuzurechnen sind, die Polizei mit Wurfgeschossen an.

Bei einer Protestkundgebung gegen die „Einschränkung der Bewegungsfreiheit“ in Kreuzberg wurde eine Kollegin einer Bremer Einheit durch einen Feuerwerkskörper verletzt, musste ambulant

behandelt werden und konnte den Dienst nicht fortsetzen.

Da die Polizei bei Demonstrationen vermehrt mit Pyrotechnik beworfen wird

– beliebt sind illegale Knallkörper aus dem Ausland – forderte der Berliner GdP-Landesbezirksvorsitzende Michael Purper, Einsatzhelme mit einem integrierten aktiven Gehörschutz für die Polizei. Auch Angriffe auf die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen mit starken Laserpointern nehmen in Berlin zu. Michael Purper: „Innerhalb von drei Wochen wurden allein bei der Berliner Bereitschaftspolizei sieben Polizistinnen und Polizisten durch Laserpointer an den Augen verletzt.“

Deshalb fordert Purper eine konsequentere Strafverfolgung der Täter. „Verfahren dürfen nicht mehr wegen Geringfügigkeit oder Zahlung einer geringen Geldbuße eingestellt werden. Das Strafmaß muss für diese Täter voll ausgeschöpft werden. Sie müssen mit sehr hohen Geldstrafen belegt, und wenn diese nicht bezahlt werden, Haftstrafen antreten.“

Thüringen

Nach dem Aufenthalt des Papstes in Berlin begann am 23. September 2011 einer der größten Polizeieinsätze in der Geschichte der Thüringer Polizei. Mehrere Tausend Polizeibeamtinnen, -beamte und Verwaltungspersonal aus Thüringen sowie Kräfte aus anderen Bundesländern und der Bundespolizei waren im Einsatz – vom Landesbezirk Thüringen der GdP begleitet. In Erfurt und im Eichsfeld kümmerten sich GdP-Betreuungsteams vor Ort um die sozialen Belange der eingesetzten Kräfte, wie Versorgung und Unterbringung, Einsatzzeiten usw. Viel Engagement bewiesen die Senioren des Landesbezirks bei den Betreuungsmaßnahmen. Neben Getränken und Verpflegung führten die Teams auch kleine Präsente für die Einsatzkräfte mit.

Auch der Hauptpersonalrat (HPR) der Thüringer Polizei betreute mit mehreren Betreuungsteams beide Einsatzorte. Die GdP stellt hierfür dem HPR Getränke, Verpflegung und Präsente zur Verfügung. Die Betreuung der Einsatzkräfte wurde zwischen GdP und HPR koordiniert.

Jörg Radek, stellv. GdP-Bundesvorsitzender und im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für länderübergreifende Großeinsätze, begleitete die Betreuungsteams in Thüringen: „Von hamburger Reitern bis zur bayrischen Krad-Staffel kamen wir mit der ganzen Palette an Einsatzkräften ins Gespräch, die die Polizei Deutschlands so zu bieten hat. Wo es uns gelungen ist, an die Einsatzkräfte heranzukommen, konnten wir auch mit Kleinigkeiten viel Freude bereiten und in Gesprächen nicht nur das Interesse bei GdP-Mitgliedern gewinnen.“



Einsatzleitstelle: Der Leitende Polizeidirektor Heiner Amann (l.), Polizeiführer der BAO Mitra und Polizeidirektor Berthold Fingerlin (2.v.r.) von der Einsatzleitung der PD Freiburg erläutern dem GdP-Vorsitzenden Bernhard Witthaut (r.) und dem baden-württembergischen GdP-Vorsitzenden Rüdiger Seidenspinner den Ablauf des Papst-Einsatzes.

Foto: Holecck

Er forderte die Innenministerkonferenz auf, dafür zu sorgen, dass die Bereitschaftszeiten für Beamtinnen und Beamte bundeseinheitlich zu 100 Prozent vergütet werden.



GROSSEINSÄTZE

Baden Württemberg

40 Hundertschaften der Landespolizei Baden-Württemberg, der Bundespolizei und der Bundesländer Hessen, Bayern und Rheinland-Pfalz „übernahmen“ das Kirchenoberhaupt auf der letzten Station seiner Reise. Baden-Württembergs GdP-Landesvorsitzender Rüdiger Sei-



Baden-Württembergs Innenminister Reinhold Gall (l.) im Gespräch mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut (r.) und dem Vorsitzenden GdP-Landesbezirks Baden-Württemberg, Rüdiger Seidenspinner, im Vorhof des Freiburger Münsters.
Foto: Holecsek



Papst Benedikt XVI. verabschiedet sich am Berliner Flughafen Tegel von der Motorrad-Eskorte der Polizei, die ihn bei seinem Besuch in der Hauptstadt begleitete.

Foto: Wolfgang Radtke/dpa

denspinner: „Eine nicht nur personelle, sondern auch logistisch große Herausforderung. Der GdP-Landesbezirk und die baden-württembergische GdP-Direktionsgruppe Bundespolizei standen den Einsatzkräften während der gesamten

Dauer des Einsatzes in Freiburg rund um die Uhr mit insgesamt 10 mobilen Betreuungsteams zur Verfügung, um bei Problemen mit der Unterbringung, mit den Einsatzzeiten, mit der Verpflegung oder sanitären Einrichtungen zu helfen. Unsere mobilen Betreuungsteams standen den auswärtigen Kräften während der üblichen Ladenöffnungszeiten auch für kleinere Besorgungen zur Verfügung.

Die Teams besaßen Akkreditierungen für alle relevanten Einsatzbereiche.“

Schon im Vorfeld des Einsatzes anlässlich des Papstbesuchs erreichten die GdP immer mehr Meldungen von unzufriedenen Kolleginnen und Kollegen. Großen Unmut bereitete die Absicht des Innenministers, die Ruhe- und Bereitschaftszeiten nur zu einem Drittel als Arbeitszeit zu vergüten. Rüdiger Seidenspinner: „Da sollten z.B. Kräfte der Bereitschaftspolizei am Samstag um 5.30 Uhr nach Lahr fahren, dann so gegen 9.30 Uhr Mittagessen bekommen und anschließend schlafen, weil am Sonntag um 00.00 Uhr Einsatzbeginn ist. Dann sollen sie 10 Stunden als Streckenposten eingesetzt werden. Laut Innenministerium soll das alles nach den europäischen Arbeitszeitrichtlinien zulässig sein. Wir haben da eine andere Meinung und haben bereits bei unserem ersten Treffen mit dem Innenminister auf die gängige Rechtsprechung hingewiesen und ihm mitgeteilt,

dass wir klagen werden, wenn dies in Baden-Württemberg nicht umgesetzt wird. Es haben sich bereits mehrere Kollegen bereit erklärt zu klagen.“

Rüdiger Holecsek



HAIX®

HEROES WEAR® HAIX



TACTICAL 20

ATHLETIC 10

BLACK EAGLE On & Off Duty Urban Streetwear

- > Basierend auf Lafschuhtechnologie
- > Leicht & dynamisch
- > Extrem rutschfest
- > Atmungsaktiv & dauerhaft wasserdicht durch GORE-TEX®



Lieferbar ab
Frühjahr 2012

HAIX®-Schuhe Produktions- und Vertriebs GmbH
Auhofstrasse 10, D-84048 Mainburg,
T. +49 (0) 87 51/8625-0, info@haix.de

www.haix.com

Die Suche nach Männlichkeit am Rande des Nahverkehrs

Der Pressewirbel war gewaltig, als Mitte 2009 zunächst ein Mann am Bahnhof Hamburg-Harburg und wenige Monate später ein weiterer Mann am Münchener S-Bahnhof Solln von jeweils zwei Jugendlichen derart brutal zusammengeschlagen wurden, dass beide in der Folge verstarben. Doch obwohl die mediale Diskussion sich beruhigt hat, reißen derartige Taten nicht ab.

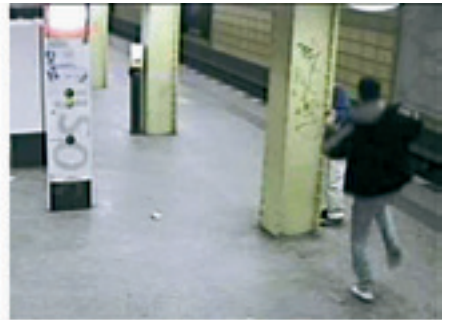
Erklärungsversuche und Kommentare zu derlei Taten in der Presse muten meist hilflos an. Die Täter kommen aus unterschiedlichsten Elternhäusern und Lebenssituationen – mit herkömmlichen Erklärungsmustern tut man sich schwer.

Und doch gibt es auffällige Gemeinsamkeiten: Alle Täter waren Jugendliche oder Heranwachsende, die Taten entstanden sämtlich in Gruppensituationen und alle Tatverläufe erscheinen als spontane Entwicklungen aus unvorhersehbaren Situationen. Um diese Merkmale tatsächlich zur Aufklärung der Hintergründe nutzen zu können, müssen wir jedoch zunächst etwas weiter ausholen.

Jugendgewalt

Die Erklärung von Gewalt ist deswegen so schwierig, weil menschliches Verhalten nicht durch eine einzelne Ursache, sondern durch ein ganzes Netz aus vielfältigen Ursachen und Wirkungen bestimmt wird, die sich zudem noch gegenseitig beeinflussen. In der Kriminologie suchen wir daher nicht nach der Ursache für Gewalttaten, sondern nach gewaltfördernden Faktoren, die das Auftreten von Gewalt wahrscheinlicher machen, und nach schützenden Faktoren, die das Auftreten von Gewalt unwahrscheinlicher machen.

Wichtige Faktoren, die Gewalt fördern bzw. vor ihr schützen, finden sich in den eigenen Gewalterfahrungen, fehlenden emotionalen Bindungen, aggressionsfördernden Gefühlen, psychischen Störungen, Hirnveränderungen oder im Einfluss von Medien. Es werden bio-



Die Bildkombo mit Video-Aufnahmen einer Überwachungskamera der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) im U-Bahnhof in Berlin-Lichtenberg vom 11.2.2011 zeigt mutmaßliche Schläger, die einen Mann (r., weiße Hose) verfolgen und auf ihn einschlagen.

Foto: dpa/BVG/Polizei

eine zugrundeliegende Stimmung und Haltung des Haupttäters, die sich am besten mit Hilfe der evolutionären Psychologie erklären lässt.

Tötung als Handlungsstrategie

Der amerikanische Psychologe David Buss beschreibt die Tötung eines anderen Menschen als eine evolutionär höchst erfolgreiche Handlungsstrategie. Mit Hilfe extremer Gewalt konnten sich unsere Vorfahren im alltäglichen Kampf um das Dasein und die Fortpflanzung klare Vorteile verschaffen. Ihre Gewalttaten ermöglichten es, die Familie zu beschützen und sich einen Ruf aufzubauen, der Rivalen abschreckte.

Das Zusammensein mit einer Gruppe und die Interaktion mit anderen Menschen konnte dabei die Gefahr einer Tötung zur Konfliktlösung noch bestärken. Dies schreibt Buss einer „evolutionären Logik der Statuskonkurrenz“ zu. Seiner Ansicht nach wurden Männer, die keinen guten Stand in ihrem sozialen Umfeld hatten, eher von ihren überlegenen Rivalen gedemütigt und hatten schlechtere Chancen sich fortzupflanzen. Wurde der Eindruck erweckt, dass ein Mann keinen



KLEINGRUPPENGEWALT

Wert als Verbündeter hatte oder dass er seine Partnerin nicht vor Übergriffen schützen konnte, so verlor er an Ansehen und senkte damit archaisch betrachtet auch seine Paarungschancen. Es erscheint somit logisch, dass Männer nach Kräften versuchten, Ansehen zu erringen und sich errungenes Ansehen nicht nehmen zu lassen. Buss' Kollegen Margo Wilson und Martin Daly stellten in eigenen Forschungen fest, dass Männer von ihren Mitmenschen in Typen eingeteilt würden. Auf der einen Seite stehen diejenigen, „die man herumschubsen kann“ und demgegenüber andere Männer, „die sich nichts gefallen lassen“. Sie schreiben auch, in den meisten sozialen Milieus hänge das Ansehen eines Mannes auch davon ab, „wie ernst man eine Gewaltandrohung aus seinem Munde nehmen muss“.

Die altertümliche Handlungsoption der Tötung ist in unserer modernen Welt zweifellos keine erfolgreiche Strategie mehr, um gesellschaftlich voranzukommen. Doch auch heute noch bleibt die

öffentliche Provokation des Status eines Mannes gefährlich, wenn sie als Test von Männlichkeit und Stärke wahrgenommen wird. Glaubt der Provozierte, dass er sein Gesicht verliert, wenn er nicht vehement genug reagiert, so kann dies schnell in exzessiver Gewalt münden.

Kleingruppendynamik

Dies wird noch relevanter, wenn der Beleidigte glaubt, demonstrativ beweisen zu müssen, dass man ihn eben nicht herumschubsen kann. Dieses Phänomen ist gerade in lose organisierten und kurzlebigen Gruppen zu beobachten, deren Mitglieder sich bspw. von Freizeitaktivitäten her kennen und sich spontan zusammenfinden, um gemeinsam etwas zu unternehmen. Oft findet sich im Vorfeld der Gewaltanwendung eine bereits bestehende Angst und Anspannung einzelner Gruppenmitglieder. Die Jugendlichen wollen ihre diffusen Angstgefühle und ihre Anspannung lindern, wissen aber

nicht wie. Ein zufällig auftauchendes, hilfloses Opfer kann in derart aufgeladenen Gruppensituationen Auslöser dafür sein, die Spannung durch Provokation, Demütigung, ungebremstes Prügeln und in Einzelfällen durch eine Tötung abzureagieren. Dabei ist die Tötung typischerweise gar nicht von Anfang an beabsichtigt, sondern entwickelt sich in der Tatdynamik.

Jugendlichen, die bereits durch Gewalttätigkeiten aufgefallen sind, fühlen sich in solchen Situationen mitunter dem Druck ausgesetzt, sich vor den Gleichaltrigen bewähren und den eigenen Ruf in der Gruppe verteidigen zu müssen. Gerade die nicht gut bekannten Mitglieder der spontanen Gruppe könnten sie als „Schwächling“ ansehen, wenn ihr Verhalten nicht cool, hart und gefühllos genug ist. Daher glauben sie, sie müssen umso heftiger provozieren, stärker zuschlagen und länger zutreten. In einer richtungsweisenden Studie wies der Stuttgarter Kinder- und Jugendpsychiater Reinhart

Anzeige

Meine Empfehlung: Jetzt mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto wechseln.



SpardaGiro
mit Kontowechselservice

0 Gebühren
Aufwand
Komma nix
wechseln!

KUNDENMONITOR
Sparda-Banken
vom 18. Mai 1999 bis Ende
1999 - 2010
PLATZ 1
In der Kategorie
KUNDENZUFRIEDENHEIT
wurde Sparda-Banken
als bester Anbieter
ausgewählt

Sie wechseln, wir kümmern uns darum: Von der Auflösung Ihres bisherigen Kontos über alle Daueraufträge bis hin zu sämtlichen Benachrichtigungen – schnell, reibungslos und selbstverständlich kostenlos. www.sparda.de

Sparda-Banken
freundlich & fair

Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für unsere Mitglieder bei Erwerb eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 52,- Euro mit attraktiver Dividende.

Ja, ich will mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto. Bitte senden Sie mir Informationen.

Der Weg zu den Sparda-Banken ist einfach:
Coupon ausfüllen und einsenden an die Serviceagentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45

Name, Vorname

PLZ, Ort

Straße, Hausnummer

Telefon (tagsüber)

ÖD 11 





Der Kriminologe
Dr. Frank J.
Robertz,

Leiter des „Instituts für Gewaltprävention und angewandte Kriminologie“ (IGaK) in Berlin, führt europaweit praxisorientierte Fortbildungen zur Prävention und Intervention von Gewalt durch und verfasste neun Fachbücher – darunter im letzten Jahr auch ein populärwissenschaftliches Sachbuch unter dem Titel „Kriegerträume“ (Herbig Verlag). Nähere Informationen unter office@igak.org (www.igak.org).

Lempp darauf hin, dass selbst positive Zukunftsvorstellungen und das Wissen um Konsequenzen von Gewalttaten ihre Bedeutung verlieren, wenn sich Jugendliche in einer derart eskalierten Grupsituation befinden. Die gegenseitig unausgesprochene Erwartung besonderer Härte kann ungeachtet der bestehenden Wertvorstellungen eines jugendlichen Täters mit dem Tod des Opfers enden. Lempp führte diese Gedanken weiter aus, indem er zwei häufig beobachtete Verläufe darstellte, die eine solche spontane Gewalttat begünstigen: Handlungskette und Flucht nach vorne.

Eine Handlungskette entsteht durch die Aneinanderreihung von einzelnen kleinen Handlungen. Ein neuer Handlungsimpuls ergibt sich in solchen Fällen erst dann, wenn die Auswirkung der vorangegangenen Handlung wahrgenommen wird. Deutlich wird dies etwa an einem im April 2010 verhandelten Fall. Mehrere Jugendliche hatten unter Alkoholeinfluss öffentlich einen wehrlosen Mann zu Tode geprügelt. Die Jugendlichen hatten ihn zunächst aufgrund seiner sexuellen Orientierung beschimpft. Der Mann wehrte sich, indem er einem Mädchen der Gruppe eine Ohrfeige verpasste. Dies wiederum provozierte einen Jugendlichen der Gruppe, seine Männlichkeit zu demonstrieren, indem er dem Mädchen zu Hilfe eilte. Er beließ es jedoch nicht bei bloßem Schutzverhalten, sondern schlug den Mann heftig zu Boden. Der Anblick des nun bewusstlosen

Mannes veranlasste zwei weibliche Jugendliche, auf den hilflosen Mann einzutreten. Eine Handlung ergab sich aus der anderen. Keiner der Jugendlichen hatte zuvor geplant, in die Stadt zu gehen und einen Menschen zu töten. Erst die zuletzt vorliegende Situation gab den tödlichen Ausschlag, mit einem unglaublich überzogenen Gewaltakt zu reagieren.

Doch warum treten Jugendliche in solchen Situationen bisweilen noch auf ein am Boden liegendes und eindeutig hilfloses Opfer ein? Haben Jugendliche sich

Zivilcourage

Ein weiterer Ansatzpunkt zur Eindämmung dieser spontanen Form der Gewalt an U- und S-Bahnsteigen kann auch in der langfristigen Steigerung von zivilcouragiertem und deeskalativem Verhalten in der Bevölkerung gesehen werden. So erzielten die Trainings der Polizei München, „Aufsicht“ für Kinder im Grundschulalter und „Zammgrauft“ für Kinder ab zwölf Jahren, bereits gute Ergebnisse. Die Teilnehmer werden für Gewaltsituationen sensibilisiert, ihr Mitgefühl für Opfer wird gestärkt, es werden Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt und Themen wie „Vertrauen“ und „Ausgrenzung“ werden für die Kinder verstehbar gemacht. An Erwachsene richten sich dagegen beispielsweise das zweitägige Training „Kleine Schritte statt Heldentaten“ oder das noch bekanntere eintägige „Göttinger Zivilcourage-Impulstraining“.

in eine Situation hineinmanövriert, die plötzlich nicht mehr mit ihrem Selbstbild und ihren Wertvorstellungen zu vereinen ist, kann es zu einer Flucht nach vorne kommen. Sie versuchen dann mitunter voller Panik oder auch voller Wut, Opfer als Zeugen ihres moralischen Versagens auszulöschen. Die Gewalt wird explosiv überschießend, oft bis lange nach dem Tod des Opfers fortgesetzt. In der deutschsprachigen Forschung wird zumeist angenommen, dass das Wahrnehmen der eigenen Handlung, also das Blut, Stöhnen, Zucken und Schreien des Opfers, zu einer panischen und impulsiven Kurzschlussreaktion führt.

Weder die Handlungskette noch die Flucht nach vorne muss in jedem spontanen, überschießenden Gewaltakt einer Jugendgruppe vorliegen. Beides führt

jedoch dazu, dass die Gewalt noch exzessiver ausgeübt wird und damit auch noch schwerwiegendere Auswirkungen hat.

Intoxikation

Auch Drogen- und Alkoholkonsum spielen oft eine wichtige Rolle in der Tatentstehung. Menschen werden unter der Wirkung von Alkohol meist nicht nur geselliger und offener, sie können auch Gefühle eher ausleben. Was bei Liebe, Freude und Glücksempfinden durchaus erwünscht sein mag, erweist sich bei Angst oder Ärger als hoch problematisch. So sinkt etwa die Angst in ansonsten bedrohlich erscheinenden Situationen ebenso wie die Angst vor den Folgen des eigenen Handelns. Dagegen steigen die Risikobereitschaft und der Wille, der eigenen Wut nachzugeben. Die Vernunft wird ausgeschaltet und Konflikte eskalieren allzu schnell. Dies trifft insbesondere auf Jugendliche zu. Sie erleben Gefühle noch intensiver als Erwachsene und verlieren daher bei übermäßigem Alkoholkonsum auch eher die Kontrolle über ihre Gefühle – und in der Folge auch über ihre Handlungen.

Alkoholverbot

Gesetzliche Änderungen zum Umgang mit Alkohol und Drogen erscheinen zunächst als Möglichkeit, die Hemmschwelle zur Gewalt durch Jugendgruppen an Bahnsteigen zu regulieren. An dieser Stelle setzen zurzeit in einigen Bundesländern die Betreiber des öffentlichen Nahverkehrs an. In Zügen der privaten

Einfluss von Alkohol

Es wird angenommen, dass Alkohol jede zweite bis vierte Gewalttat beeinflusst. Eine kanadische Forschergruppe um den Psychologen Douglas Murdoch analysierte beispielsweise 1990 über 9.300 Gerichtsakten mit Gewalttaten aus elf Ländern und fand heraus, dass 62 Prozent der Täter kurz vor oder während ihrer Tat Alkohol getrunken hatten. Dies klärt allerdings nicht, ob Alkohol die Taten verursacht oder „nur“ zu ihrer Entstehung beigetragen hat. Auf jeden Fall ist es ratsam, Alkohol als einen Risikofaktor zu verstehen, der die Wahrscheinlichkeit von Gewalttaten erhöht.



KLEINGRUPPENGEWALT

Ein paar Beispiele:

Bei drei weiteren Vorfällen Ende 2009 erleiden Passanten in der Frankfurter U-Bahn, an einer Freiburger Bushaltestelle und auf einem Nürnberger U-Bahnsteig schwere Verletzungen. 2010 trifft es Menschen in Hagen, Wesel und Hamburg. 2011 werden Passanten in den Berliner U-Bahnhöfen Lichtenberg, Kurfürstendamm, Friedrichstraße, Amrumer Straße, Gesundbrunnen und Ullsteinstraße zusammengeschlagen und tragen teils schwerste Verletzungen davon. Die Taten werden dabei zunehmend öffentlich, da Videoaufnahmen von Überwachungskameras deutlich zeigen, wie den Opfern mit Wucht mehrfach gegen den Kopf getreten wird.

Eisenbahngesellschaft Metronom ist bereits seit November 2009 der Konsum alkoholischer Getränke untersagt. In Hamburg ist Alkohol in öffentlichen Verkehrsmitteln seit dem 1. September 2011 verboten. Während weitere Bundesländer dieses Projekt interessiert beobachten, halten andere es für nicht tragfähig. Einerseits müsste dieser Ansatz auch entsprechend konsequent kontrolliert und umgesetzt werden, was enorme Ressourcen verlangen würde. Andererseits sei es durchaus gewünscht, dass etwa jugendliche Partygänger auch nach dem Alkoholkonsum sicher mit der Bahn nach Hause fahren könnten, statt selbst ein Kraftfahrzeug zu steuern. Und selbst im besten Fall erscheint es als fraglich, ob die gravierendsten Vorfälle, die wie gezeigt eher bei der Suche nach einer falsch verstandenen Männlichkeit und Zugehörigkeit entstehen, mit diesem Mittel eingedämmt werden können.

Veränderung der Einstellung

Nimmt man das Thema wirklich ernst, müsste daher gewaltlose Männlichkeit viel stärker zum Thema der Erziehung werden. Es ist selbstverständlich weltfremd, bei Kindern und Jugendlichen jegliche Aggression komplett unterbinden zu wollen. Vielmehr kommt es auf eine sinnvolle Kanalisierung der Aggressionen an. Ein Ideal von positiver Männlichkeit müsste unserer Jugend verständlich gemacht und in Elternhaus und Schule

vermittelt werden. Dies kann bspw. im Rahmen von polizeilichen Präventionsprogrammen zur Steigerung der sozialen Kompetenz an Schulen unterstützt werden. Wenn effektive Gewaltausübung nicht als Männlichkeit missverstanden wird, macht es auch keinen Sinn für die Jugendlichen, derartige Gewaltexzesse auszuüben.

Schutz durch gute Fortbildung

Es ist jedoch notwendig, nicht nur bei langfristigen Einstellungen anzusetzen, sondern schon jetzt die Sicherheit an unseren Bahnsteigen zu verbessern, um weitere Gewalttaten schnellstmöglich zu vermeiden. Helfen kann dabei in erster Linie, wer schon unmittelbar vor Ort ist: das Personal im öffentlichen Nahverkehr.

Daher sollte dringend damit begonnen werden, die Mitarbeiter im öffentlichen Nahverkehr im Umgang mit Gewalt zu schulen. Allzu oft sind sie weder in gezielten Verhaltenstrainings noch in Schutz- und Interventionstechniken ausgebildet worden. Taktische und strategische Hilfesysteme sind ihnen ebenso unbekannt, wie rechtlich relevante Normen der Notwehr oder Nothilfe. Unser Institut arbeitet derzeit an einem entsprechenden Fortbildungskonzept. Während wir hoffen, bald effektiv zur Sicherheit im Öffentlichen Nahverkehr beitragen zu können, erfolgen jedoch weiterhin kontinuierlich Übergriffe. Selbst während dieser letzte Satz des Beitrags gerade verfasst wird, meldet die Tagespresse „Ein junger Mann ist auf dem Berliner S-Bahnhof Schöneweide zusammengeschlagen worden. Die beiden Täter traten noch auf ihn ein, als er bereits am Boden lag. Sie konnten unerkannt entkommen.“

Dr. Frank Robertz

Anzeige

Neuerscheinung!

Die 2. überarbeitete Auflage richtet sich nach wie vor an den vier wesentlichen Teilbereichen des taktischen Schusswaffengebrauchs aus: **Psyche, Taktik, Schießtechnik und Ausrüstung.** Mit diesem ganzheitlichen Ansatz hat das Buch nicht nur im deutschsprachigen Raum Alleinstellungscharakter.



dwj Verlags-GmbH, Tel. 07953 9787-0
www.dwj-medien.de, E-Mail: vertrieb@dwj-verlag.de



BRUNOX®
Waffenpflege ist
- **Laufreinigung,**
- **Korrosionsschutz**
- **und Schmierung**

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

NEU- oder GEBRAUCHTWAGEN?
Wir liefern Fahrzeuge aller **NAMHAFTER HERSTELLER** zu **GÜNSTIGEN PREISEN.**

SERVICE
wird bei uns groß geschrieben.

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77
www.fahrzeugkauf.com



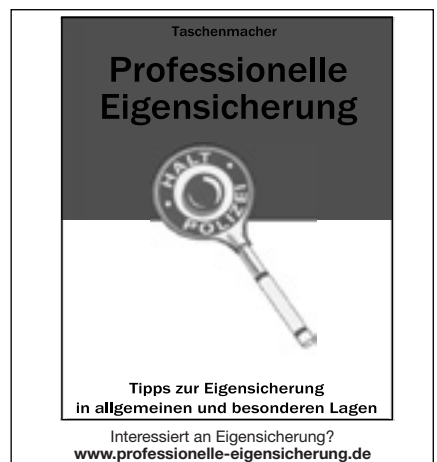
NaturaMed
Fachklinik

- **BurnOut**
- **Lebenskrise**
- **Depression**
- **Ängste**
- **chronische Schmerzen**
- **Essstörung**

Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose

Psychosomatisches
Privatkrankenhaus
beihilfefähig

0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de



Taschenmacher
Professionelle Eigensicherung

Tipps zur Eigensicherung
in allgemeinen und besonderen Lagen

Interessiert an Eigensicherung?
www.professionelle-eigensicherung.de

www.polizeifeste.de

**Alle Polizeifeste
der GdP auf einen Blick!**



Klare Grenzen zwischen privater und öffentlicher Sicherheit ziehen

Die GdP und der Behörden Spiegel veranstalten gemeinsam die Reihe „Polizeitage 2011“. In München lautete der Thementag „Innere vs. Private Sicherheit und Wirtschaftskriminalität“. Nach intensiven Diskussionen mit Politik, Polizeiführungen und Bayerischer Staatsregierung stand am Ende fest: Das Thema sollte besser lauten: „Polizeiliche Hoheitsaufgaben und private Sicherheitsdienstleistungen“.

Schon in seiner Begrüßung verwies Staatssekretär Gerhard Eck, Bayerisches Innenministerium, auf die wichtige Rolle privater Sicherheitsdienste in der deutschen Sicherheitsarchitektur. Seitens des Staates bestehe großes Interesse an einer konstruktiven Zusammenarbeit, was sich im Programm Innere Sicherheit (PIS) von 2008/2009 manifestiere. Dort sei die Zertifizierung privater Sicherheitsunternehmen bereits gefordert. Einheitliche Standards sollten geschaffen und die Qualität der Dienstleistungen optimiert werden. Derzeit erarbeitet eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe entsprechende Vorschläge.

Auch die GdP befürwortet nach den Worten ihres Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut Kooperationsvereinbarungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen und dem Sicherheitsgewerbe. Dadurch könne das Miteinander zwischen privater und öffentlicher Sicherheit kodifiziert werden. „Wir wollen, dass die Mitarbeiter von Sicherheitsunternehmen zuverlässige Personen sind. Sie müssen über die Grenzen ihres rechtlichen Dürfens voll orientiert sein, körperliche Fitness und ein Mindestmaß an Selbstverteidigungs- und Deeskalationskompetenzen verfügen.“ Kritisch anzumerken, so Witthaut, sei die Zunahme an Verwechslungsmöglichkeit zwischen privater und öffentlicher Sicherheit. Zwar verlange die Bewachungsverordnung eine deutliche Unterscheidbarkeit zwischen der Dienstkleidung und der Polizeiuniform, aber nicht zuletzt durch den Wechsel der Uniform von Grün nach Blau sei heute eine Unterscheidbarkeit von Polizisten gegenüber Sicherheitsbediensteten kaum mehr sichergestellt.

Auf dem Polizeitag München wurde zudem deutlich herausgestellt, dass durch die Ausweitung des privaten Raums, z. B. bei der Deutschen Bahn und in Mega-Einkaufszentren, der Einsatz privater Sicherheitsunternehmen immer umfangreicher geworden sei. Großveranstaltungen seien heute ohne private Sicherheitsdienste nicht mehr denkbar. Während bei sensiblen Einrichtungen

wie Atomkraftwerken und Flughäfen Private bereits im stärkerem Maße auch zur Bewachung eingesetzt würden, gäbe es doch erhebliche Bedenken mit Blick auf die Zunahme militärischer Dienstleistungen, die angeboten würden. Hier sei eine Diskussion im Bundestag überfällig.

Die Dimensionen der Sicherheit beschrieb Münchens Polizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer an einem Zahlenbeispiel: Neben 1,6 Mio. Einwohnern in München und im Landkreis kämen jährlich über 100 Mio. Besucher in die Isar-Metropole. Täglich seien bis zu 400.000 Touristen in der Münchener City. Mit der neuen Messe, internationalen Großkonzernen, der Allianz-Arena, Museen sowie Konzerten seien unterschiedlichste Problemstellungen in anderer Größenordnung als andernorts zu bewältigen. „Unter dem Begriff Public-Private-Partnership besteht zwischen der Bayerischen Staatsregierung und privaten Unternehmen in vielen Bereichen seit Jahren eine enge Zusammenarbeit“, so der Polizeipräsident. Die Unterstützung durch private Sicherheitsunternehmen sei sinnvoll: Berechtigungs- und Zugangskontrollen, Bestreifung von Firmengeländen, Vermeidung von Gefahrenquellen für Mitarbeiter und Kunden seien nur einige Beispiele der Tätigkeit der Privaten. Für Schmidbauer sind die Grenzen aber dennoch klar zu ziehen: „Das staatliche Gewaltmonopol beinhaltet vor allem den Grundsatz, dass hoheitliche Anforderungen und Maßnahmen, denen sich kein Bürger entziehen kann, in der Hand staatlicher Einrichtungen zu bleiben habe“, so der Polizeipräsident. Die Polizei habe eine Kernkompetenz, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten. Daher dürfe am Gewaltmonopol des Staates nicht gerüttelt werden.

Auf die sich zunehmend verändernden Rahmenbedingungen wies Dr. Harald Olshok, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V. (BDWS), bei seiner Skizzierung der möglichen Einsatzfelder für private Sicherheitsdienste hin. So sei

ein steigender Schutzbedarf von Wirtschaft und Gesellschaft festzustellen, der bei der Schuldenbremse einerseits und den demographischen Veränderungen andererseits, automatisch zu mehr Eigenverantwortung von Wirtschaft und Kommunen auch in Sicherheitsbelangen führen werde. In Form von Kooperationsabkommen mit zehn Bundesländern sowie Städten und Regionen habe die private Sicherheitsbranche ihre Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen definiert. So solle es aufgrund dieser Kooperationsverträge zentrale Informations-



Staatssekretär Gerhard Eck: Für private Sicherheitsunternehmen sollten einheitliche Standards geschaffen und die Qualität der Dienstleistungen optimiert werden.

Foto: Behördenspiegel

und Ansprechstellen geben, das Zusammenwirken im täglichen Dienst soll durch Fortbildungsveranstaltungen verbessert, gemeinsame Lage- und Sicherheitsbesprechungen sollen abgehalten und das tägliche polizeiliche Lagebild verbessert werden.

„Es gibt Grauzonen“, so sieht es Harald Schneider, Mitglied des Landtags und Sicherheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Er plädierte daher für ein Bundesgesetz, das die Aufgaben der privaten Sicherheitswirtschaft definiere. Dies sei zudem in anderen europäischen Ländern längst so geschehen. Dort gäbe es Gesetze, die die private Sicherheitswirtschaft auf ihre Aufgaben festlege und das Verhältnis zur Polizei definiere.

Im Rahmen des Polizeitages in München sagte man sich zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten klar die Meinung, ebnete aber gleichzeitig den Weg für weitere Gespräche.

R. Uwe Proll



„Streikrecht für Beamte?“

Rund zwei Dutzend Experten aus DGB und ÖD-Gewerkschaften (für die GdP war dies Carsten Baum vom Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht) kamen am 27. September 2011 beim DGB-Bundesvorstand in Berlin für einen Tag zusammen, um Details, vor allem aber Folgewirkungen aktueller Entscheidungen der Gerichte, insbesondere aus völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher sowie arbeits- und beamtenrechtlicher Sicht zu beleuchten.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hatte in mehreren Verfahren aus Anlass von Ereignissen in der Türkei (EGMR-Urteile v. 12.11.2008, Demir und Baykara, und vom 21.04.2009, Enerij Yapi-Yol Sen) das Recht auf Kollektivverhandlung und Streik als Menschenrecht hervorgehoben – auch für Beamte. Diese im Internationalen Recht bedeutsame Entscheidung stärkte die bereits in § 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährleistete Koalitionsfreiheit und die IAO-Normen. In die gleiche Kerbe hieben mehrere, allerdings noch nicht rechtskräftige Entscheidungen deutscher Verwaltungsgerichte, wonach Disziplinarmaßnahmen der Dienstherren nach Warnstreikbeteiligungen von Lehrern wegen Verstoßes gegen die Koalitionsfreiheit unzulässig seien (VG Düsseldorf vom 15.12.2010, Az. 31 K 3904/10.O,

VG Kassel vom 27.07.2011, Az. 28 K 574/10.KS.D und 28 K 1208/10.KS.D). Im Gegensatz dazu halten andere deutsche Gerichte bei gleicher Fallkonstellation weiterhin das Streikverbot der Beamten als hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums hoch (zuletzt VG Osnabrück vom 19.08.2011, Az. 9 A 1/11 und 9 A 2/11) und beharren darauf (Art. 33 Abs. 5 GG).

Was ist nun richtig? Unter der Moderation von Helga Nielebock hörten und diskutierten die Experten die problemorientierten Referate von Prof. Dr. Matthias Niedobitek (TU Chemnitz), Prof. Dr. Achim Seifert (Uni Jena), Prof. Dr. Heinrich A. Wolff (Universität Viadrina Frankfurt/Oder) sowie Klaus Lörcher, ehemaliger Justiziar des EGB und vormals wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union. Einbezogen wurden auch die Beiträge des DGB-Experten Dr. Karsten Schneider sowie die Vorschläge von Frau Prof. Monika Böhm (Philipps Universität Marburg), die in einer für die Hans-Böckler-Stiftung erstellten Studie „Mitbestimmung im öffentlichen Dienst“ analysierte. Darin wurden Gedanken und konkrete Vorschläge entwickelt, wie die Beamten aus ihrer Bittstellerrolle heraus und in eine wirkliche Verhandlungsrolle gegenüber

dem Dienstherrn hineinkommen können und welche Felder sich für ein „Verhandeln statt Verordnen“ besonders anbieten.

Das Zwischenergebnis der Expertenrunde vom 27.09.2011:

- Die vorliegenden Entscheidungen sind wichtige Meilensteine, hinsichtlich einer Verbindlichkeit bedarf es in Deutschland aber noch der höchstrichterlichen Bestätigung. Den Weg dorthin begleiten und erleichtern DGB sowie ganz besonders die GEW insbesondere mit Rechtsschutz.
- In der Frage des Streikrechts bleibt außerdem auch weiterhin eine Differenzierung erforderlich zwischen dem typisch hoheitlichen Bereich der Eingriffsverwaltung (Polizei, Justiz) und dem eher nicht hoheitlichen Tätigkeitsbereich (z.B. im Lehrerbereich, wo gleiche Aufgaben an derselben Schule von Tarifbeschäftigten wie auch von Beamten wahrgenommen werden).
- Bevor sich Hoheitsträger der „Krone der Koalitionsfreiheit“, dem Streikrecht nähern, sollten sie beim Dienstherrn mit größerem Nachdruck und konkreten Forderungen mehr Kollektivverhandlungen, mehr Beteiligung und mehr „Verhandeln statt Verordnen“ einfordern. Wo hierzu geeignete Felder liegen, hat u.a. die Studie von Prof. Monika Böhm gezeigt, die in der GdP-Bundesgeschäftsstelle (soeffner@gdp-online.de) angefordert werden kann.

Carsten Baum

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Wenn alles zu viel wird: Burn-out, Depressionen, Ängste ...

Schön Klinik Bad Arolsen: Experten für psychosomatische Erkrankungen
Hofgarten 10, 34454 Bad Arolsen, Telefon +49 5691 6238-0
KlinikBadArolsen@schoen-kliniken.de

www.schoen-kliniken.de

Schön Klinik. Messbar. Spürbar. Besser.



Den Nachstellungen der Polizei mit Geld und Macht entkommen

Oliver Bendixen ist seit 1975 für den Bayerischen Rundfunk tätig, Mitglied des Redaktionsteams von „Report München“ in der ARD und der „ARD-Taskforce Extremismus und Terrorismus“. Auch als Co-Autor von Radio-Features zu Themen der Inneren Sicherheit und von Dokumentationen im Bayerischen Fernsehen und der ARD hat er sich einen Namen gemacht. Seit dreieinhalb Jahrzehnten beschäftigt er sich mit dem Thema Kriminalität und fragt sich selbstkritisch oft, ob er sich nicht allzu sehr die Sicht der Polizei angeeignet habe. Zu einem Fachsymposium „Organisierte Kriminalität“ am 28. September 2011 in Wiesbaden lud ihn das Bundeskriminalamt ein, die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in Deutschland aus eindeutig journalistischer Sicht zu bewerten. Diese „journalistische Sicht“ hat vielen der anwesenden Kriminalisten aus dem Herzen gesprochen. Deutsche Polizei veröffentlicht seinen Beitrag in leicht gekürzter Form.

Sprechen Kriminalisten, Richter, Staatsanwälte und Journalisten immer von derselben Sache, wenn sie über Organisierte Kriminalität berichten? Schaffen sich Polizei, Politik und Presse unter Umständen ein Bild von OK, das mit der Realität nur noch bedingt etwas zu tun hat?

Erliegen nicht alle dem Reiz der Exotik, der der Cosa Nostra, den Triaden oder der Russenmafia innewohnt? Fehlt nur noch eine Niederlassung der japanischen Yakuza. Oder: wo bleibt das Deutsche in der OK? Wird vor allem der verfolgt, der noch nicht etabliert genug ist, um sich mit wirtschaftlicher Macht oder politischem Einfluss gegen die Nachstellungen von Polizei und Justiz zu wehren?

Es beginnt in den achtziger Jahren, als sich die Frankfurter Kripo bei ihren Ermittlungen gegen kriminelle Bordellbetreiber, Grundstücksspekulanten und Casinobesitzer erst einmal irgendwie die Falschen herausgesucht hatte. Zugegriffen werden konnte erst, als der Machtwechsel im selbst korrupten Magistrat den Brüdern den Schutzschirm entzog.

Und es endet im Hier und Jetzt mit dem Hinweis, allzu eifrige Ermittler und Ankläger würden Arbeitsplätze in Deutschland vernichten.

Gerade in den achtziger Jahren wurde heftig gestritten, ob es in der Bundesrepublik überhaupt Organisierte Kriminalität gebe. In Bayern wird so etwas von der Staatsregierung entschieden. Nachdem der damalige Innenstaatssekretär Peter

Gauweiler Dagobert Lindlaus Buch „Der Mob“ gelesen hatte, wurde zum Kampf geblasen.

Aber gegen wen? Im Münchner LKA plädierten die einen Ermittler für die jugoslawischen Zuhälterbanden – die anderen für die sizilianische Mafia. Die sei im Gegensatz zu den Balkanluden ein Gegner mit Format, an dem man sich profilieren könne.

Die Zahl der Verfahren wegen Organisierter Kriminalität in Deutschland sind im vergangenen Jahr um 4,7 Prozent gestiegen. Insgesamt 606 solcher Ermittlungsverfahren gab es im Jahr 2010. 85 Prozent der Fälle hatten internationale Bezüge, die in 130 Staaten reichten. Das gab der Vizepräsident des Bundeskriminalamts (BKA) Jürgen Stock im September auf einem Symposium seiner Behörde bekannt.

Dass sie richtig lagen, das wussten die Fahnder nach ihrem Schlag gegen die Allgäu-Connection spätestens als sie Monate später vor der Präfektur in Catania im Blitzlichtgewitter der Photographen

standen. „Tut Gutes und sprecht darüber“ wurden die Ermittler von ihren Vorgesetzten und der Politik regelrecht gepusht. Kein Wunder: Bayern bereitete damals eine Bundesratsinitiative vor, die drei Jahre später zum Erlass des OrgKG (Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgift-handels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität) führte. Zwei Herren, die heute hier im Saal sind, waren dabei, als in Kempten Polizeibeamte einen italienischen Kulturclub, einen Gemüseladen und etliche Wohnungen stürmten und die aus dem Todesdreieck von Adriano, Paterno und Palma di Montechiaro stammenden Mafiosi abführten. Einer der beiden ist der langjährige OK-Ermittlungschef Josef Geißdörfer. Er hat mich in den Jahren danach immer wieder in langen Gesprächen von so mancher alberner Fehleinschätzung bewahrt: „Ja so ein Schmarren!“

Beide haben wir aber erlebt, wie aus dem Schlag von Kempten ein Mythos wurde: das Allgäu als Zentrum der Mafia in Deutschland. Bis heute unausrottbar wird das auch von Politikern immer noch wiederholt. Historisch bedingt gab es in Kempten tatsächlich besonders viele als Gastarbeiter angeheuerte Sizilianer, von denen etliche auch Bezüge zur Mafia hatten. Tatsächlich aber hätte man einen solchen Schlag auch in Wanne-Eickel, Osnabrück oder Karlsruhe führen können – wenn man nur gewollt und – wie die Bayern – erst mal einen Fuß in die Tür bekommen hätte. So aber bleibt Kempten bis heute unangefochten die Hochburg der Mafiosi.

„Wir haben keine Ahnung mehr“

Politiker und Journalisten lassen sich aber auch nicht in ihrem Fehlurteil beirren, in Deutschland kriminelle aktive Sizilianer, Kalabrier und Neapolitaner würden hierzulande spiegelbildlich die Mafia-Strukturen ihrer Heimat aufbauen und weiter nur auf Befehl irgendeiner Cuppola Grundstücke kaufen, mit Kokain dealen oder Landsleute erpressen. Kripo-Spezialisten, die ihnen das hätten ausreden können, gab es irgendwann nämlich nicht mehr. Nach dem Sechsfach-Mord von Duisburg musste die Polizei feststel-



ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

len, dass alle Mafia-Ermittler längst beim Staatsschutz saßen, wohin man sie nach 9/11 abkommandiert hatte. Cosa Nostra, Camorra, 'Ndrangheta, Santa Corona Unita oder Stidda. „Wir haben keine Ahnung mehr“, bekannte damals ein Münchner OK-Ermittler. In der ja angeblich nördlichsten Stadt Italiens gab es gerade noch zwei Fahnder, die ahnten, welche Gruppierung wo ihre Claims absteckten. Die Kooperationsabkommen zwischen

zum Vorbild nehmen, sonst werde das nie und nimmer etwas.

Der Niedergang vor allem der sizilianischen Cosa Nostra begann, als nach den Morden an Dalla Chiesa, Borsellino und Falcone Journalisten damit angingen, Namen zu nennen und dem bis dahin anonymen, wie ein Fatum akzeptierten Phänomen, Gesichter zu geben. Einige Reporter bezahlten das

Empfehlungen an die Gastgeber – von der Beweislastumkehr angefangen bis hin zu Verurteilungen alleine wegen Zugehörigkeit zu einer mafiösen Vereinigung. Im Frühjahr habe ich ihn dann gefragt, warum angesichts dieser unglaublichen Erfolge die Bedrohung seinen eigenen

Worten zufolge immer noch zunehme, ob viele der Inhaftierten nicht nach ein paar Monaten wieder frei



Giovanni Falcone
(18. Mai 1939 –
23. Mai 1992)

Fotos: dpa/ANSA



Deutschland und Italien füllten damals wahrscheinlich schon ganze Aktendeckel.

Trotzdem musste hier im BKA eine Taskforce gegründet werden, um die gegenseitigen Anfragen zu koordinieren. Dass dennoch Namenslisten mit Verdächtigen aus San Luca monatelang auf sich warten ließen und deutsche Anfragen erst gar nicht beantwortet wurden, war ein Tabuthema, über das Journalisten besser nicht schreiben sollten.

Was kam, waren Ratschläge aus Italien, in der Bundesrepublik solle man sich die italienische Anti-Mafia-Gesetzgebung

mit ihrem Leben oder standen – wie Roberto Saviano aus Neapel – ständig unter Polizeischutz.

Den hat seit 22 Jahren auch Roberto Scarpinato, Oberstaatsanwalt im palermitanischen Anti-Mafia-Pool und gerne gesehener Gast bei Polizei- und Justiztagungen in Deutschland. Dort glänzt der eloquente Jurist mit Kaskaden von neuen Gesetzen, Razzien, Festnahmen im Hunderterpack und Finanzsicherstellungen, bei denen es einem ganz schwindlig vor Augen wird und man nicht weiß, ob es um Euro oder noch um Lire geht. Verbunden ist das immer mit charmant verpackten

Unglücksstelle auf der Autobahn Palermo-Trapani, wo der Jurist und prominenteste Mafia-Jäger Italiens, Giovanni Falcone, mit seiner Frau und drei weiteren Männern am 23. Mai 1992 durch ein Bombenattentat getötet wurde.

herumliefen und die konfiszierten Grundstücke vielfach wieder zurückgegeben werden müssten.

Geantwortet hat er mir im Grunde nur auf meine letzte Frage, nämlich ob die Beseitigung dieses so spezifisch italienischen Phänomens nicht erst einmal eine italienische Angelegenheit und nur



Stark im Team. Schnell am Unfallort. Der ADAC: Bewährter Partner der Polizei

Wenn ein Unfall passiert, ist Teamwork angesagt, und zwar zwischen allen Rettungskräften. Die Polizei ist Ansprechpartner Nummer eins. Von ihr geht auch die Koordination komplexer Rettungsvorgänge aus. Alle Rettungspartner müssen schließlich an einem Strang ziehen. Der ADAC ist vor allem bei einer Panne oder nach einem Unfall ein verlässlicher Partner. Bei Panne und für die Räumung der Unfallstelle ist der ADAC mit seinen 1.700 Gelben Engeln und zusätzlich 1.000 Straßendienstpartnern der richtige Ansprechpartner. Auch für den schnellen Transport von Verletzten steht der ADAC mit seinen 52 Hubschraubern bereit.

Die Polizei: Erste Kraft

Die Polizei ist am schnellsten an einem Unfallort. Für Menschen, die in einen Unfall verwickelt sind, sind die Vertreter der Staatsmacht ganz entscheidende Vertrauenspersonen. Wenn sie da sind, die Unfallstelle absichern und den Unfall aufnehmen, verläuft alles in geordneten Bahnen. Das ist für alle Unfallbeteiligten besonders wichtig. Aber es geht nicht nur um die rechtlichen Aspekte der korrekten Unfallaufnahme der Polizei. Auch menschlich ist die Polizei Ansprechpartner Nummer eins. Aus diesem Grund sind die Beamten auch psychologisch geschult. In Grenzsituationen schlimmer Unfälle leisten sie auch auf dieser Ebene Erste Hilfe. Sie beruhigen Beteiligte und Verletzte. Die medizinische Hilfe leisten dann Sanitäter wie zum Beispiel das Rote Kreuz.

Nach dem Unfall: Auf den ADAC-Straßendienst kann sich die Polizei verlassen

Wenn es um die Räumung von Unfallorten geht, kann sich die Polizei zu 100 Prozent auf den ADAC-Straßendienst verlassen. Der Straßendienst bewerkstelligt diese Arbeiten routiniert. Dies bringt die langjährige Erfahrung und das vorhandene technische Equipment mit sich. Die Gelben Engel des ADAC und die Straßendienstpartner waren im vergangenen Jahr so stark gefordert wie nie zuvor. Insgesamt waren die rund 1.700 Pannenhelfer des Clubs mit ihren rund 1.000 Straßendienstpartnern bei 4.250.724 Pannen hilfreich zur Stelle. Gegenüber dem Vorjahr stellt dies eine Steigerung von 8,1 Prozent dar. In 300.000 Fällen half der ADAC am Unfallort und sicherte die Straße ab. Insgesamt legten unsere Helfer mit ihren rollenden Werkstätten im vergangenen Jahr 57,2 Millionen Kilometer zurück. Der ADAC mit seinen 17,7 Millionen Mitgliedern ist eine Organisation, auf die man sich verlassen kann. Nahezu die Hälfte aller Autofahrer ist über den ADAC abgesichert. Aber es profitieren nicht nur die Mitglieder von der Pannenhilfe. Der ADAC hilft immer wenn Hilfe benötigt wird. Der ADAC machte – wie schon in 2009 – in 84,4 Prozent aller Fälle die liegengeliebenen Fahrzeuge sofort wieder flott.

Nicht nur Pannenhilfe und Abschleppen, sondern Rundumschutz

Die ADACPlusMitgliedschaft beinhaltet sämtliche Schutzbriefleistungen. Sie enthält unter anderem Abschleppen, Mietwagen oder Bahnfahrt nach Hause, Bergung, Krankenrücktransport notfalls im Spezial-Jet oder die Rückführung eines beschädigten Fahrzeugs zum Wohnort. Folgende Einsatzzahlen beeindrucken: 2010 wurden alleine durch den ADAC-Straßendienst 1.500.000 Hilfeleistungen durchgeführt.

Die Rettungskarte des ADAC: Rat für die Retter

Der ADAC ist aber nicht nur auf der Straße aktiv. In seinem Technik Zentrum in Landsberg am Lech werden verschiedenste Verbraucherschutztests durchgeführt. Und: Landsberg ist die Heimat der ADAC Unfallforschung. Sie hat eine Innovation hervorgebracht, die bei der Rettung von Unfallopfern überlebenswichtige Zeit spart: Moderne Autos haben immer stabilere Fahrgastzellen. Beim Aufschneiden von verunglückten Fahrzeugen kann dies aber zum Problem werden. Auch moderne Rettungsscheren stoßen schnell an ihre Grenzen, wenn man das Auto nicht an der richtigen Stelle aufschneidet. Auf der Rettungskarte finden Einsatzkräfte alle Informationen, um nach einem schweren Auto-unfall das Fahrzeugwrack genau an der richtigen Stelle aufzuschneiden und die Insassen schnellstmöglich und schonend zu retten. Immerhin kommt es bei jeder fünften Rettung zu Problemen bei der Befreiung von eingeklemmten Personen. Die Rettungskarte soll laut ADAC hinter der Sonnenblende auf der Fahrerseite direkt im Auto befestigt werden, da viele Rettungskräfte noch nicht die Möglichkeit haben, lebensrettende Informationen schnell über das Internet abzufragen. Die technischen Daten auf der Karte erklären, wo beispielsweise an der Karosserie Stahlscheren anzusetzen sind und welche Vorsichtsmaßnahmen nötig sind, damit bei der Rettung keine Airbags ausgelöst werden. Bis die automatisierte Übermittlung der Rettungsdaten an die Einsatzkräfte problemlos und flächendeckend funktioniert, ist die Rettungskarte im Auto die einzige Lösung, um im Ernstfall schnell an die relevanten Fahrzeugdaten zu gelangen.

Der perfekte Partner, auch für eine elektrische Zukunft

Was die Antriebsarten angeht, so wird das Straßenbild sicher bunter. Erdgas- und Autogasfahrzeuge werden zahlreicher werden. Auch andere Antriebe werden vom ADAC auf Sicherheit, Umweltfreundlichkeit und Sparsamkeit getestet. Die Pannenhilfe hat sich bereits auf die Zukunft eingestellt. Beispiel Elektromobilität: Auf die steigende Zahl von Elektrofahrzeugen ist der Club bestens vorbereitet. Durch vielfältige Schulungsmaßnahmen sind unsere Helfer seit Ende letzten Jahres auch in der Lage, bei allen Fahrzeugen mit Hochvolttechnik Pannenhilfe in vollem Umfang zu leisten.



ADAC

Stark im Team. Schnell vor Ort.



Wo es auf schnelle Hilfe ankommt, ist perfekte Teamarbeit gefragt. Als zuverlässiger Partner der Polizei unterstützt der ADAC die Einsatzkräfte auf der Straße und in der Luft, deutschlandweit und rund um die Uhr:

- 1.700 „Gelbe Engel“ der ADAC Straßenwacht
- 8.000 Fahrzeuge des ADAC Straßendienstes
- 52 ADAC Hubschrauber an 34 Rettungsstationen

➤ www.adac.de

durch einen Bewusstseinswandel in der dortigen Gesellschaft möglich sei.

Da hat er mich ganz mitleidig angeschaut und gesagt: „Wenn die Mafia diese Taten nicht begeht, dann machen es halt die Russen oder die Chinesen“. Da war ich dann erleichtert – genauso wie bei einer Tagung in Hilstrup, bei der ich als Referent dabei war. Das Motto: Steuerung der Organisierten Kriminalität. Als

hiß – warfen die Täter dann über die Leitplanke einer Autobahn, die unglücklicherweise durch den Wahlkreis von Günther Beckstein führte. Der ließ sich die Akten kommen und entdeckte zielsicher die Aussage, die der Vater des Mordopfers gemacht hatte. Darin der Hinweis auf die Aquarien, die von den Triaden als eine Art Schutzgeldleasing an Lokalpächter vermietet würden. Wochenlang mußten daraufhin Ermittler Goldfische in Chi-

nalokalen zählen, weil der Minister rund um die Uhr informiert werden wollte, was es mit den Tieren auf sich hatte. Ergebnis: null Komma null.

Immerhin kam zu Tage, dass gut organisierte Chinaköche ohne Visa importiert und nach Ableistung der Reisekosten

nach England und in die USA weiter geschleust wurden. Ein Thema, das noch einmal eine Rolle spielte, als die Schengenreife der Tschechischen Republik zur Debatte stand. Die Illegalen – so hieß es – würden in leer stehenden Bauernhöfen nahe der Grenze zu Deutschland geparkt, um dann bei Nacht und Nebel nach Bayern und Sachsen gebracht zu werden. Was als Beleg für die angebliche Unfähigkeit der tschechischen Polizei gedacht war, erwies sich als Flop. Weder jenseits noch diesseits der Grenze zeigten sich diese Geisterköche. Denn die waren längst per Flugzeug in Deutschland eingetroffen, wie vor zwei Jahren ein Verfahren der Bundespolizei erwies.

Gefakte Arbeitsverträge hatten für die problemlose Erteilung der Visa gesorgt. Die Drahtzieher – ein Ehepaar aus Hannover – wurden festgenommen – und wegen überlanger Haftdauer ein Jahr später von einer Ermittlungsrichterin wieder freigelassen. Ihre beschleunigte Abreise in Richtung Osten bewahrte die Justiz vor einem teuren Prozess und ließ – wen kümmert es schon – ein paar frustrierte Bundespolizisten zurück. „Bodenlos!“

kommentierte die Landshuter Staatsanwaltschaft ein paar Monate später, als wir in einem Fernsehbeitrag über einen Folgeprozess gegen die Nutznießer dieser Personalbewirtschaftung berichten wollten.

Sechs Wochen lang war die Anklagebehörde nicht in der Lage festzustellen, wann das Verfahren gegen die Gastwirte stattfinden sollte.

Resümee: kein Interesse. Auch nicht daran, die eigene Arbeit der Öffentlichkeit vorzustellen.

„Trauen Sie sich, dem Erfolg auch ein Gesicht zu geben“

Kein Einzelfall: Häufig scheitern Anfragen zu OK-Komplexen an den laufenden Verfahren – und ein paar Monate später bereits am Persönlichkeitsschutz der ja nun verurteilten Täter, deren Resozialisierung wir als Journalisten nicht stören dürften. Das gilt übrigens auch dann, wenn die Betroffenen noch immer auf ihren Chefesseln sitzen – von einer Resozialisierung also nicht wirklich die Rede sein kann. Und so bleiben die OK-Lagebilder meist abstrakte Aufreihungen, die man so keinem Leser, Hörer und Zuschauer präsentieren kann. Wenn Sie sich – meine Damen und Herren – mehr Aufmerksamkeit für ihre Anstrengungen und Erfolge wünschen, müsste die Sache schon etwas konkreter werden. Viel Freude bei der Diskussion mit der Staatsanwaltschaft, die seit ein paar Jahren auf Geheiß der Justizminister ihre Rolle als Anklagebehörde in der Öffentlichkeit sucht und sich alle Auskünfte vorbehält – um dann im Grunde nichts zu sagen. Es tritt auf: der nichtsprechende Justizsprecher.

Was als Professionalisierung der Pressearche verkauft wird, droht vor allem der Polizei zum Schaden zu gereichen. Kriminalisten mit Erfahrung und eigener Meinung werden gezielt von den Reportern ferngehalten – um weitergehende Kontakte und vielleicht sogar Legendenbildungen zu verhindern. Dabei waren es in der Vergangenheit gerade diese profilierten Beamtinnen und Beamten, die – wann immer sie in der Presse auftauchten – für Glaubwürdigkeit und Expertentum standen. Dass dieses Licht auch immer auf die Behörde strahlt – wollen viele Chefs – angespitzt von der Vielzahl der Neider – nicht glauben. Als Chef der Münchner Mordkommission kam der spätere Hamburger Polizeipräsident und



Nur stiller Freund hinter Glas oder Symbol für Schutzgeld-Erpressung chinesischer Triaden?
Foto: dpa/Frank Teigler

Journalist hatte ich schon befürchtet, sie sollte ausgerottet werden.

Diese chinesischen Triaden scheinen die Organisierte Kriminalität in Deutschland ohnehin schon perfektioniert zu haben – man sieht sie gar nicht. Was ausgesprochen schade ist, da mein Kollege Berndt Georg Thamm ein durchaus lesenswertes Buch über sie geschrieben hat. Das würde sich sicher noch besser verkaufen, wenn Wo oder die 14K ab und an in Berlin oder Hamburg ein paar Landsleute bestrafen würden – oder ähnliches. So aber sind wir auf die Sache mit den Goldfischen angewiesen, um zu wissen, welches Restaurant Schutzgeld zahlt.

Die Goldfisch-Mär und China-Köche

Den Urheber dieser Mär habe ich – endlich mal ein Akt von investigativem Journalismus – in der Region Nürnberg ausmachen können. Dort wurde ein zwei Meter großer Chinese mit dem so gar nicht asiatischen Namen Ullbrich erschossen. Den „Langen“ – wie er in der Szene





erbaulich

Bausparen mit BHW

Zukunft kann ich planen,
auch ohne sie vorauszu-
sehen.

UNTERM STRICH ZÄHL ICH.

Partner der
Gewerkschaft der Polizei

www.bhw.de

BHWA



Innensenator Udo Nagel selbst dann groß raus, wenn er verwesende Schweine im Wald vergraben und mit Wärmebildkameras aus der Luft wieder suchen ließ. Unter Journalisten war klar, dass dieses Präsidium für Innovation und pfiffige Ideen steht. Also trauen Sie sich, dem Erfolg auch ein Gesicht zu geben. Sonst sind Sie auch selbst schuld daran, wenn Ihnen täglich im Fernsehen selbst ernannte OK-Experten begegnen, die mühsam deuten, was Sie viel besser wissen.

Sollte Ihnen Ihr Erfolg bei der OK-Bekämpfung aber peinlich sein, habe ich einen Tipp. Garantie für eine möglichst kleine Berichterstattung über einen aktuellen Fall ist der Auftritt eines Ministers.

ligt. Bor ist einer der wenigen Diebe im Gesetz, die in Deutschland überhaupt gesichtet wurden und kam wegen eines brutalen Szene-Mords an dem Konkurrenten Evim Laskin in München vor Gericht. Seine Taktik ging voll auf: Von außen wurden ein Ermittler und ein Staatsanwalt derart bedroht, dass sie jahrelang 24 Stunden am Tag unter Polizeischutz standen. Und vor Gericht lavierten die Verteidiger mit immer neuen Verzögerungen und Anträgen durch schließlich drei Prozesse, die aus Angst vor einem Anschlag auf das Gericht in einer Haftanstalt stattfanden. Bor, den die Münchner Mordkommission jahrelang gejagt hatte, ging als Sieger hervor. Mit einem Pro-Forma Geständnis erkaufte er sich nach einem eiskalt

mit Drogen handeln, einander im Gefängnis verprügeln oder den Obtschak kassieren. Kay Osterloh, der mehrfach Gefängnisse und Lager in Russland besucht hat und deutsche Polizisten über die russische Gangstersprache informiert, spricht von einer „Möchtegern-Mafia“. Typisch seien die hohe Gewaltbereitschaft, die Weigerung, mit den Behörden zusammenzuarbeiten und die Ablehnung, den eigenen Lebensunterhalt durch ehrliche Arbeit zu verdienen. Diese Verhaltensmuster gelten aber unter Menschen aus der Ex-Sowjetunion als nicht sonderlich aufregend sondern seien das Ergebnis jahrzehntelanger Unterdrückung in einem System voller Haftanstalten und Lager, in die man leicht auch als Unschuldiger kommen konnte. Ein Beweis für Zusammenhänge zwischen der Hardcore-Russenmafia und ihren Nachahmern sei aber kaum erkennbar. Nichtsdestoweniger stellen diese ethnisch geprägten Gangs mit hoher krimineller Energie eine echte Bedrohung dar – und auch eine Herausforderung. In einigen Haftanstalten haben sie inzwischen eigene Kommandostrukturen errichtet, über die zu schreiben aber in vielen Redaktionen schon als grober Verstoß gegen die „political correctness“ gilt.

Stattdessen werden die Reporter aufgefordert, doch mal über die aus Russland stammenden Besitzer imposanter Villen in Baden-Baden oder Garmisch-Partenkirchen zu berichten – oder die Halter wochenlang am Münchner Flughafen geparkter Airbusse. Ein Supervorschlag: An dieser Klientel haben sich schon Strukturermittler einiger Landeskriminalämter die Zähne ausgebissen. Und wer gerade mit deutschen Politikern über Gaslieferungen verhandelt – oder mit Kohlepott-Kickern über die Übernahme eines Fußballvereins, hat sicher genügend gute Anwälte an der Hand, um nichts anbrennen zu lassen. Außerdem liegt der Idee die grundlegend falsche Annahme zu Grunde, jeder einigermaßen wohlhabende Russe, der sich mit Familie eine Reise an den Rhein oder in die Alpen leisten kann, sei zwangsläufig ein Ganove. Dass man selbst in Russland, wenn man sich den zugegeben schwierigen Umständen anpasst – mit ehrlicher Arbeit zu Wohlstand kommen kann, scheint nicht in diese Vorstellungswelt zu passen. Selbst Polizisten haben damit ab und zu Probleme – Journalisten allerdings auch.

Solche Orientierungsschwierigkeiten finden wir allerdings auch bei der Organisierten Kriminalität. Stellen Sie sich einfach vor, Sie sitzen am Strand in Rimini und können gut genug italienisch,



Mafia-Morde in Duisburg: Im August 2007 werden auf der Rückseite des Duisburger Bahnhofes sechs Männer mit Kopfschüssen entdeckt. Foto: dpa/Federico Gambarini

Den meisten Journalisten, die am Thema und nicht an Standardforderungen interessiert sind, gehen diese Auftritte derart auf die Nerven, dass sie regelrechte Vermeidungsstrategien entwickeln.

Wo keine OK sein soll, da ist auch keine.

Mit Sicherheit nicht auftreten wollten die Politiker, als der russische Mafiapate Alexander Bor aus der Haft in seine Heimat abgeschoben wurde, von wo aus er nun wieder die Fäden zieht und angeblich auch Mannschaften in Deutschland befeh-

geplanten Mord eine Verurteilung nur wegen Totschlags und reiste bereits sieben Monate nach dem Richterspruch lächelnd nach Moskau ab. Peinlicher hätte die Justiz nicht einknicken können. Soviel zum konsequenten Vorgehen deutscher Strafverfolgungsbehörden beim Kampf gegen das internationale Verbrechen.

Immerhin hat der Fall auch unter Journalisten die Diskussion befeuert, ob es in Deutschland nun eine echte Russenmafia gebe – oder nur eine nachgemachte. Und ob nicht die Reporter reflexartig Russenmafia rufen, sobald aus den ehemaligen GUS-Staaten stammende Spätaussiedler



ORGANISIERTE KRIMINALITÄT



November 2008 – Prozess gegen Russen-Mafia: Die drei Angeklagten sollen seit 2001 im bayerischen Raum schwere Verbrechen wie Erpressungen, Drogenhandel im großen Stil und Geldfälscherei verübt haben.

*Foto: dpa/
Peter Kneffel*

um eine örtliche Zeitung zu lesen. Darin die Meldung, dass eine kriminelle Bande alle Zimmermädchen und Spüler als Scheinselbstständige an die einheimischen Hotels vermietet hat. Ihr Kommentar: typisch Mafia und kein Wunder in Italien!

Nun ist das dummerweise in München

passiert und von der Finanzkontrolle Schwarzarbeit aufgedeckt und publiziert worden. Vermutlich käme hier niemand auf die Idee, das Organisierte Kriminalität zu nennen. Den Boulevardreporter, der schon von der Schlagzeile „Stubenmädchen-Mafia“ träumt, bittet der Lokalchef,

doch erst mal die betroffenen Hoteliers anzurufen. Im „ersten Haus am Platze“ ist der Chef nicht erreichbar. Da muss der Klatschkolumnist ran, der hat die richtigen Beziehungen. Der fürchtet um seine nächste Einladung zu irgend einer Promi-Sause und erreicht den Hotelbe-

Anzeige



**Ein guter Fang für
Ihre Sicherheit!**

Wir sind der Spezial-Versicherer der Polizei!

Die SIGNAL IDUNA Gruppe gibt Ihnen die finanzielle Sicherheit, die Sie erwarten. Reden Sie mit uns.

SIGNAL IDUNA
Versicherungen und Finanzen



Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

SIGNAL IDUNA Gruppe

**Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst • Joseph-Scherer-Str. 3 • 44139 Dortmund
Telefon (02 31) 1 35 - 25 51 oder schreiben Sie eine E-Mail an oed-service@signal-iduna.de**



sitzer leider, leider auch nicht. Der enttäuschte Polizeireporter aber wird vom Chef getröstet: „Schreiben Sie doch eine tolle Hintergrundgeschichte für die Seite 3!“ Junge Journalisten beginnen sofort zu recherchieren. Ältere gehen Kaffee trinken und haken die Sache ab. Schließ-

Dealern, Geldwaschen und Puff-Betreiben jetzt sicherlich zur Beichte. Und wenn wir richtig nett zu ihnen sind und sie doch nicht verbieten, hören sie wahrscheinlich mit diesen unanständigen Sachen von selbst auf.

Das haben wir ja auch von den Elektrokonzernen, Bauunternehmen, Autofir-

Münchner Staatsanwälte zerstöre Arbeitsplätze in Deutschland. Da hatte der schon erwähnte Udo Nagel als Ermittlungschef des Präsidiums Oberbayern auf einer Pressekonferenz erklärt, für ihn sei das „organisierte Wirtschaftskriminalität in Reinkultur“. Es gibt sie also doch noch – die echte deutsche OK. Die Zigarre, die ihm binnen Stundenfrist das Innenministerium nach der Pressekonferenz verpasste, hat dem passionierten Pfeifenraucher sicher nicht geschmeckt. Irgendwie hatte er übersehen, dass die Konzernzentrale, in deren Mega-Reißwolf die korrupten Manager bündelweise Akten verschwinden ließen, in Erlangen lag – und damit direkt vor dem Stimmkreis des damaligen Innenstaatssekretärs.

Eineinhalb Jahrzehnte später war Siemens schon wieder – oder immer noch – in eine Korruptionsaffäre verwickelt. Diesmal ging es um schwarze Kassen zur Bestechung ausländischer Politiker. Und jetzt bewundere ich den Mut der Ermittler vom LKA Bayern. Kamen die doch glatt auf die Idee, den Fall in ihr OK-Lagebild 2007 aufzunehmen. Die Mühe nachzulesen müssen Sie sich nicht machen. Da steht nichts von Siemens drin. Das Innenministerium wies nämlich das Landeskriminalamt an, das Kapitel komplett zu streichen. Die naive Frage „warum“, wurde schlüssig beantwortet. Der Fall hätte in den Lagebericht 2006 gehört, weil in dem Jahr die Anzeige eingegangen war. Dass erst ein Jahr später die ganze Dimension der Durchstechereien ausermittelt war, sei unerheblich – basta. Wäre ja noch schöner, wenn Polizisten definieren wollten, was OK ist und was nicht. Die Siemens-Zentrale war noch immer in Erlangen – diesmal aber mitten im Stimmkreis des jetzigen Innenministers.

Nun wird niemand auf die Idee kommen, einen Großkonzern als kriminelle Vereinigung zu bezeichnen. Darum, dass deutsche OK in erster Linie Wirtschaftskriminalität ist, kann man sich aber kaum herumdrücken. Aber auch nicht darum, dass das Interesse der Medien an den Verfahren erkennbar abnimmt. Ein Top-Manager, der in Handschellen aus dem Haus geführt wird, das ist schon was. Dass am 17. Prozesstag zur Sprache kommt, wie leicht man mit Hilfe deutscher Banken ein paar Millionen Euro ins Ausland transferieren kann, interessiert kaum jemanden. Alles schon gehabt. Aber zum Glück gibt es ja noch die Ndrangheta und die Russen – und vielleicht doch schon eine deutsche Yakuza-Niederlassung.

Oliver Bendixen



Siemens-Schmiergeld-Skandal: Der ehemalige Manager der Siemens-Festnetzsparte ICN, Reinhard S. (M), im Juli 2008 nach der Urteilsverkündung – im ersten Strafprozess hatte das Landgericht München I eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren auf Bewährung und einer Geldstrafe in Höhe von 108.000 Euro gegen den Angeklagten verhängt. Reinhard S. habe sich der Untreue in Mittäterschaft in 49 Fällen schuldig gemacht, so der Vorsitzende Richter in der Urteilsbegründung.
Foto: dpa/Peter Kneffel

lich ist das Grand-Hotel ein verlässlicher Anzeigenkunde. Wo keine OK sein soll, da ist auch keine.

Na vielleicht wenigstens bei den Bandidos und den Hells Angels? „Bandenkrieg im Norden“ wird getitelt – „Rockerbraut auf den Strich geschickt“ – oder „Chapter-Boss als Dealer enttarnt“. So was kann man problemlos schreiben.

Wenn aber die Politprominenz von Hannover Siegesparties in Kneipen feiert, die den Hells gehören, wird die Sache schon heikler. Die Rocker verfügen über beste Beziehungen und haben dummerweise nicht nur gute Anwälte sondern auch Supporter, die schnell mal mit handfesten Argumenten zur Stelle sein könnten.

Allerdings spenden die Hells doch jetzt für krebserkrankte Kinder. Letzte Woche fand ich in einer Regionalzeitung aus dem Raum München ein putziges Photo: Ein Monsignore segnet die Maschinen des örtlichen Hells Angel Clubs. Ich bin sauer über so viel Naivität – aber auch ein wenig beruhigt. Die Herren gehen nach dem

men und Flugzeugherstellern erwartet, die seit Anfang der neunziger Jahre in immer neue Wellen von Korruptionsskandalen verwickelt sind. Bestechungen, illegale Kartellbildungen, schwarze Kassen im Ausland oder Kauf von Betriebsratsmitgliedern – nichts, was es nicht gab. Bitte nehmen Sie jetzt bloß nicht ihren Definitionskatalog in die Hand und behaupten Sie ja nicht, das sei Organisierte Kriminalität: arbeitsteilig und auf Dauer angelegt, unter Bestechung von Amtsträgern und in geschäftlichen Strukturen auf Gewinnerzielung angelegt – oder gar unter Einflussnahme auf Politik, Medien und Justiz.

„Organisierte Wirtschaftskriminalität in Reinkultur“

Als der besonders häufig in solche Affären verwickelte Siemens-Konzern im ersten Klärwerksskandal vor zwei Jahrzehnten an den Pranger kam, hieß es aus der Zentrale, der Übereifer der



NEU: PSP auch als App



Die neue Zeitschrift „Polizei – Studium – Praxis“ richtet sich in erster Linie an die Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) in Nordrhein-Westfalen (NRW). Sie bietet Fachaufsätze, Klausuren, Aktuelle Rechtsprechung sowie Informationen aus Hochschule und Praxis.

Bei den Autorinnen und Autoren der einzelnen Artikel handelt es sich um erfahrene Dozentinnen und Dozenten der FHöV NRW, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte aus dem Landesamt für Aus- und Fortbildung und Personal NRW(LAFP) und aus den Polizeibehörden des Landes.

„Polizei – Studium – Praxis“ für Ihr Smartphone und Ihren Tablet-PC

Ob iPhone oder Android-Smartphone, ob iPad oder Android-Tablet: Lesen Sie ab sofort Polizei – Studium – Praxis jetzt auch mobil! Nur ein paar Fingertipps und Sie sind informiert! Die App bietet Ihnen alle Inhalte der Fachzeitschrift!

Weitere Funktionen der App:

- Suchfunktion
- Lesezeichen
- Zoomfunktion
- Artikel-Empfehlung per E-Mail

Die Apps sind ab sofort kostenlos im Apple App Store und im Android Market erhältlich. Am besten die App direkt in Ihrem Store gratis herunterladen!

Weitere Informationen zur App unter www.vdpolizei.de



VDPolizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de • www.VDPolizei.de

Deutschland braucht keine Migrationspolizei für Migranten

Die Polizeiarbeit in Deutschland erfährt durch strukturelle Veränderungen der Gesellschaft eine zunehmende Veränderung ihres Aufgabenspektrums. Damit ist sie Auswirkungen ausgesetzt, die das innere Gefüge der Polizei und das Selbstverständnis von Polizistinnen und Polizisten betreffen. Die Ursachen dieser gesellschaftlichen Veränderungen sind vielfältig. Die Erhöhung des Migrantenanteils in der Bevölkerung spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Anhand von Bevölkerungsvorausberechnungen und Projektionen des Statistischen Bundesamtes ist abzulesen, dass ab dem Jahr 2020 die bundesdeutsche Bevölkerung von 81 Millionen auf ca. 75 Millionen zurückgehen wird, wobei der Anteil der über 60-Jährigen auf etwa 36 % der Gesamtbevölkerung steigen wird. Aber nicht nur die Altersstruktur in Deutschland wird sich massiv ändern, sondern auch die gesellschaftliche Zusammensetzung. Wenn über Migration diskutiert wird, so gelten die USA, Kanada und Australien eher als die typischen Einwanderungsländer. Deutschland scheint auf dem ersten Blick kaum eine Rolle zu spielen. Dies war die Wahrnehmung bis zur Jahrtausendwende. Heute sind sich alle Beteiligten im Klaren, dass auch die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland ist. Glaubt man den aktuellen Statistiken, so leben hierzulande 15,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund¹, was etwa 19 % der Wohnbevölkerung entspricht. Damit hat jeder fünfte Einwohner in Deutschland ausländische Wurzeln. Betrachtet man den städtischen Bereich, so ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich höher. Ein Viertel aller Berliner hat einen nichtdeutschen Familienhintergrund. Hinzu kommt dass die Zuwandererbevölkerung jünger ist und eine höhere Geburtenrate als die Aufnahmebevölkerung hat.

Etwa 29 % der Kinder unter zehn Jahren haben einen Migrationshintergrund. Dieser Anteil ist höher in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sowie in Südhessen und im westlichen Teil Nordrhein-Westfalens. Dort liegt er bei über 40%. In Berlin stammen etwa 43 % der Kinder bis 15 Jahre aus Einwandererfamilien. Laut Mikrozensus haben in Stuttgart 40 % aller Einwohner einen Migrationshintergrund: rund ein Drittel der Bevölkerung wurde im Ausland

geboren. Entsprechend stammen über 40 % der Kinder im Vorschulalter aus Einwandererfamilien. In der Stadt leben Menschen aus mehr als 170 Nationen und sprechen über 120 Sprachen. Ähnliche Zahlen ließen sich für viele andere deutsche Städte aufzählen. Zahlen des Statistischen Bundesamtes gehen davon aus, dass sowohl die absolute Zahl als auch der relative Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in Deutschland in den nächsten Jahren wachsen wird.

Faktisch wird unter diesen Rahmenbedingungen von Polizistinnen und Polizisten verlangt, sich den veränderten Rahmen anzupassen. Die logische Folge ist, dass Interkulturelle Kompetenz zur Notwendigkeit in einer pluralistischen Gesellschaft wird. Polizistinnen und Polizisten müssen neben ihrer Fachkompetenz die Fähigkeit haben, professionell mit Menschen mit den unterschiedlichsten kulturellen Hintergründen umzugehen. Empathie, Toleranz aber auch Rollendistanz und Ambiguitätstoleranz (Aushalten von Mehrdeutigkeiten) sind hierbei die wichtigsten Schlagwörter, die in diesem Zusammenhang als zentrale Fähigkeiten diskutiert werden. Die damit erreichte Bürgernähe soll das demokratische Selbstbild polizeilicher Arbeit widerspiegeln und zur Steigerung von Effektivität und Effizienz beitragen.

Soziale Kompetenz – interkulturelle Kompetenz

Die Bürgernähe und das demokratische Selbstbild von Polizeibeamtinnen und -beamten bedürfen der Stärkung von Problemlösungskompetenzen. Diese sind durch Bürgerorientierung und die damit verbundene Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen an die vorderste Linie bestimmt. Daraus ergibt sich im Kontext der Migrationsthematik

eine der wichtigsten Herausforderung in der Polizeiarbeit. Soziale Kompetenz erhöht die Leistungsfähigkeit innerhalb der Polizei. Die Verbesserung der sozialen



Kompetenz von Polizeibeamtinnen und -beamten ist damit Teil einer Strategie zur Steigerung polizeilicher Professionalität. Sie ist Teil einer fachlichen Kompetenz mit unverzichtbaren Synergieeffekten bei der Erfüllung polizeilicher Kernaufgaben: Gefahrenabwehr, Prävention, Repression und Opferschutz.

Wenn soziale Kompetenz eine Schlüsselqualifikation in der modernen Polizeiarbeit ist, so ist die interkulturelle Kompe-



tenz von Beamtinnen und Beamten die logische Konsequenz des oben beschriebenen Wandels der gesellschaftlichen Struktur in Deutschland.

Spricht man von „Kulturen“, hat man in der Regel größere Gruppen von Menschen vor Augen. Letztlich ist jedoch jeder Einzelne Träger einer besonderen, ihm eigenen Kultur, einer Reihe von Überzeugungen, Gewohnheiten, Verhaltensmerkmalen usw., die ihm anerzogen worden sind, die er kultiviert oder zu unterdrücken versucht. Solche Einzelnen bilden

Die erfolgreiche Bewältigung von Einsätzen erfordert zunehmend die Fähigkeit, Mehrdeutigkeiten aushalten zu können. Diese Ambiguitätstoleranz setzt voraus, dass Verhaltensflexibilität und Offenheit eingeübt werden, so dass die Bereitschaft, gewohnte Denk- und Verhaltensschemata zu korrigieren und spontan zu agieren, hoch ist. Eine solche Flexibilität ist prozessorientiert und ermöglicht kreative Lösungen. Diese Kreativität hat jedoch innerhalb der Polizeiarbeit eine natürliche Grenze. Denn nach wie vor sind

„Könnens“ bzw. als eine „Fertigkeit“ verstanden. Kompetenzen umfassen damit das, was ein Mensch wirklich kann und weiß und was sich in sichtbaren Handlungen niederschlägt. Darauf aufbauend definiert Christian Geistmann² die interkulturelle Kompetenz als die Suche nach einem Ausgleich zwischen eigenen und fremden Interessen und Ansprüchen, die aus unterschiedlichen kulturellen Prägungen herrühren. Damit wird die Fähigkeit beschrieben, über einen um fremdkulturelle Aspekte erweiterten Verhaltensspielraum, Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Kulturen anzuerkennen und für die erfolgreiche Interaktion in interkulturellen Überschneidungssituationen im Sinne der übergreifenden interkulturellen Handlungskompetenz umzusetzen.

Interkulturelle Kompetenz beschreibt damit die Fähigkeit effektiv in konkreten Situationen, in denen Angehörige anderer Kulturen beteiligt sind, zu handeln. Das Wissen über die andere Kulturen, die eigenen kulturelle Sensibilität und die Fähigkeit, zielgerichtet zu handeln, können als strategische Vorteile bei der Erfüllung von Aufgaben fungieren. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass Polizistinnen und Polizisten nicht zur Anthropologen umgeschult werden sollen.

Im Konkreten geht es um die Vermittlung von Handlungskompetenzen. Diese setzen ein stabiles Selbstwertgefühl und Identitätsbewusstsein voraus. Aus der Polizeiperspektive soll durch die Auseinandersetzung mit den eigenen Werten und mit der neuen sozialen Realität der konstruktive Umgang mit interkulturellen Konflikten gefördert werden. Die Sensibilisierung für den Umgang mit dem Thema muss jedoch in Betracht ziehen, dass die Begegnung der Polizistinnen und Polizisten mit Vertretern anderer Kulturkreise in vielen Fällen konfliktbelastet ist. Hier werden die kulturellen Verschiedenheiten und die Grenzen der eigenen Toleranz sichtbar. Dem kann nur durch die Intensivierung positiver Kontakte und Erfahrungen entgegenwirken.

kulturelle Gruppen sowohl im „subjektiven“ Sinne, durch Zugehörigkeitsgefühl und Solidarisierung, als auch „objektiv“, im Sinne einer empirisch feststellbaren Kategorie. In beiden Fällen ist die Gruppendifinition Ergebnis einer Abstraktion. Im Kontext eines solchen kulturellen Pluralismus scheint es für die tägliche Polizeiarbeit unabdingbar zu sein, ein Konglomerat aus verschiedenen bedeutsamen Teilkompetenzen vorzuweisen.

Beamtinnen und Beamte an gesetzliche Normen gebunden und repräsentieren das staatliche Gewaltmonopol.

Interkulturelle Kompetenz als notwendige Qualifikation in der Polizeiarbeit

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird Kompetenz im Sinne eines spezifischen

Polizei mit Migrationshintergrund

Ein Nebeneffekt der Öffnung polizeiliche Strukturen für Menschen mit Migrationshintergrund ist integrationspolitischer Natur. Eine Migrantinnenpolizei für Migranten kann und darf nicht Ziel einer systematischen Öffnung der Polizei für Menschen mit Migrationshintergrund sein. Jedoch kann die Erhöhung ihres Anteils innerhalb der Polizei die Arbeit der



Organisation vereinfachen und damit die Qualität von Einsätzen in interkulturell geprägten Stadtteilen steigern.

Dafür müsste der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund zunehmen, was sich als eine besondere Herausforderung darstellt, denn obwohl der Anteil der Bevölkerung mit Migra-

das Handlungsvermögen der Polizei im konkreten Einsatz verbessern und neue innovative Wege aufzeigen.

Die Vermittlung interkultureller Kompetenzen ist somit ebenfalls Thema für die Führungskräfte der Polizei auf allen Ebenen, insbesondere wenn man das Wissen innerhalb der Organisation op-

zei ist die Einhaltung von Gesetzen die wichtigste Komponente einer gelungenen gesellschaftlichen Integration. Dies gilt für alle gesellschaftlichen Gruppen und Individuen. Durch die Migration werden Gesellschaften heterogener. Fremde Weltanschauungen treffen aufeinander. In einer pluralistischen Gesellschaft ist dies

zunächst unproblematisch. Beansprucht jedoch eine dieser Weltanschauungen einen alleinigen Geltungsanspruch und tritt aggressiv auf, so entsteht eine reale Gefahr für die Sicherheit. Im Extremfall sieht sich die Polizei mit radikalen Ideologien konfrontiert, die die verfassungsrechtliche Grundlage der Gesellschaft negieren und bereit sind militant dagegen vorzugehen. Ein Blick in die Verfassungsschutzberichte verdeutlicht dies und unterstreicht die Relevanz des Themas für

die Gewährung von Sicherheit. In Migrantengruppen ist diese Herausforderung vergleichbar größer als in einheimischen extremistischen Bewegungen, denn Kultur, Sprache und Konfliktmechanismen sind den Polizistinnen und Polizisten oft sehr fremd. Das führt dazu, dass die Polizei sich eine entsprechende Expertise aufbauen muss.

Jenseits politischer Ideologien sind die Auswirkungen von Migration für die Polizeiarbeit, dort wo die soziale Einbindung von Menschen nicht gelungen ist, im höchsten Maße problematisch. Eine stetige Gratwanderung zwischen Umsetzung des gesetzlichen Auftrages und der Vermeidung von Diskriminierungen gegenüber ethnischen Gruppen ist das Ergebnis. Letzteres ist insbesondere dort schwierig, wo Kriminalität in Familienklans organisiert und umgesetzt wird.

Gleichzeitig bekommt die Polizei eine integrationspolitische Rolle, die im Kon-



Der Düsseldorfer Polizeipräsident Herbert Schenkelberg, die Polizei-Auszubildenden Suresh Baalasingam aus Sri Lanka, und Fatma Yildiz, deren Vater aus der Türkei stammt, sowie Ausbildungsleiter PHK Jack Eßer im Februar diesen Jahres in Düsseldorf bei der Veranstaltung „Düsseldorfer Polizei wirbt um junge Migranten“. Yildiz und Baalasingam waren gekommen, um anderen jungen Menschen mit ausländischer Herkunft von ihren Erfahrungen zu berichten.
Foto: Horst Ossinger/dpa

tionshintergrund zunimmt, stagniert die Bildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Damit fehlen den Interessierten grundlegende Voraussetzungen für die Teilnahme an Auswahlverfahren.

Insgesamt ist das Interesse von Migrantinnen und Migranten an einer Ausbildung im öffentlichen Dienst, auch wenn sie die schulische Qualifikation dafür haben, sehr gering. Das kann viele kulturelle aber auch pragmatische Ursache haben.

Eine strukturelle Einbindung von Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund in die Polizeiarbeit eröffnet die Möglichkeit, an ihrem Wissen beteiligt zu werden. So könnte dieses Wissen

timal ausschöpfen und allmähliche in die organisatorische Routinen einbetten will. Interkulturelle Kompetenz bietet also die Möglichkeit, über zahlreiche Verhaltens- und Kommunikationsformen zu verfügen. Insgesamt ist interkulturelle Kompetenz ein Instrument, das der Polizeiarbeit in einer zunehmend durch kulturelle Verschiedenheit geprägten Gesellschaft bei der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols dienen soll.

Die Polizei und die Auswirkungen fehlender Integration

Eine nachhaltige Integrationspolitik orientiert sich an Werten. Für die Poli-



kreten zu Zielkonflikten führen kann. Dies ist der Fall, wenn die Polizeibeamtinnen und -beamten mit bestimmten gesellschaftlichen Gruppen vertrauensbildende Dialoge führen sollen und gleichzeitig in den betroffenen Milieus Kriminalität bekämpfen müssen.

Wenn ethnisch geprägten Gruppen aufgrund fehlender Integration hauptsächlich in ihrem eigenen sozialen Umfeld agieren und nur gering an den gesellschaftlichen Strukturen partizipieren entstehen Sphären, die die Einbindung in das bestehende kulturelle und gesellschaftliche System verhindern. Die fehlende Integration von Migranten führt somit zur Entstehung von Parallelstrukturen, deren Grenzen soziale und kulturelle Bruchlinien darstellen. Oft wird der Polizei der Zugang in diese Konflikt Räume verwehrt. Konflikte und Verbrechen kommen dort selten zur Anzeige. Sie werden eher in den eigenen Strukturen ausgetragen. Religiöse Autoritäten und Klanführer sprechen jenseits des staatlichen Gewaltmonopols Urteile aus. Menschen werden intern bestraft oder entschädigt.

Eine andere Beobachtung ist, dass bundesweit organisierte Großfamilien Stadtteile kontrollieren und polizeiliche Arbeit unterminieren. Sie üben einen subtilen Druck auf die Bewohner aus, so dass es oft unmöglich ist, Menschen zu finden, die gegen diese Klans aussagen. Kommt es zu einem Fahndungserfolg, so ist es nicht selten, dass jüngere Klanmitglieder die Tatvorwürfe auf sich nehmen bzw. dass ein Familienrat dies beschließt. Oft ist das der Fall bei Verbrechen, die im Namen der Familienehre geschehen. So ist es besonders auffällig, dass bei so-

nannten „Ehren“-Morden in den meisten Fällen die jüngsten Söhne der betroffenen Familien die Täter waren.

Die Polizei – eine Integrationsagentur?

Eine professionelle Polizeiarbeit verdächtigt Menschen nicht wegen Hautfarbe oder ihres Glaubens, sondern wegen ihrer Taten. Darüber hinaus ist die Polizei darauf angewiesen, gute Kontakte in allen gesellschaftlichen Gruppen zu haben. Nur dadurch kann sie ihr Selbstverständnis von der Bürgernähe umsetzen. Als Vertreter des Staates und Wahrer des Gesetzes haben Polizistinnen und Polizisten eine Vorbildfunktion, die sie bei der Erfüllung ihres Auftrages einnehmen. Tatsächlich ist das Bild deutscher Polizeibeamtinnen und -beamten in der Bevölkerung überwiegend positiv. Dies gilt auch für Menschen mit Migrationshintergrund – keine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, dass viele aus Polizeistaaten kommen, in denen die Polizei eine korrupte Repressionsgewalt ist.

Integrativ wirkt die Polizei durch die Einbindung von Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund. Diese Herausforderung wird mit der Zeit eine Normalität produzieren, in der es selbstverständlich ist, die gesellschaftliche Vielfalt in den Strukturen der Polizei wiederzufinden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Öffnung der Polizei sich nicht an vorgegebenen Quoten sondern an Leistungsfähigkeit orientiert. Dabei sollte die Polizei die notwendigen schulischen Qualifikationen potentieller Bewerber gesellschaftlich abverlangen. Weiterhin

sollte alles daran gesetzt werden, dass Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund nicht spezifisch in Stadtteilen mit einem hohen Migrantenanteil eingesetzt werden. Deutschland braucht keine Migrantenspolizei für Migranten. Zudem wollen die meisten betroffene Polizistinnen und Polizisten nicht als solche gesehen werden.

Integration ist eine herausragende Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe. Allerdings kann die Polizei nur einen Beitrag leisten. Denn Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der kommunalen Arbeit betrifft und eine konstruktive Zusammenarbeit aller auf diesem Gebiet tätigen Akteure bedarf. Es ist weder im Interesse der Polizei noch im Interesse der Migranten diese Aufgabe auf die Polizei umzuwälzen. In der öffentlichen Wahrnehmung kann eine zu starke Einbindung der Polizei eher kontraproduktiv sein. Im Sinne des polizeilichen Auftrages sollte hier auf eine zielorientierte und vor allem sachdienliche Strategie geachtet werden. Diese Strategie wird umso erfolgreicher, je mehr auf die Frustrationstoleranzgrenze von Polizeibeamtinnen und -beamten geachtet wird. Das ergibt sich aus der konsequenten Bekämpfung von Parallelstrukturen, die die Polizeiarbeit unterminieren.

Marwan Abou-Taam

Fußnoten:

¹Migration und Bevölkerung: Deutschland - Mehr Menschen mit Migrationshintergrund, in migration-info.de, Newsletter Nr. 3, 2008

²Geistmann, Christian (2002): Interkulturelle Kompetenz - Eine wichtige förderbare Fähigkeit in der internationalen Zusammenarbeit, Dissertation, Erlangen.

Reise & Erholung

Anzeige



Wasser-Craft
rafting company boat

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour,
1x grillen am Lagerfeuer und
2 Uf / Pension DU:WC
Preis pro Person ab € 154,-

office@rafting-oetstal.at
www.rafting-oetstal.at
Telefon: 0043 5252 6721

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
am Südstrand,
50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

Büsum – Nordseeküste
gemütliche, ruhige FeWo, Strandnähe
Tel. 04826/2208

Berliner FeWo Villa Mahlsdorf
Tel. 030/56585858 oder 0179/4936842

Bayerischer Wald, konf. FeWo** v. Kollegen**
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax:
099-41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

MAURITIUS
Kollege bietet App- und Bungalow-Anlage,
direkt am Meer, ab 32,- €/p./P/Tag, inkl. HP
Tel.: 021 58/40 98 05, Fax: 40 46 71
www.mauritius-traumvilla.de

Ostsee
Eid. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf,
60-90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick,
Hansapark, auch f. Gruppen, Erm. Kollegenpreise
Tel.: 04563/7921, Fax: 04563/7922
jochen.lipke@online.de

**Franken, bei Bamberg, waldreiche Gegend, Lift,
Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten,
DU:WC/TV, HP 5 Tage ab 134,- €. Zur Sonne,
96126 Pfaffenlohr, Tel. 095 35/241, Prospekt**

Bayerischer Oberpfälzer Wald
Eid. FeWo ab 30 Euro/Tag, Tel. 099 72115 60
www.ferienwohnung-gruber.de

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof,
Zollkollege bietet konf. Fewos
für 2-6 Pers. in schöner Jugendstil-
villa, Fahrradverleih
Fam. Zein, Tel.: 035844/72723
www.heidehof-jonsdorf.de

**TIROL: „Bergsommer“
Silvrettaregion – Paznauntal**

Romantisch, traumhaft grünes, sehr gepflegtes
3-Störzle-Haus in einem der schönsten Täler Tirols.
Kamforzinnmer, moderne u. gemütliche Apper-
tements, Liegewiese, Terrasse, Kinderspielplatz,
beheizter Swimmingpool, Internet, Tagesbar, Tisch-
tennis, Tischfußball usw., wunderschöner Wellness-
u. Fitnessbereich, Superwanderhotel in schönster
Traumlage; Wanderungen d. d. Chef (Bergführer);
Mountanbikeparadies.

Neu: Badewanne und Privatanlage!

Superpanchalswoche „Bergsommer 2011“ inkl.
Frühstücksbuffet oder HP, abwechslungsreiches Aktiv-
programm, Grill- u. Hüttenabend, 3 geführte Wande-
rungen u. vieles mehr.

STARK ERMÄSSIGTE KOLLEGENPREISE! Info: Hot-
tel Gams BERGWELT, A-6533 See 19 • Tel.: +43 /
5441 / 8397 • Fax: +43 / 5441 / 8397-19 • E-Mail:
bergwelt@taon.at • Homepage: www.bergwelt-see.at



Opferaussagen bleiben größte Herausforderung

Das Bundeskriminalamt veröffentlichte Ende September dieses Jahres das Bundeslagebild „Menschenhandel 2010“ – die aktuellen Zahlen für Deutschland. Der Bericht enthält in gestraffter Form die aktuellen Erkenntnisse zu Lage und Entwicklung im Bereich des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung sowie des Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft.

Im Jahr 2010 wurden in Deutschland 470 Ermittlungsverfahren wegen Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung abgeschlossen. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 12 Prozent (2009: 534). Auch die Anzahl der Opfer ist mit 610 um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2009: 710) gesunken. Entsprechend der Entwicklung in den vergangenen Jahren stammte auch 2010 der Großteil der Opfer (85 Prozent) aus dem europäischen Raum.

Bei den ausländischen Opfern dominierten erneut rumänische (119 Opfer) und bulgarische (115 Opfer) Staatsangehörige. Die Zahl nigerianischer Opfer stieg auf 46 (2009: 34). Rund 14 Prozent der Opfer waren minderjährig. Die Zahl der wegen Verdachts des Menschenhandels registrierten Tatverdächtigen betrug 730 und damit etwa sechs Prozent weniger als im Vorjahr (2009: 777). Bei den Tatverdächtigen dominierten mit einem Anteil von fast 26 Prozent erneut deutsche Staatsangehörige. Den größten Anteil bei den ausländischen Tatverdächtigen stellten bulgarische, rumänische und türkische Staatsangehörige.

Nach wie vor ist von einem erheblichen Dunkelfeld im Bereich Menschenhandel auszugehen. Die größte Herausforderung bleibt die Schwierigkeit, Opfer von Menschenhandel zu identifizieren und diese zu einer Aussage vor den Strafverfolgungsbehörden zu bewegen, um den Straftatbestand des Menschenhandels nachweisen zu können. Bei Staatsangehörigen aus den neuen EU-Beitrittsländern, insbesondere Bulgarien, Rumänien und Ungarn, die sich mittlerweile legal in Deutschland aufhalten und der Prostitution als selbständiger Dienstleistung nachgehen können, besteht häufig der Verdacht der Scheinselbstständigkeit und von Ausbeutungsstrukturen. Diese Personen sind überwiegend aber fest in familiär und/oder ethnisch dominierte Sozialstrukturen eingebunden, haben keine Beziehung zum deutschen Rechts- und Sozialstaat und

sind nicht bereit, gegen die Täter aus den eigenen Reihen auszusagen.

Bei Opfern aus schwarzafrikanischen Ländern beobachten die Strafverfolgungsbehörden weiterhin besondere Formen der Einschüchterung – beispielsweise bringen die Täter die Opfer durch Voodoo-Rituale in eine psychische Zwangslage. Die Folge ist, dass die Betroffenen in der Regel nicht bereit sind, mit der Polizei und den Fachberatungsstellen zu kooperieren oder ihre anfänglichen Zeugenaussagen oftmals wieder zurückzunehmen. Speziell in diesem Phänomenbereich wurden im Mai 2011 – auf Anregung und koordiniert durch das BKA – bundesweit Kontrollen im Rotlichtmilieu durchgeführt. Ziel der Maßnahmen war es, Opfer von Menschenhandel aus Westafrika zu identifizieren und Hinweise auf die dahinter stehenden Täterstrukturen zu erlangen. Insgesamt wurden in 13 Bundesländern etwa 1.000 Prostitutionsstätten durchsucht. Durch diese Maßnahmen konnten potentielle Opfer von Menschenhandel erkannt und 6 Ermittlungsverfahren gegen Menschenhändler eingeleitet werden.

Im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft wurden im vergangenen Jahr insgesamt 24 Ermittlungsverfahren abgeschlossen. Dies entspricht einer Steigerung von 140 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Es wurden 37 Tatverdächtige – und damit knapp 16 Prozent mehr als im Vorjahr – registriert. Es dominierten deutsche Staatsangehörige mit knapp 46 Prozent. Im Jahr 2010 wurden 41 Opfer des Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft ermittelt, rund 78 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Steigerungen sind vor allem auf einen Verfahrenskomplex des Landeskriminalamtes Niedersachsen zurückzuführen. In diesem Komplex wurde gegen eine in Hannover ansässige Firma wegen Verdachts des Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft zum

Nachteil chinesischer Staatsangehöriger ermittelt. Nach wie vor ist die (illegale) Arbeitsaufnahme in Deutschland ein wesentlicher Antriebsfaktor für Migration. Es zeigt sich, dass die Delikte schwerpunktmäßig im Gaststättengewerbe zum Nachteil von nichtdeutschen Staatsangehörigen verübt werden. Auch in diesem Phänomenbereich muss von einem großen Dunkelfeld ausgegangen werden, da auch hier eine besondere Abhängigkeit der Opfer von den Tätern besteht, die die Opfer in ihrer Kooperationsbereitschaft mit den Strafverfolgungsbehörden einschränkt. Ziel muss es daher sein, Bekämpfungskonzepte, die im Bereich Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung seit Jahren erfolgreich in der Praxis angewendet werden, entsprechend anzugleichen beziehungsweise zu erweitern und auf diesen Phänomenbereich zu übertragen. BKA-Vizepräsident Jürgen Stock: „Menschenhandel ist ein Kriminalitätsphänomen, bei dem die Täter gezielt ein Abhängigkeitsverhältnis ausnutzen und ihre Opfer durch physische und psychische Gewalt gefügig machen. Die Aussagen der Opfer sind nach wie vor von zentraler Bedeutung, um gegen die Täter ermitteln zu können. Polizei und Fachberatungsstellen müssen Opfern, die sich aus eigenem Antrieb an die Polizei wenden wollen, möglichst umfassende Möglichkeiten zur Anzeigenerstattung schaffen – durch verstärkte Präsenz im Milieu und gezielte Ansprachen. Im Rahmen der Befragung der Opferzeugen ist ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen und interkultureller Kompetenz notwendig – neben Herkunft und Kultur muss dabei das oft sehr junge Alter der Betroffenen berücksichtigt werden. Nur wenn es uns gelingt, das Vertrauen der Opfer zu gewinnen und sie zur Kooperation mit den Strafverfolgungsbehörden zu bewegen, können wir den Kreislauf aus Unterdrückung, Einschüchterung und Abhängigkeit zwischen Opfern und Tätern durchbrechen. Eine professionelle Opferbetreuung und die enge Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden mit Fachberatungsstellen sind daher auch weiterhin von zentraler Bedeutung.“

Nach BKA-Pressemeldung

Weitere Einzelheiten unter:

www.bka.de, Menüpunkt Themen A-Z/ Menschenhandel zu finden.



Kapitalmarkt

UNSER ANGEBOT
für Beamte und Arbeitnehmer
im öffentlichen Dienst

Optimierung ihrer Allzweck- und
Hauskredite zu einer
Wunschrate!

Kostenloser Finanzierungs-Check
für ihre Hausfinanzierung!

Forwarddarlehen!



06187/90522-0

vermittelt durch:
BVD GmbH
Stresemannstraße 3
61137 Schöneck
www.bvdfinanz.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer
Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen
von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre,
Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie
uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332
Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



**Hypotheken, Beamten-
u. Angestelltendarlehen
Forwarddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken
Sie die monatlichen Kosten.
Individuelle Beratung und
beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

MEHR GELD IM PORTEMONNAIE
QUÄLEN SIE SICH MIT IHREN HOHEN KREDITRATEN DURCH DEN MONAT?
WIR HABEN DIE LÖSUNG FÜR SIE!
RUFEN SIE HEUTE NOCH AN!

0800 - 666 8 444

www.UMSCHULDEN-LEICHT.DE

VERMITTLUNG: REUSCHLING & WEIS GMBH • RIMBACHSTRASSE 19 • 98527 SUHL

- RATENZUSAMMENFASSUNG
- ZINSENKUNG
- NIEDRIGE WUNSCHRATE
- ZINSGARANTIE
- HYPOTHEKENDARLEHEN
- BEAMTENDARLEHEN
- FORWARDARLEHEN



BARGELD noch HEUTE!
Tel. 0201/22 1348

Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH
Kredite von 1000–100000 €.

- Laufzeit bis 120 Monate
- ohne Auskunft bis 7000 €

45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Raten zu hoch?
Zeigen SIE ihrer Bank die ROTE KARTE!

Darlehen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst
Forwarddarlehen und kostenloser Check für ihre Hausfinanzierung
einfach ANRUFEN und SPAREN:

0800 - 7255666
www.SALLMON.DE

vermittelt seit über 40 Jahren:
Prof. Dr. Sallmon GmbH - In den Wörden 10 - 16356 Ahrensfelde-Berlin



Wer Tausenden
zu einem Platz an
der Sonne verhilft,
kann Millionen
gewinnen.



ARD FERNSEHLOTTERIE

Lose gibt es bei allen Banken,
Sparkassen und der Post.
Oder unter Tel. 0800 0 - 411 411,
www.ard-fernsehlotterie.de

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

MÜNRBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt • Pf. 3136 - 46314 Borken-Weseko



Extra günstig vom Spezialisten
anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 30 Jahren.



Beamtendarlehen supergünstig
Hypotheken- und Beamtendarlehendiscounter

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68153 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Solzins (fest
gebunden) 5,7%, Lzf. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effek-
tiver Jahreszins 5,85%, Bruttobetrag 36.456 € Sicher-
heit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur
stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisier-
ung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mö-
belkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate,
Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten,
keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.



© Roger Job

ÄRZTE OHNE GRENZEN hilft Menschen in Not. Helfen Sie mit -
durch Ihre Spende oder als Mitarbeiter/in in unseren Projekten.

Bitte schicken Sie mir unverbindlich

- allgemeine Informationen über ÄRZTE OHNE GRENZEN
- Informationen für einen Projekteinsatz
- Informationen zur Fördermitgliedschaft
- die Broschüre „Ein Vermächtnis für das Leben“

Name _____

Geb.-Datum _____

Straße _____

PLZ/Ort _____



**MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.**

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de
Spendenkonto 97 0 97
Sparkasse Bonn
BLZ 380 500 00

11036 02



Wohin der Glaube führen kann...

Europaseminar der JUNGE GRUPPE (GdP) vom 26.9 bis 1.10. 2011 in Belfast

Unter dem Titel „Europa 20.11 und der Terror – Eine neue Herausforderung für Polizei und Gesellschaft!“ fand, unter organisatorischer Anleitung von Torsten Rohde aus der GdP-Bundesgeschäftsstelle Berlin das Europaseminar der JUNGE GRUPPE (GdP) vom 26.9.2011 bis 1.10.2011 in Belfast

ren“ verwurzelt ist, konnten wir im Rahmen einer sog. „Black Taxi-Tour“ erfahren, die uns durch die protestantischen und katholischen Viertel lotste.

Daher verwundert es uns auch nicht, dass in den Städten Nordirlands Protestanten und Katholiken meist in eigenen Stadtvierteln leben, die zudem durch hohe Mauern getrennt sind. Diese Trennung der Stadtteile mittels einer sieben bis acht Meter hohen Mauer aus Beton und Drahtzaun empfanden wir als besonders erdrückend. Die Bezeichnung „Friedensmauer“ (sog. „Peace Line“) erscheint hierbei beinahe zynisch. Unser Guide meinte: „Die Mauer gibt uns Stabilität, es wäre verfrüht, sie zu demontieren.“ Einige der Stahltore in der Mauer werden jede Nacht verschlossen, um gegenseitige Übergriffe zu verhindern.

Von Frieden ist man in Nordirland weit entfernt. Noch in jüngster Vergangenheit gehörte es zum Alltag in Nordirland, dass Bomben explodierten und Menschen getötet oder verletzt wurden. In den vergangenen 10 Jahren kamen in Nordirland unzählige Menschen ums Leben, weil sich zwei Religionsgruppen bis auf den Tod bekämpften.

Dabei geht es letztlich wohl viel weniger um Religion als häufig in den Gazetten verbreitet. Waren früher die Fragen nach Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Freiheit ursächlich für den Konflikt, scheint es heute so, als wenn überwiegend Politik und Macht den Konflikt am Leben lassen. Insgesamt leben in Nordirland 1,75 Mio.

Einwohner, die beinahe paritätisch in Protestanten und Katholiken aufgeteilt sind. Dies zeigt, wie schwer die Frage zu beantworten ist, zu welcher Nation Nordirland gehört bzw. gehören sollte.

Fakt ist, dass Nordirland gegenwärtig nicht Teil der Republik Irland, sondern des „Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland“ ist. Die katholischen Republikaner kämpfen seit Jahrzehnten darum, dass Nordirland wieder zu Irland gehört. Diese Geschichte begann schon vor sehr vielen Jahrhunderten. Die Antwort auf die Frage, was eine Verschiebung der Nationenzugehörigkeit letztlich verändern würde, sei an dieser Stelle einmal bewusst offen gelassen. Die unter den katholischen Bewohnern stärkste Partei, die irisch-republikanische Partei Sinn Féin („wir selbst“) setzt sich jedoch weiterhin verstärkt für die Vereinigung Nordirlands mit der Republik Irland ein. Bei den Protestanten hingegen kämpfen die beiden pro-britischen Parteien nach wie vor an dem Festhalten an der Union mit Großbritannien. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Mauern zwischen Protestanten und Katholiken fest sitzen und eine Einigung schwer zu erreichen ist.

Neben dem Nordirlandkonflikt widmeten wir uns überwiegend dem großen Themenblock „internationaler Terrorismus“, seinen Facetten, Ausprägungen und Hintergründen. In diesem Zusammenhang standen u.a. die „Begriffs- und Religionskunde“, „Afghanistan und die Taliban“, Al-Quaida, „Israel und Palästina“, „Homegrown Terrorism“ und der „Arabische Frühling“ im Vordergrund.

Als Referent stand uns hierfür Dr. Marwan Abou Taam zur Verfügung. Dr. Marwan Abou Taam, 1975 in Beirut geboren, ist Politologe, Volkswirt und Islamwissenschaftler. Er arbeitet seit 2006 beim Landeskriminalamt in Rheinland-Pfalz im Bereich „politisch motivierte/r Kriminalität/ Islamismus“. Außerdem ist er Mitglied des Düsseldorfer Instituts für Außen- und Sicherheitspolitik und hat für die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) gearbeitet.

Dr. Abou-Taam erklärte uns unter anderem die Geschichte des Islams, geopolitische Zusammenhänge und auch die Mechanismen von Rekrutierungsarbeit



Die Teilnehmer der JUNGE GRUPPE (GdP) besuchten zusammen mit dem stellv. Vorsitzenden der nordirischen Polizeigewerkschaft (Mark Lindsay) eine Dienststelle in Belfast. Foto: Rohde

(Nordirland) statt. Insgesamt nahmen 19 junge GdP-Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet, aus Landespolizeien, Bundespolizei und Verwaltung an diesem Seminar teil.

Die Stadt Belfast haben die Schreckenszeiten des europäischen bzw. irischen Terrorismus so stark geprägt, wie kaum eine andere Stadt in Europa. Hier sind die Konflikte zwischen Protestanten und Katholiken, zwischen Engländern und Iren, noch heute stark zu spüren. Die Stadt Belfast sah sich seit ihrer Anbindung an das Vereinigte Britische Königreich 1921 immer wieder und selbst noch in der jüngsten Vergangenheit bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen ausgesetzt.

Einen ersten Eindruck, wie stark dieser Konflikt in der Bevölkerung und vor allem in den Köpfen eines jeden einzelnen „Nordi-





in muslimischen Milieus. Anhand zahlreicher Beispiele führte dies schließlich zu weltpolitischen Einblicken und jeder von uns wurde angeregt, über den berühmten Tellerrand zu schauen und sich auch im Nachgang des Seminars mit diesen Themen zu beschäftigen.

Ebenso unternahmen wir im Laufe der Woche diverse Exkursionen und besuchten kulturelle und staatliche Einrichtungen. Besonders hervorzuheben ist der Besuch der nordirischen Polizei „Police Service of Northern Ireland (PSNI)“. Dieser verschaffte uns einen praktischen Einblick in den beruflichen Alltag nordirischer Polizisten.

Weiterhin fand ein äußerst interessanter länderübergreifender Erfahrungsaustausch mit der nordirischen Polizeigewerkschaft „Police Federation of Northern Ireland (PFNI)“ statt. Diese organisierte auch den Besuch des „Royal Ulster Constabulary George Cross Garden“, der im September 2003 durch Prinz Charles eingeweiht wurde. Dieser liebevoll angelegte Memorial Garden wurde zum Gedenken der in Ausübung des Dienstes oder durch Terrorismus getöteten Polizeimitarbeiter geschaffen.

Anzumerken ist, dass der nordirische Polizeiapparat noch bis vor 10 Jahren zu 90 Prozent aus Protestanten bestand. Mittlerweile sind nach Aussagen von führenden Gewerkschaftern „nur“ noch 70 % der Polizeibeschäftigten Protestanten, da in den letzten Jahren ein besonderes Augenmerk darauf gelegt wurde, dass Neubewerber für die Polizei zu gleichen Teilen beiden Bevölkerungsgruppen entstammen. Selbst erklärtes Ziel soll es nunmehr sein, eine Polizei zu schaffen, die von allen Teilen der Bevölkerung Nordirlands als unvoreingenommen und unparteiisch angesehen wird. Dies war anscheinend nicht immer gewährleistet und wurde – je nachdem wer gefragt wurde – auch unterschiedlich beantwortet.

Im Ergebnis verschaffte uns das Seminar einen guten Einblick in die Entstehungsgeschichte und die Auswirkungen des zurückliegenden, aber auch gegenwärtigen Terrorismus. Dass ein gewaltgeprägter sog. Religionskonflikt in dieser Ausprägung mitten in Europa vorzufinden ist, hat uns jedoch sehr nachdenklich gemacht. Eine Garantie für dauerhafte Sicherheit wird es wohl auch zukünftig nicht geben,

Durchblick schaffen!

Seminare 2012

JUNGE GRUPPE (GdP) - Wir machen dich fit für die Praxis.

<p>S1 Soziale Unruhen in Deutschland - eine ernste Gefahr für die innere Sicherheit?!</p> <p>30. März bis 01. April</p> <p>Veranstaltungsort: Berlin</p>	<p>S2 Fit im Job - das etwas andere Gewerkschafts-seminar</p> <p>11. bis 14. Juni</p> <p>Veranstaltungsort: Sportpark Rabenberg Breitenbrunn</p>	<p>S3 Russland - ein Land zwischen Moderne und Vergangenheit?!</p> <p>16. bis 22. September**</p> <p>Veranstaltungsort: Moskau</p>	<p>S4 Internetkriminalität - polizeiliche Ermittlungen in sozialen Netzwerken</p> <p>16. bis 18. November</p> <p>Veranstaltungsort: Wiesbaden</p>
--	--	--	---

Anmeldung* ab dem 01. Dezember 2011 unter www.gdpjg.de**

Weitere Informationen findest Du unter www.gdpjg.de oder schreib einfach eine Mail an seminare2012@gdpjg.de.

* zzgl. Teilnahmebeitrag
** 18. September/Abreise
22. September/Abreise
(An diesen Tagen findet kein Seminarprogramm statt.)
*** Es gelten die Teilnahmebedingungen der JUNGE GRUPPE (GdP)

aber die Teilhabe und Beteiligung aller in einem Staat lebenden Menschen an (politischen) Prozessen, unabhängig von Herkunft und Religion, können dazu beitragen, gegenseitige Vorurteile abzubauen und Fundamente zu legen, um zukünftig wieder in Frieden und Freiheit leben zu können.

Nicole Meyhöfer/Daniel Käbisch

IMPRESSUM:
Herausgeber:
Bundesjugendvorstand JUNGE GRUPPE (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21-105;
Fax: (030) 39 99 21-200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:
Torsten Rohde, Sabrina Kunz

JUNGE GRUPPE





Tag des Zorns

Große historische Umwälzungen geschehen oft unerwartet. So war es im Herbst 1989 beim Zusammenbruch des Ostblocks, und so war es im Frühling 2011, als die arabische Welt sich in „Tagen des Zorns“ gegen ihre Diktatoren erhob. Michael Lüders erklärt in diesem Buch, wie es zur arabischen Revolution kommen konnte, warum sie sich wie ein Lauffeuer ausbreitete und was sie für uns in Europa bedeutet. Dabei führt er prägnant und anschaulich in die Verhältnisse der Region ein und zeigt, wie sich unser Blick auf die arabische Welt und den Islam ändern muss, wenn wir den neuen Herausforderungen gerecht werden wollen.



Erst Tunesien, dann Ägypten, schließlich Libyen und Syrien: nach kurzer Zeit stand die ganze arabische Welt in Flammen. Und im Westen rieb man sich erstaunt die Augen. „Wenn die Stunde da ist, und der wahre Stoff, so geht die Ansteckung mit elektrischer Schnelle über hunderte von Meilen“, beschrieb der Kulturhistoriker Jacob Burckhardt im 19. Jahrhundert den Beginn jener Krisen, in denen sich die Weltgeschichte zu verdichten pflegt. Michael Lüders erzählt, wie es zur Revolution kommen konnte und stellt die gängigen Klischees über die Region infrage. Bisher glaubte die westliche Politik, sich mit Hilfe von menschenverachtenden Despoten Stabilität und Sicherheit im Nahen Osten erkaufen zu können. Eine Demokratisierung der arabischen Welt, so die Befürchtung, bedeute den Sieg der Islamisten. Die Zukunft ist offen. Aber eines ist jetzt schon klar: Wir brauchen einen anderen Blick auf diese Weltgegend, der auch Arabern und

Muslimen das Streben nach Freiheit und Demokratie zugesteht.

Tag des Zorns, Die arabische Revolution verändert die Welt, Michael Lüders, C.H.Beck Verlag, 2011, gebunden, 207 Seiten, 19,95 Euro, ISBN 978-3-406-62290-8

Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?

Was verstehen Sie unter „Extremismus“? Auf diese Frage fallen spontan Ausdrücke wie Nazis, rechtsextrem oder Faschismus. Begriffe, die im Gedächtnis geblieben sind. Doch wie sieht die Situation heute tatsächlich aus? Ist nun eine weitere Bedrohung aus der entgegengesetzten Richtung auf dem Vormarsch? Ebenso klug wie engagiert klären die Autoren über die unterschätzte neue Gefahr auf: den Linksextremismus. Ihr besonderes Augenmerk richten sie u.a. auf lupenreine Linksextremisten wie die Autonomen, deren Gewaltbereitschaft wächst.



Zugleich durchleuchten sie die Grauzonen zwischen Demokratie und Linksextremismus, in denen sich v.a. die Linkspartei tummelt. Sie feiert seit Jahren viele Erfolge. Was steht jedoch hinter dieser sich selbst als demokratisch bezeichnenden Partei, wie verhält sie sich zu Gewalt? Welche Facetten an Linksextremismus gibt es insgesamt? Wie funktioniert er? Wie ticken Linksextremisten? Wie argumentieren, wovon profitieren sie? Diesen und vielen anderen Fragen gehen die Autoren nach. Ein Band, der die aktuelle politische Situation in Deutschland eindringlich und umfassend analysiert und beschreibt.

Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat, Harald Bergsdorf, Rudolf van Hüllen, Ferdinand Schöningh Verlag, 200 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3506772428

Verunsicherte Freiheit

Die Terroranschläge auf New York und Washington 2001 führten nicht nur zu Kriegen im Irak und in Afghanistan. Sie bewirkten auch einen Umbau der internationalen Sicherheitsstrukturen und prägten die Politik der inneren Sicherheit in allen Ländern der Welt.



Zehn Jahre nach den schrecklichen Ereignissen und angesichts immer wieder aufkommender Terrorrohungen ziehen Konrad Freiberg (ehemaliger GdP-Bundesvorsitzender) und

Karsten Rudolph eine kritische Bilanz der Debatte über Sicherheit und Freiheit in Deutschland. Aus dem Blickwinkel des Gewerkschafters einerseits und des Innenpolitikers andererseits analysieren sie den Kampf gegen einen neuen, globalen Terrorismus. Konrad Freiberg tritt dafür ein, die Polizeiarbeit zu modernisieren statt nach jeder Terrorrohungen neue Gesetze zu fordern. Karsten Rudolph verlangt Regeln, die die Freiheit stärken, ohne die Sicherheit zu vernachlässigen. Gemeinsam unterbreiten sie Vorschläge, wie der demokratische Rechtsstaat sich gegen Terror wehren kann, ohne seine Grundsätze zu verraten.

Verunsicherte Freiheit, Innere Sicherheit nach 9/11, Konrad Freiberg, Karsten Rudolph, vorwärts buch Verlag, 2011, 120 Seiten, 10,00 Euro, ISBN 978-3-86602-257-7



Deutsche

Polizei

Nr. 11 • 60. Jahrgang 2011 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Foto: Privat

Gestaltung: Rembergt Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
 Fax (0211) 7104-174
E-Mail: ay@vdpolizei.de
Geschäftsführer:
 Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:

Antje Kleuker
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011



Druckauflage dieser Ausgabe:
 176.565 Exemplare
 ISSN 0949-2844

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
 Postfach 1452, 47594 Geldern,
 Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887





Die neue Taschenserie aus dem Hause HALFAR entspricht hohen Ansprüchen in Qualität und Ausführung. Viele Details und das hochwertige Nylon Material machen die Serie zu einem unverzichtbaren Begleiter.

HALFAR – Galaktisch gut!

Schultertasche GALAXY

Ausstattung:

- Hauptfach mit RV-Fach
- Seiten und Boden gepolstert
- Stifthalterung seitlich
- RV-Vortasche mit 2 Einschubfächern
- RV-Tasche rückseitig
- längenverstellbarer Schultergurt

Nylon 420d & Jacquard.
B 22 x H 29 x T 6,5 cm.

12-0648 marine
12-0649 maigrün
je 7,95 €



Rucksack GALAXY

Ausstattung:

- großes Hauptfach mit Einschubfach
- seitliche Netztaschen und Zurr Gurte
- große RV-Vortasche mit Einsteckfächern und Kopfhörerausgang
- gepolsterte Schultergurte

Nylon 420d & Jacquard.
B 31 x H 48 x T 16 cm.

12-0642 marine
12-0643 maigrün
je 15,95 €



Umhängetasche GALAXY

Ausstattung:

- RV-Hauptfach mit Netztaschen
- seitliche Zurr Gurte
- große RV-Vortasche unter dem Überschlag
- RV-Tasche auf dem Überschlag mit Einsteckfach
- seitliche Netztaschen
- längenverstellbarer Schultergurt

Nylon 420d & Jacquard. B 38 x H 29 x T 9 cm.

12-0646 marine
12-0647 maigrün
je 11,95 €



Sport-/Reisetasche GALAXY

Ausstattung:

- Großes Hauptfach mit Einlegeboden, Netzfächern und RV-Fach
- belüftetes Schuhfach rückseitig zu bestücken
- seitliche Netztaschen und Zurr Gurte
- große RV-Vortasche mit Einsteckfächern und Kopfhörerausgang
- abnehmbarer, längenverstellbarer Schultergurt mit Antirutsch-Schulterpolster

Nylon 420d & Jacquard. B 38 x H 29 x T 9 cm.

12-0644 marine
12-0645 maigrün
je 18,95 €



Alle
Taschen in
maigrün und
marine
lieferbar.



Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH
Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -165 • E-Mail: osg.werbemittel@gdp-online.de • www.osg-werbemittel.de

2012 – Alle Termine im Griff ...

...mit dem VDP-Kalenderprogramm



4,20 €

Polizeiterminer 2012

Ein Terminer der Spitzenklasse im Format 17 x 23 cm. Speziell auf den Bedarf der Polizei zugeschnitten!

- Übersichtliches Kalendarium
- Dreimonatsübersicht auf jeder Doppelseite
- Strapazierfähiger Umschlag
- Hochwertige Verarbeitung
- Elegantes Outfit



4,50 €

Polizeikalender 2012

Der Taschenkalender im praktischen DIN-A6-Format (10 x 14 cm).

- Jahrbuch und Nachschlagewerk in einem
- Zahlreiche Übersichten und Tabellen
- Wie immer mit dem bewährten „Polizei-ABC“
- Weitere redaktionelle Beiträge zu den Themen „Die Entwicklung des Fahrerlaubnisrechts“ und „Der Digitalfunk kommt“



10,90 €

Cartoon-Wandkalender Polizei 2012

25 Jahre Jubiläums-Edition

Seit nunmehr 25 Jahren lädt der beliebte Cartoon-Wandkalender im Format 40 x 56,5 cm zum Schmunzeln ein.

- 12 der besten großformatigen farbigen Cartoons aus mehr als zwei Jahrzehnten zu „polizei(un)typischen“ Situationen
- Versehen mit einer Wire-O-Bindung, sodass Sie Blatt für Blatt umschlagen können
- Ideal als Geschenk zu Weihnachten und zum Jahreswechsel – nicht nur für Polizeibeschäftigte

Zu unserem 60-jährigen Verlagsjubiläum bieten wir Ihnen folgende

Jubiläums-Angebote

Paket 1:
Alle 3 Kalender
zusammen für nur

15,00 €



Paket 2:
Polizeiterminer und
Polizeikalender für nur

6,00 €



Tipp: Alle Preise zuzüglich Versandkosten von 3,50 €, die ab einem Auftragswert von 50,00 € entfallen. Sparen Sie Geld, indem Sie sich einer Sammelbestellung bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) oder Ihrer Dienststelle anschließen – oder organisieren Sie selbst eine Sammelbestellung mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Buchhandelsbestellungen sind nicht möglich.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Telefon: 02 11/71 04-212 • Telefax: 0211/7104-270
E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • Internet: www.VDPolizei.de